

SCHRIFTENREIHE FÜR FLURBEREINIGUNG

Herausgegeben vom
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Ministerium für Landwirtschaft,
Weinbau und Umweltschutz
Abt. IV - Landeskultur -

Eingef.
14. FEB. 1979

Tageb. Nr.: _____

Entwicklungsprobleme peripherer Regionen und strategische Lösungsansätze

**Beitrag zu einer Raumordnungsstrategie
für ländliche Teilräume**

**Forschungsbeauftragter:
Prof. Dr. K. Schäfer**

**Bearbeiter:
Dipl.-Ing. C. Jürgens
Dipl.-Ing. E. Güldenberg
Dipl.-Ing. G. Plötz
Dipl.-Ing. D. Schobeß
Dipl.-Ing. H. Schulte**



1978

LANDWIRTSCHAFTSVERLAG GMBH., MUNSTER-HILTRUP

Druck: Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster-Hiltrup

Entwicklungsprobleme peripherer Regionen und strategische Lösungsansätze

**Beitrag zu einer Raumordnungsstrategie
für ländliche Teilräume**

**Forschungsbeauftragter:
Prof. Dr. K. Schäfer**

**Bearbeiter:
Dipl.-Ing. C. Jürgens
Dipl.-Ing. E. Güldenbergl
Dipl.-Ing. G. Plötz
Dipl.-Ing. D. Schobeß
Dipl.-Ing. H. Schulte**



1978

LANDWIRTSCHAFTSVERLAG GMBH., MÜNSTER-HILTRUP

Vorwort

Der vorliegende Bericht ist die gekürzte Fassung des Kapitels 3 der im Juli 1976 abgeschlossenen Untersuchung zum Thema „Entwicklung eines Beurteilungs- und Bewertungsrahmens als Grundlage für Entscheidungen über Funktionen und funktionsgerechte Ordnungs- und Entwicklungsmaßnahmen ländlicher Gemeinden und Nahbereiche“.

Diese Untersuchung wurde vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Verbindung mit der AVA — Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen eV, Wiesbaden, in Auftrag gegeben und gefördert.

Der Untersuchungsbericht erreichte schließlich einen Umfang von mehr als 600 Seiten. Für eine Veröffentlichung war das zu umfangreich. Die Verfasser stellten deshalb eine gekürzte Fassung her, die ihrerseits in weitere zwei Teile untergliedert wurde.

Teil 1 — Heft 66 der Schriftenreihe für Flurbereinigung — erhielt den Titel „Entwicklungschancen peripherer Regionen“, Teil 2 — also dieser Bericht — wurde überschrieben mit „Entwicklungsprobleme peripherer Regionen und strategische Lösungsansätze“.

Die Herauslösung und gesonderte Darstellung des Kapitels 3 des Erstberichtes erschien im Blick auf die hierdurch verbesserte Möglichkeit der angestrebten Veröffentlichung vertretbar, zumal es sich zwar um zusammengehörige und einander ergänzende, gleichwohl aber inhaltlich abgerundete Arbeitsergebnisse handelt.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Arbeitsmarktstruktur	9
1.1. Ziele zur Verbesserung des Arbeitsplatzangebotes	9
1.2. Erfolgskontrolle von Maßnahmen der regionalen Wirtschafts- förderung und Ableitung von Indikatoren zur Arbeitsmarktstruktur	11
1.3. Einschätzung der Mittel und Instrumente der regionalen Wirtschaftsförderung	19
1.4. Struktur von Arbeitsmärkten — Größe und Zuordnungsmodelle	22
1.5. Strategien zur Entwicklung stabiler peripherer Arbeitsmärkte	24
1.6. Strategien zum Arbeitsmarktstrukturwandel peripherer Regionen ..	29
1.7. Sicherung und Schaffung industrieller und tertiärer Arbeitsplätze in peripheren Regionen.....	32
2. Agrarstruktur	38
2.1. Ziele der Agrarpolitik.....	38
2.2. Einzelne Instrumente der Agrarstrukturpolitik	40
2.3. Strukturwandel und zunehmende Arbeitsteilung	41
2.4. Die Verbesserung der Einkommenssituation	43
2.5. Die Mobilität der Arbeitskräfte.....	44
2.6. Die Mobilität des Bodens	47
2.7. Agrarpolitische Strategien zur Entwicklung peripherer Regionen....	49
3. Siedlungsstruktur	53
3.1. Ursachen siedlungsstruktureller Konzentration.....	53
3.1.1. Bedeutungsverluste von peripheren Regionen aufgrund differenzierender Wanderungsprozesse	55
3.1.2. Unterschiedliche Entwicklungsbedingungen regionaler Arbeitsmarktzentren in peripheren Regionen	57
3.1.3. Entwicklungstendenzen des Umlandes unter der Bedingung expandierender regionaler Arbeitsmarkt- und Subzentren	58
3.2. Zusammenfassende Beurteilung der Entwicklungstendenzen von peripheren Regionen	60
3.3. Strategien zur Entwicklung der Siedlungsstruktur in peripheren Regionen	61
3.3.1. Aufbau von regionalen Arbeitsmarktzentren als Kernpunkt der Strategie einer relativen regionalen Siedlungskonzentration.....	61
3.3.2. Das regionale Binnenwanderungspotential sowie die Mindestversorgungs-dichte als strategische Entwicklungsgrößen ..	62
3.3.3. Aufbau einer regionalen Zentrenhierarchie	62
3.3.4. Aufbau eines Achsensystems	64

	Seite
4. Infrastruktur	65
4.1. Kritische Einschätzungen zum infrastrukturpolitischen Ziel-Mittel-System	65
4.2. Einsatz aller Infrastrukturelemente zur Entwicklung peripherer Regionen	66
4.3. Auslastung und Komplettierung von vorhandenen Infrastruktur- kapazitäten in peripheren Regionen und regionalen Zentren	67
4.4. Bündelung von Infrastrukturkapazitäten und Maßnahmen als Instrument einer Entwicklungskonzeption der regionalen Siedlungskonzentration	68
Literaturverzeichnis	72

Sektorale Entwicklungsprobleme peripherer Regionen und strategische Lösungsansätze

In dieser Untersuchung werden für die vier Bereiche Arbeitsmarktstruktur, Agrarstruktur, Siedlungsstruktur und Infrastruktur die bisher entwickelten Ziel-Mittelvorstellungen benannt. Anschließend erfolgt eine bereichsweise Darstellung der Entwicklungsprobleme unter besonderer Berücksichtigung empirischer und theoretischer Erkenntnisse struktureller Zusammenhänge und Wirkungsabläufe bis hin zur Bestimmung geeigneter Indikatoren für die Typisierung der Regionen.

Daraus werden schließlich Strategievorstellungen für die einzelnen Bereiche entwickelt.

1. Arbeitsmarktstruktur

1.1. Ziele zur Verbesserung des Arbeitsplatzangebotes

Allgemein sollen die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der öffentlich Hand „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“¹.

Unter Einbeziehung des räumlichen Aspektes konkretisiert die Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ diese Ziele näher². Sie hat dabei nicht nur die Grundsätze der allgemeinen Wirtschaftspolitik, sondern auch die Ziele und Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung zu beachten.

Die Ziele der Raumordnung sind in ihrer allgemeinen — an den Verfassungsnormen und Grundrechten orientierten — Fassung im Raumordnungsgesetz von 1965 (ROG) enthalten.

Das Bundesraumordnungsprogramm und die Länderprogramme konkretisieren die Ziele in unterschiedlichem Maße. Allgemein orientieren auch sie sich zunehmend am Schwerpunktprinzip und dem Aspekt der Förderungswürdigkeit.

Wenn auch nicht explizit im Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erwähnt, so ist es üblich geworden, drei Teilziele zu unterscheiden³:

1. Ausgleich bestehender Disparitäten (Gerechtigkeitsziel); Angleichung der Lebensbedingungen z. B. hinsichtlich des Einkommens und seiner Verwendungsmöglichkeiten.
2. Optimierung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsziel); die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit sollen dort eingesetzt werden, wo der gesamtwirtschaftliche Ertrag am größten ist.

¹ Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, Bundesgesetzblatt Jg. 1967, Teil I, S. 582

² Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Bundesgesetzblatt Jg. 1969, Teil I, S. 1881

³ vgl. VOSS, G.: Stand der Zieldiskussion in der regionalen Wirtschaftspolitik, in: *struktur* 4/1975

3. Sicherung der konjunkturellen und strukturellen Stabilität (Stabilitätsziel); Ablösung regionaler Monostrukturen, Erleichterung des Strukturwandels und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit.

Diese komplexe Zielsetzung ist in den Rahmenplänen der GA so operationalisiert worden, daß zur Zielerreichung die Schaffung neuer und die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze erforderlich ist⁴. Daß diese Substituierung der Ziele der regionalen Wirtschaftspolitik durch das „Arbeitsplatzzwischenziel“⁵ problematisch ist, ergibt sich aus folgenden Überlegungen:

Einmal kann die angestrebte Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur dadurch verhindert werden, daß trotz Schaffung neuer Arbeitsplätze die Zahl der insgesamt vorhandenen Arbeitsplätze stagniert oder kaum wächst, da andere Arbeitsplätze abgebaut werden. Zweitens kann die Art der neu geschaffenen Arbeitsplätze, nämlich Produktionsauslagerungen in Form von Zweigbetrieben, die konjunkturelle Instabilität in den Fördergebieten erhöhen⁶.

Im Verlauf der sich in den letzten drei Jahren abzeichnenden Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaftspolitik wird der Versuch gemacht, einige grobe Schwächen des „Arbeitsplatzzwischenzieles“ abzubauen. Aus diesem Grund werden regionale Arbeitsmarktbilanzen aufgestellt, die über Prognosen des Angebots an Arbeitskräften und der Nachfrage nach Arbeitskräften eine Feststellung darüber erlauben, ob in einer Region ein Arbeitsplatzdefizit oder -überschuß zu erwarten ist. Es ist dann zumindest schätzungsweise möglich anzugeben, wie viele Arbeitsplätze in einer Defizitregion durch die Maßnahmen der GA geschaffen werden müssen, um zu einer ausgeglichenen Arbeitsmarktbilanz in dieser Region zu kommen.

Neben dem Arbeitsplatzdefizit findet das regionale Einkommensniveau als Zielindikator und Abgrenzungskriterium der Fördergebiete Verwendung.

Selbst wenn das Ziel der Schaffung neuer und Erhaltung bestehender Arbeitsplätze auf der Grundlage von regionalen Arbeitsmarktbilanzen an Aussagekraft gewinnt, sind weitere Gesichtspunkte bei der Operationalisierung dieses Zieles zu beachten⁷:

- Unterscheidung der Arbeitsplätze nach Betriebstypen (verlagerte, neu gegründete und Zweigbetriebe)
- Bewertung der Arbeitsplätze nach ihrer Qualität (z. B. durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme, Wertschöpfung, Umsatz, Kapitalintensität)
- Berücksichtigung nur der gewerblichen Arbeitsplätze oder auch solcher im tertiären Bereich
- Einbeziehung nur der Arbeitsplätze mit Fernabsatz in die Berechnung oder auch der Nahbedarfstätigen.

⁴ 4. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, BT-Drucksache 7/3601, S. 10

⁵ MÜLLER, J. H., u. a.: Überprüfung der Eignung des Arbeitsplatzes als Zielgröße regionaler Strukturpolitik einschließlich der Erfassung des Problems der Qualität des Arbeitsplatzes, Freiburg, März 1974 (vervielfältigt), S. 9

⁶ GERLACH, K., LIEPMANN, P.: Konjunkturelle Aspekte der Industrialisierung peripherer Regionen, dargestellt am Beispiel des ostbayerischen Regierungsbezirks Oberpfalz, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 187, Heft 1 (1972)

⁷ vgl. KLOTEN, N., HOPFNER, K., ZEHENDER, W.: Ortsgröße und regionale Wirtschaftspolitik — Zur Abhängigkeit des Wirkungsgrades regionalpolitischer Maßnahmen von der Größe der geförderten Orte, in: Schriften zu Regional- und Verkehrsproblemen in Industrie- und Entwicklungsländern, Bd. 9/1972, S. 115

Teilweise werden sich diese für eine sinnvolle Anwendung des Zielindikators „Arbeitsplätze“ erforderlichen Angaben über die amtliche Statistik gewinnen lassen.

Teilweise ist jedoch auch, wie bei der Frage, ob nur Arbeitsplätze im Fernabsatz in empirische Untersuchungen einbezogen werden sollen, eine Klärung darüber erforderlich, welche regionale Wachstumstheorie als Grundlage der Förderungspraxis herangezogen wird.

1.2. Erfolgskontrolle von Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung und Ableitung von Indikatoren zur Arbeitsmarktstruktur

Die Darlegungen dieses Abschnittes beschreiben die Schwierigkeiten der Erfolgskontrolle von Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsmarktes⁸.

Dabei wird die besondere Struktur peripherer Arbeitsmärkte deutlich, auf die sich die Fördermaßnahmen für schwach strukturierte Teilräume maßgeblich beziehen.

Vorweggeschickt sei die These, daß die im wesentlichen seit 1951 kaum veränderten preispolitischen Maßnahmen in bezug auf die Industrialisierung als Mittel der regionalen Wirtschaftsförderung kaum die Diskrepanz zwischen den Zielen der Raumordnung und der tatsächlichen Raumentwicklung verringern konnten. Sie konnten allenfalls noch schlechtere Resultate verhindern.

Diese These wird durch empirische Arbeiten belegt⁹. Die Ergebnisse seien im folgenden beispielhaft aufgeführt:

Die Motive für die Standortentscheidungen von Industriebetrieben sind in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren recht gründlich untersucht worden.

Kenntnisse über die Reaktion der Unternehmen auf Maßnahmen der regionalen Wirtschaftspolitik sind für die Erfolgskontrolle der öffentlichen Fördermaßnahmen von grundlegender Bedeutung. Entsprechende Untersuchungen zeigen, daß vor allem das Arbeitskräfteangebot und die Verfügbarkeit von Flächen, nicht jedoch die öffentliche Förderung die Standortwahl beeinflussen.

⁸ Die Ergebnisse der Analyse dienten auch dazu, Indikatoren zu gewinnen, die im empirischen Teil der Arbeit der Verfasser, „Entwicklungschancen peripherer Regionen“, Verwendung fanden.

⁹ Es handelt sich vor allem um die folgenden Arbeiten: KOHLER, H., REYHER, L.: Zu den Auswirkungen von Förderungsmaßnahmen auf regionalen Arbeitsmärkten. Ein Beitrag zur Erfolgskontrolle in der Regionalpolitik, in: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 1, 8. Jg. (1975), S. 1—48

SCHICKLER, W.: Erfolgskontrolle bei den in den Jahren 1967 bis 1972 im Rahmen der regionalen Förderungsmaßnahmen mit BA-Mitteln geförderten Betrieben im Landesarbeitsamt Nordbayern, unveröffentlichtes MS des Forschungsreferenten im Landesarbeitsamt Nordbayern

KLEIN, H. J.: Möglichkeiten und Grenzen einer optimalen Erfolgskontrolle bei der Investitionsförderung von gewerblichen Produktionsbetrieben im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik, Diss. der TH Darmstadt 1972

NUPPNAU, H.: Wirkungen der Zonenrandförderung, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1974

STRUNZ, J.: Die Industrieansiedlung in der Oberpfalz in den Jahren 1957 bis 1966, Regensburger Geographische Schriften, Heft 4, Regensburg 1974

VOLL, G.: Erfolgskontrolle regionaler Strukturpolitik, Diss. Köln, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät, 1973

Prognos: Zur Erfolgskontrolle der regionalen Wirtschaftsförderung in Niedersachsen, Hrsg.: Prognos AG, Basel 1975

In neueren Untersuchungen¹⁰ zur Standortwahl von Unternehmen wurde deutlich herausgearbeitet, daß insbesondere Zweigbetriebe peripherer gelegene Fördergebiete aufsuchen¹¹.

Zweigbetriebe in Form „verlängerter Werkbänke“ stellen insgesamt Arbeitsplätze mit nur geringen Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten zur Verfügung. Die regionalen Multiplikatorwirkungen sind wahrscheinlich sehr gering, da die Produktionstiefe bei Zweigbetrieben fehlt, da die Einkommen der Arbeitskräfte aufgrund der geringen Qualifikationsanforderungen im interregionalen Vergleich nicht besonders hoch sind und die Gewinneinkommen zur Verfügung der Hauptbetriebe stehen¹². Weiterhin zeigen erste Untersuchungen, daß die konjunkturelle Anfälligkeit dieser Betriebe sehr ausgeprägt ist. Die Kapitalintensität der neu geschaffenen Arbeitsplätze ist in den deutschen, insbesondere den bayerischen Förderungsgebieten relativ niedrig¹³ und das Prinzip der Konzentration der Förderung wird in vielen Fällen durchbrochen¹⁴.

Im folgenden soll auf eine Untersuchung der Arbeitsmarktentwicklung des bayerischen Regierungsbezirks Niederbayern eingegangen werden, die sich selbst als Beitrag zur Erfolgskontrolle der regionalen Wirtschaftspolitik versteht¹⁵.

Die Fragen, auf die eine operationale Antwort gefunden werden soll, sind:

Wurden im vorgesehenen Zeitraum in den geförderten Betrieben die geplanten Arbeitsplätze nach Quantität und Qualität tatsächlich geschaffen? Ist die Region durch die Förderung den gesetzten Zielen in einem bestimmten Zeitraum nähergekommen?

Zur Beantwortung der Fragen wird ein Indikator entwickelt, der den Auslastungsgrad des regionalen Arbeitskräftepotentials, die regionale Qualifikationsstruktur und das relative Einkommensniveau zusammenfaßt. Allerdings bezieht sich die Aussagefähigkeit aufgrund der Datenlage nur auf die Industriebeschäftigten. Um die Entwicklung der Region, gemessen durch den Gesamtindikator und die Maßnahmen der regionalen Wirtschaftspolitik, in einen Zusammenhang bringen zu können, wird ein Indikator der Förderungsintensität gebildet, mit dem die Zahl der pro Zeitraum geschaffenen oder erhaltenen Arbeitsplätze auf die durchschnittliche Zahl der Einwohner der Region in dem entsprechenden Zeitraum bezogen wird.

Dem Förderungsindikator lassen sich nun der Gesamtindikator als Maß der Entwicklung zwischen zwei Zeitpunkten bzw. getrennt der quantitative und qualitative Entwicklungsindikator zuordnen. Die sich aus der Analyse der Relation zwischen Förderungsintensität und quantitativer sowie qualitativer Entwicklung ergebenden Schlußfolgerungen und Interpretationsprobleme werden direkt am Beispiel der Untersuchungsregion Niederbayern vorgenommen.

Befragt wurden im Regierungsbezirk Niederbayern alle Betriebe, die im Zeitraum 1955—1969 angesiedelt bzw. erweitert wurden. Knapp 40 v. H. aller Betriebsansiedlungen erfolgte in den heutigen Schwerpunkorten der regionalen

¹⁰ Im folgenden werden insbesondere die beiden Arbeiten: FÜRST, D., und ZIMMERMANN, K., (Leitung K. H. HANSMEYER) Standortwahl industrieller Unternehmen, Bonn 1973 und v. BALLESTREM, F., Graf: Standortwahl von Unternehmen und Industriestandortpolitik, Berlin 1974, herangezogen.

¹¹ FÜRST, D., ZIMMERMANN, K.: ebd., S. 135

¹² ebd., S. 16

¹³ Raumordnungsbericht 1974, BT-Drucksache 7/3582, Bonn 1975, S. 77

¹⁴ ebd., S. 77

¹⁵ KOHLER, H., REYHER, L.: a. a. O., S. 1—48

Arbeitsprogramme. Je 50 % der Ansiedlungsfälle entfielen auf Gemeinden unter und über 3 000 Einwohner, über 20 % erfolgte in Gemeinden unter 1 000 Einwohnern. 17 % der angesiedelten Betriebe wurden in dem Zeitraum 1955—1969 wieder stillgelegt; zu einem erheblichen Teil in der Rezession 1966/67. Von den Stilllegungen besonders betroffen war der Verbrauchsgüterbereich, vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie. Die Stilllegungsquoten waren in den ländlichen Gebieten, den Nicht-Schwerpunktorten und im Zonenrandgebiet besonders hoch.

„Einem Anteil der Höherqualifizierten (Angestellte und Facharbeiter) von rd. 28 % in den Ansiedlungsbetrieben steht ein entsprechender Wert von fast 46 % in den übrigen Betrieben gegenüber. Umgekehrt ist der Anteil der an- und ungelehrten Arbeiter in den Ansiedlungsbetrieben mit fast 70 % weitaus höher als in den sonstigen Betrieben (50 %)¹⁶.

Die Aussagekraft der Indikatoren beschreibt ein Beispiel: Die Teilregion A (kreisfreie Stadt Passau) entwickelte sich quantitativ durchschnittlich bei starker Förderungsintensität, die Teilregion B (Landkreis Bogen) hingegen expandierte kräftig, obwohl sie nur schwach gefördert wurde. In dieser Teilregion verbesserte sich auch die Qualifikationsstruktur überdurchschnittlich trotz eines geringen Beitrages der Förderungsmaßnahmen. Die Teilregion D (Landkreis Regen) wurde überdurchschnittlich stark gefördert, konnte jedoch den starken wirtschaftlichen Rückstand kaum abbauen. Die Durchschnittsqualität der Industriebeschäftigten verschlechterte sich hier sogar absolut trotz leicht überdurchschnittlicher Förderungsintensität.

Fazit: „Gemessen an dem hier vorgeschlagenen strukturierten Gesamtindikator hat sich die relative Position Niederbayerns im Verhältnis zum bayerischen Durchschnitt kaum verändert. Während der Abstand zu Bayern (= 100) quantitativ um fast einen Prozentpunkt abgebaut werden konnte (...), ist der entsprechende Abstand in qualitativer Hinsicht noch um 2,5 %-Punkte auf 85 % (Bayern = 100) angestiegen“¹⁷.

In einer anderen Untersuchung zur Erfolgskontrolle im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik werden zunächst die Ziele und Maßnahmen der regionalen Wirtschaftspolitik vorgestellt.

Bezüglich der Verwendbarkeit eines neu entwickelten kybernetischen Modells kommt die Untersuchung zu folgendem Ergebnis: „Als grundsätzliche Folgerung muß aus dem empirischen Test geschlossen werden, daß der theoretische Idealfall, der nur eine Meßstelle für eine Erfolgskontrolle erfordert, sich nicht verwirklichen läßt. Im Gegenteil hat die ausführliche Diskussion der Einzelergebnisse gezeigt, daß die Kennzahlen sich nicht ergänzen, sondern sich auch in ihrer Beurteilung für den Erfolg der Regionalpolitik widersprechen“¹⁸.

Grundlage der Untersuchung ist eine umfassende Befragung des hessischen Ministeriums für Wirtschaft und Technik aus dem Jahre 1971, die alle im Jahre 1969 in den hessischen Fördergebieten geförderten Betriebsstätten einbezog. Durch die Auswertung der Ergebnisse lassen sich folgende Aussagen treffen:

a) Zum Zusammenhang: Finanzhilfe und Investitionen

Ein deutliche Abhängigkeit besteht zwischen den geförderten Investitionen und den Investitionen insgesamt, gegliedert nach Landkreisen. Offensichtlich sind mit

¹⁶ KOHLER, H., REYHER, L.: a. a. O., S. 41

¹⁷ KOHLER, H., REYHER, L.: a. a. O., S. 4

¹⁸ KLEIN, H. J.: a. a. O., S. 15

den Förderungsmitteln zusätzliche Investitionen gefördert worden. Insgesamt haben jedoch die Investitionen in den Fördergebieten im Jahre 1969 nur um 17,6 % zugenommen, im hessischen Landesdurchschnitt jedoch um 23,2 %. Der absolute Abstand bei der Investitionstätigkeit zwischen den Fördergebieten und den übrigen hessischen Landesteilen hat sich demnach vergrößert¹⁹. Ebenso wenig konnte eine Verbesserung der Branchenstruktur erzielt werden²⁰.

b) Zum Zusammenhang: Geförderte Investitionen und Beschäftigungsentwicklung

Zunächst zeigt ein Vergleich der tatsächlichen (quantitativen) Beschäftigungsentwicklung der geförderten Betriebsstätten mit einer hypothetischen Beschäftigungsentwicklung, die sich ergeben hätte, wenn die Beschäftigungsentwicklung des Landes Hessen zugrunde gelegt würde, daß der Anstieg der Beschäftigten in den geförderten Betriebsstätten überproportional groß war²¹. Da die konjunkturelle Lage 1969 sehr gut war, wäre jedoch die Sicherheit der neu geschaffenen Arbeitsplätze gesondert zu überprüfen.

Die Tatsache, daß das Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen gering ist und die Schwierigkeiten, angebotene qualifizierte Arbeitsplätze überhaupt zu besetzen, können sich negativ auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den Fördergebieten auswirken. In der Gegenwart erleichtert jedoch gerade die Bereitstellung wenig qualifizierter Arbeitsplätze die Eingliederung von Frauen und Landarbeitern in den industriellen Arbeitsprozeß. Problematisch ist nur, daß sich damit eine räumliche Differenzierung der Arbeitsplätze nach der Qualität verfestigt.

c) Zum Zusammenhang: Beschäftigungsentwicklung und Lohn- und Gehaltsentwicklung

Die prozentuale Lohn- und Gehaltsentwicklung in den Fördergebieten unterschied sich von der allgemeinen Landesentwicklung nicht. „Im Gegenteil müssen die Unterschiede zwischen Fördergebiet und Land absolut gesehen größer geworden sein, ...“²².

d) Zum Zusammenhang: Geschaffene Arbeitsplätze im Industriebereich und Wanderungssalden

„Kein Indikator mit Ausnahme der Wanderungsbewegung drückt direkt die Bewertung aus, die die Einwohner als eigentlich ‚Betroffene‘ den regionalpolitischen Bemühungen entgegenbringen“²³. Die Wanderungsbewegungen der ausländischen Arbeitskräfte reagieren auf das Angebot an Arbeitsplätzen; hingegen hat die Veränderung des industriellen Arbeitsplatzangebots auf den Wanderungssaldo der deutschen Arbeitskräfte keinen Einfluß²⁴. Trotz der teilweise positiven Entwicklung der Industriebeschäftigten in den Fördergebieten blieb die Abwanderung von 1965 bis 1970 positiv und relativ konstant, wobei zusätzlich davon ausgegangen werden muß, daß die Wanderungsbewegung mit einem qualitativen Selektionsprozeß verbunden ist²⁵.

¹⁹ ebd., S. 86

²⁰ ebd., S. 93

²¹ KLEIN, H. J.: a. a. O., S. 86

²² ebd., S. 135

²³ KLOTEN, N., HOPFNER, K., ZEHENDER, W.: a. a. O., S. 115

²⁴ KLEIN, H. J.: a. a. O., S. 147

²⁵ ebd., S. 147

STORBECK/LÜCKE betonen, daß die Abhängigkeit der Wanderungen von ökonomischen Motiven wächst, „je größer die Wanderungsentfernungen sind. Große Wanderungen, d. h. auf jeden Fall auch interregionale, werden in der Regel gerade aufgrund von Arbeitsplatzwechsel vorgenommen. Insgesamt kann man davon ausgehen, daß Unsicherheit des Arbeitsplatzes, der Wunsch nach besseren Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten als Motive bei weitem an der Spitze stehen. Je weniger sicher die Arbeitsplätze, je geringer die Chancen eines Berufswechsels und je schlechter die Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten in einer Region sind, desto eher wird die Mobilität der Bevölkerung dieser Region zu Fernwanderungen führen: vertikale und horizontale Mobilität setzen dann auch interregionale Mobilität voraus²⁶. In seiner Untersuchung der Zonenrandförderung, die auch eine Fallstudie des niedersächsischen Kreises Lüchow-Dannenberg enthält, will NUPPNAU²⁷ die primären und die induzierten Einkommenseffekte, die von den geförderten privaten und öffentlichen Investitionen ausgehen, mit Hilfe der regionalen Multiplikationsanalyse erfassen. Die Untersuchung umfaßt den Zeitraum 1968—1972 und geht der Frage nach, ob es der regionalen Wirtschaftspolitik gelungen ist, die Einkommensdisparitäten zwischen den Fördergebieten und dem Bundesdurchschnitt zu verringern. Ergebnis:

Der primäre Einkommenseffekt der geförderten Investitionen der gewerblichen Wirtschaft war sehr gering. In dem untersuchten Zeitraum wurden im Kreis Lüchow-Dannenberg von den gewerblichen Investitionen nur 8 Prozent regional einkommenswirksam. Bei der Förderung öffentlicher Investitionen, vor allem Bauinvestitionen, erfolgte allerdings eine prozentual etwas stärkere Erhöhung des regionalen Einkommens.

NUPPNAU führt die starken Abflüsse darauf zurück, daß aufgrund der in unterentwickelten Regionen unzureichenden Industriestrukturen ein großer Teil der zu beschaffenden Investitionsgüter aus anderen Regionen importiert werden muß²⁸. Durch diese Abflüsse werden die Einkommen anderer Gebiete, insbesondere der entwickelten Regionen, erhöht, eine Wirkung, die dem Ziel ‚Verringerung regionaler Einkommensdisparitäten‘ zuwiderläuft.

Indikatoren zur Analyse peripherer Arbeitsmärkte

Aufgrund der Überlegungen zur Analyse peripherer Arbeitsmärkte lassen die folgenden Indikatoren differenzierte Aussagen erwarten:

- Strukturfaktor
- Standortfaktor
- Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten
- Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten im tertiären Bereich
- Industriebesatz
- Anteil der Industriebeschäftigten in Kleinbetrieben
- Arbeitslosenquote
- Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung
- Anteil der Beamten und Angestellten an den Erwerbstätigen

²⁶ STORBECK, D., LÜCKE, M.: Die gesellschaftspolitische Relevanz regionalpolitischer Ziele, in: Veröffentl. der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 94, 1975

²⁷ NUPPNAU, H.: Wirkungen der Zonenförderung, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1974

²⁸ ebd., S. 283

- Anteil der Facharbeiter und Angestellten an den Erwerbstätigen
- Anteil der Gastarbeiter an den Erwerbstätigen
- Lohn- und Gehaltsniveau
- Löhne und Gehälter in den Wachstumsindustrien
- Altersspezifische Wanderungssalden
- Konzentrationsgrad der Siedlungsstruktur

Mit diesen Indikatoren werden im empirischen Teil der genannten Arbeit „Entwicklungschancen peripherer Regionen“ verschiedene Typisierungen vorgenommen. Sie werden für jede Region quantifiziert und können somit auch für weitergehende Potentialüberlagerungen herangezogen werden.

Im folgenden werden einige Indikatoren, soweit sie nicht an anderer Stelle behandelt werden, kurz problematisiert:

Struktur- und Standortfaktor

Zur Analyse der Klemmer-Arbeitsmärkte werden die Untersuchungen von Birg herangezogen, die die Veränderungen der Arbeitsplätze zur Grundlage haben²⁹. Die in dieser Studie vorgenommene Prognose der regionalen Arbeitsplatzpotentiale bis 1977 wird durch Teilprognosen zu den einzelnen Wirtschaftsbereichen, dem Produktionspotential und der Kapitalintensität synthetisiert³⁰.

Das Interesse am Regionalfaktor als besondere Form der Shift-Analysen ist darin begründet, daß er in zwei Teilprodukte disaggregiert werden kann³¹: den Strukturfaktor und den Standortfaktor.

Der Strukturfaktor mißt den Anteil der wachstumsintensiven Wirtschaftszweige in einer Region. Ein negativer Strukturfaktor ist im Sinne einer rückläufigen Entwicklung interpretierbar³².

Einschränkend ist zu betonen, daß ein positiver Wert auch durch die Einrichtung ‚verlängerter Werkbänke‘ dieser Branchen in peripheren Regionen entstehen kann, wenn der Strukturfaktor über die ‚Arbeitsplatzentwicklung‘ der Wachstumsbranchen gemessen wird. Diese Aussage kann jedoch nur dann positiv interpretiert werden, wenn geprüft wurde, inwieweit das Stabilitätsziel durch die Indikatorenaussagen ‚saisonale Arbeitslosigkeit‘ und ‚konjunkturelle Arbeitslosigkeit‘ nicht gleichwohl verfehlt wurde.

Der Standortfaktor wird oft als Restgröße bezeichnet³³, da er den Strukturfaktor zum Regionalfaktor ergänzt, trotzdem kann er eine eigenständige Aussagefähigkeit haben, wie auch GERFIN bestätigt: „Wenn in jeder Region die Industriestruktur gleich ist, dann können Entwicklungsunterschiede nur durch Standorteinflüsse ausgelöst sein, die dafür sorgen, daß die einzelnen Zweige nicht überall gleichmäßig expandieren“³⁴. Dennoch kann die Komponentenstruktur der Stand-

²⁹ BIRG, H.: Prognose des regionalen Angebots an Arbeitsplätzen, Berlin 1975, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (im folgenden DIW), Sonderheft 105

³⁰ ebd., S. 12 ff.

³¹ GERFIN, H.: Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung, in: Kyklos, 1964

³² GEISENBERGER, S., MALICH, W., MÜLLER, J. H., STRASSETT, G.: Zur Bestimmung wirtschaftlichen Notstands und wirtschaftlicher Entwicklungsfähigkeit von Regionen, Veröffentl. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (im folgenden: ARL), Abhandlungen, Bd. 59, Hannover 1970, S. 5

³³ vgl. BIRG, H.: a. a. O., S. 51

³⁴ GERFIN, H.: a. a. O., S. 585

orteinflüsse nicht eindeutig durch den Standortfaktor selbst erklärt werden³⁵. Die Standorteinflüsse können unsystematisch und durch zufällige Veränderungen bedingt sein, die um so bedeutsamer werden, je kleiner die Regionen sind. Gegenüber der klassischen Erklärung ‚Standortgunst‘, die nach BIRG³⁶ auch heute noch das meiste Gewicht hat, treten Betriebsgründungen und -stillegungen aufgrund von Förderprogrammen sowie zufällige Ereignisse und sonstige Fehler hinzu. Immerhin konnte BIRG in der Studie zur Arbeitsplatzpotentialprognose für alle 178 Regionen nachweisen, daß die spezifische Vorzeichenveränderung oder -beibehaltung der Standortfaktoren einer Region zwischen 1961 und 1970 mit fast absoluter Wahrscheinlichkeit nicht mehr mit dem Zufall zu erklären ist³⁷. Daher konnte der Standortfaktor aus der Analyse mit einer gewissen Berechtigung zur Prognose herangezogen werden.

Problematisch ist die Deutung entgegengesetzter Vorzeichen bei Standort- und Strukturfaktor einer Region. Besonders große Differenzen zwischen positivem Standortfaktor und negativem Strukturfaktor können auf Begünstigung eines einseitigen Strukturwandels durch regionale Förderprogramme hindeuten. Die konkreten Untersuchungen im Rahmen der Typisierung weisen zu dieser Problematik nach, daß es sich hier um zentrale Indikatoren der regionalen Entwicklung handelt.

Industriebesatz

Die Industrialisierung läßt sich an der Veränderung der Zahl der Industriebeschäftigten messen, da dieser Maßstab vom statistischen Material her am ehesten für regional differenzierende Untersuchungen geeignet ist. Diese Aussage wird unter Verweis auf GERFIN eingeschränkt: „Seine Verwendung setzt implizit allerdings überregional stets gleiche Produktivitäts- und Preisniveaus voraus, obwohl diese Voraussetzungen selten erfüllt sein dürften“³⁸. Der qualitative Charakter der Industrialisierung verläuft in Abhängigkeit des Urbanisierungsprozesses, des Konjunkturzyklus sowie des Strukturwandels auch räumlich regional differenziert. Die Industrialisierung funktionalisiert räumliche Disparitäten für einzelwirtschaftliche Wachstumsziele, wie umgekehrt räumliche Disparitäten, z. B. hinsichtlich der Produktivitäts- und Preisniveaus, ihr Ergebnis sind.

Zur weiteren Einschätzung des Indikators Industriebesatz wären qualitative Merkmale für Fragen der Persistenz (Wettbewerbsfähigkeit), intraregionaler Einkommenseffekte, der Verflechtungsintensität, der Konjunkturanfälligkeit, etc., wünschenswert³⁹.

³⁵ vgl. BIRG, H.: a. a. O., S. 42 und 51

³⁶ ebd., S. 52

³⁷ Ein χ^2 -Test wurde bezogen auf die 178 Regionen (454 Kreise) für 31 Industriezweige durchgeführt

³⁸ GERLACH, K., LIEPMANN, P.: Konjunkturelle Aspekte der Industrialisierung peripherer Regionen — dargestellt am Beispiel des ostbayrischen Regierungsbezirks Oberpfalz, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 187, S. 3

³⁹ Die Beschränkung auf bloß quantitative Aussagen des Industriebesatzes führt z. B. beim Raumordnungsbericht 1972 zu unzulässig verkürzten Schlußfolgerungen. „Die Industrieansiedlungen in den ländlichen Räumen haben zu einer Verminderung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den Verdichtungsräumen und den übrigen Gebieten beigetragen ...“. Raumordnungsbericht der Bundesregierung, Bonn 1973, S. 54

Löhne und Gehälter

Der Index „Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer“ kann einerseits als Indikator für das Gerechtigkeitsziel und andererseits als regionaler Produktivitätsindikator verwendet werden⁴⁰.

Interregionale Einkommensunterschiede sind zurückzuführen auf Unterschiede in der Ausstattung mit Realkapital, in der Branchenstruktur und in den regionalen Produktionsprogrammen. Die Produktionsverfahren in den peripheren Gebieten sind häufig veraltet (Innovationsrückstand) und die Produktion selbst auf traditionelle Produkte ausgerichtet (hohe Arbeitsintensität). Eine Angleichung der Einkommen dieser Regionen an das Niveau der wirtschaftsstarken Regionen kann nur durch eine Veränderung der Faktorenstruktur erfolgen. Die Lenkung von Kapital in diese Gebiete mit Hilfe von Fördermaßnahmen muß daher zu dem Zweck erfolgen, die Relation von Kapital und Arbeit so zu ändern, daß der Faktor Arbeit relativ knapper wird.

Durch eine Steigerung der Kapitalintensität erhöht sich die Arbeitsproduktivität. Die Pro-Kopf-Einkommen über Löhne und Gehälter würden zunehmen, das Qualifikationsniveau würde steigen. Die regionalen Implikationen des Gerechtigkeitszieles erfordern die Vermeidung und Beseitigung extremer Disparitäten in der interregionalen Wohlstandsverteilung.

Die derzeitige Situation in der Bundesrepublik ist einerseits dadurch gekennzeichnet, daß die durchschnittlichen Realeinkommen pro Kopf stark voneinander abweichen, so daß die Versorgung mit privaten Gütern regional sehr unterschiedlich entwickelt ist, andererseits haben diese Disparitäten zu einer sehr unterschiedlichen Versorgung mit Gütern und Diensten des öffentlichen Sektors geführt.

Die Angleichung des regionalen Einkommensniveaus wird damit zum zentralen Instrument für die Verbesserung des regionalen Reproduktionszusammenhangs.

Als Zielindikator für Gerechtigkeit hat er den Vorteil⁴¹ einer hohen Zuverlässigkeit. Überdies liegen mit der 70'er Erhebung disaggregierte Daten für Strukturanalysen vor. Die Indikatoraussage wird dadurch eingeschränkt, daß der Anteil der Selbständigen regional unterschiedlich ist und daß, entsprechend der Kapitalintensität, regional unterschiedliche Lohnquoten bestehen. Der Anteil der Landwirtschaft bleibt bei diesem Indikator weitgehend unberücksichtigt.

Arbeitslosenquote

Für die Interpretation der regional unterschiedlichen Arbeitslosenquoten sind drei Arten zu unterscheiden:

- saisonale
- konjunkturelle
- strukturelle Arbeitslosigkeit

Regionale Unterschiede in der Arbeitslosigkeit sind auf den Dualismus zwischen Zentren und Peripherie zurückzuführen⁴², so daß die Arbeitslosenquote als

⁴⁰ vgl. BOLTING, H., STRUMANN, M., THOSS, R.: Zur Eignung des Einkommensniveaus als Zielindikator der regionalen Wirtschaftspolitik, in: Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 15, Münster 1974

⁴¹ BOLTING, H., STRUMANN, M., THOSS, R.: a. a. O., S. 93

⁴² vgl. GERLACH, K., LIEPMANN, P.: Konjunkturelle Aspekte der Industrialisierung peripherer Regionen — dargestellt am Beispiel des ostbayerischen Regierungsbezirks Oberpfalz, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 187, 1973

Indikator für die periphere Lage einer Region im raumwirtschaftlichen Zusammenhang herangezogen werden kann.

Die Arbeitslosenquote ist als Indikator allerdings nicht isoliert zu betrachten, da auch alte, strukturschwache Schwerindustrie- und Bergbauregionen mitangezeigt werden. Im Rahmen dieses Arbeitsansatzes wird die Aussage daher eng an den Einkommensindikator geknüpft.

Als Erhebungszeitpunkt werden die Jahre 1967, 1970, 1975 gewählt; dadurch findet neben der strukturellen auch die konjunkturelle Arbeitslosigkeit Berücksichtigung. Die Aggregation der Werte der Arbeitsamtsnebenstellen erfolgt über Schätzfunktionen.

Amerikanische Untersuchungen haben ergeben, daß die Arbeitslosenquote die ökonomischen Verluste, die durch Arbeitslosigkeit entstehen, untertreibt⁴³.

Tatsächlich liegen die Arbeitslosenquoten der weniger qualifizierten Arbeitskräfte zwar generell höher als die der qualifizierten, aber mit absolut steigender Arbeitslosenzahl verringert sich der Anteil der weniger qualifizierten Arbeitslosen relativ. Der volkswirtschaftliche Verlust durch Arbeitslosigkeit (etwa gemessen an den insgesamt nicht verdienten Arbeitseinkommen) steigt demnach überproportional mit wachsender Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus schwankt die Erwerbsquote mit dem Konjunkturverlauf unter anderem deshalb, weil sich die Arbeitslosenzahl in Zeiten schlechter Konjunktur um die entmutigten Arbeitskräfte erhöht, die sich wegen der vermeintlichen oder tatsächlichen Aussichtslosigkeit gar nicht erst um einen Arbeitsplatz bemühen.

1.3. Einschätzung der Mittel und Instrumente der regionalen Wirtschaftsförderung

Als Mittel zur Zielerreichung dient die Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen, die im wesentlichen als direkte Förderung von Industrieansiedlungen sowie indirekt als Förderung gewerbenaher Infrastrukturmaßnahmen betrieben wird (vgl. § 1 GRW).

a) Konzeption des Primäreffektes nach der Export-Basis-Theorie

Eine Förderung von Dienstleistungsunternehmen ist nicht, die von Fremdenverkehrsunternehmen nur in Fällen überregionaler Leistungen vorgesehen. Über diese sektorale Beschränkung hinaus werden nur „Betriebe gefördert, die durch überregionalen Absatz des überwiegenden Teiles der Erzeugung das Gesamteinkommen der Bevölkerung der Fördergebiete auf Dauer erhöhen“⁴⁴.

Diese implizite Ausrichtung der regionalpolitischen Förderungskonzeption auf die Export-Basis-Theorie vernachlässigt weitere Determinanten des regionalen Wachstums, wie z. B. Verschiebungen der Konsumfunktion, autonome Investitionen, Staatsausgaben, etc.⁴⁵.

⁴³ OKUN, A. M.: The Gap between actual and potential output, in: Problems of Modern economy, by E. S. Phelps u. a., New York 1966

⁴⁴ Bundesanzeiger Nr. 63, zitiert nach GERLACH, K., LIEPMANN, P.: Zur regionalpolitischen Förderungskonzeption in der BRD, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, Bd. 12 (1973), S. 271

⁴⁵ Die Export-Basis-Theorie unterscheidet 2 Bereiche der Einkommensentstehung: aus Exportaktivitäten (basic, primäre) und aus den nur einem lokalen Markt dienenden Aktivitäten (nonbasic, sekundäre), wobei ersterem größere Bedeutung für regionales (städtisches) Wirtschaftswachstum zugemessen wird

Eine einseitige undifferenzierte Förderung gewerblicher Exporte gewährleistet regionales Wachstum allenfalls kurzfristig. Langfristig kommt es aber auf komparative Vorteile gewerblicher Exporte an, die sich im Zeitablauf durchaus strukturell verschieben können. Komparative Exportvorteile hängen gerade auch vom Ausbau der von der GRW nicht berücksichtigten Teile des Dienstleistungssektors sowie der Größe und Lage der betreffenden Förderungsschwerpunkte ab⁴⁶.

In seiner Kritik der Export-Basis-Theorie verweist Richardson auf die Schwierigkeiten einer Einteilung in Basis- und Nicht-Basissektoren zumal, da „im Kontext säkularen Wachstums jedes kausale Verhältnis zwischen dem Basissektor und dem Dienstleistungssektor undeutlich wird“⁴⁷. Insbesondere überbewerte die Export-Basis-Theorie die Rolle der Exporte; sie berücksichtige zu wenig die oft bedeutenden Inputs von Nicht-Basis-Wirtschaftsbereichen für die Exportproduktionen und die Tatsache, daß die Effizienz des lokalen Dienstleistungssektors zu einer kritischen Determinante der Wettbewerbsfähigkeit städtischer Exportunternehmen werden könne⁴⁸.

b) Schwerpunktkonzeption

Räumlich gesehen, konzentriert sich die regionale Wirtschaftsförderung innerhalb der Fördergebiete auf zentrale Orte als Schwerpunktorde, in deren Einzugsbereich mindestens 20 000 Einwohner leben. In jedem Bundesland soll die Gesamtzahl der Schwerpunktorde im Durchschnitt 60 000 Einwohner im Einzugsbereich nicht unterschreiten.

Dieses Bestimmungsmoment folgt der Annahme, daß unterschiedliche Ortsgrößen und ihre Einbindung in die Siedlungsstruktur (Lage) den Wirkungsgrad regionalpolitischer Maßnahmen beeinflussen und daß es hinsichtlich nachhaltiger Förderungserfolge Mindestgrößen gibt.

Allerdings wiesen GERLACH/LIEPMANN anhand der bayerischen Förderungspraxis nach, daß nicht nur zahlreiche Schwerpunktorde die geforderte Einwohnerzahl nicht erreichen, sondern daß darüber hinaus Industrieansiedlung überwiegend in Standorten unterhalb der Größe eines Kleinzentrums (weniger als 5 000 Einwohner) erfolgte und z. T. gefördert wurde⁴⁹.

Der Verzicht auf die Förderung und Herausbildung gegengewichtiger Agglomerationen in peripheren Regionen außerhalb der Ballungsräume und die „Gießkannenhilfe“ für zu viele Orte hat in erster Linie den schon bestehenden Großagglomerationen geholfen (ganz abgesehen davon, daß der größte Teil der regionalpolitisch wirksamen Finanzmittel ohnehin in die Ballungszentren geflossen ist). Der Dualismus zwischen den Ballungszentren und den Problemgebieten wurde eher noch verstärkt als abgebaut. Die Tatsache, daß bei der Industrieansiedlung in kleinen Orten Zweigbetriebe vorherrschen, trägt zur „relativen konjunkturellen Instabilität, zu einem niedrigen Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte und zur Anwendung von nicht dem neuesten Stand des technischen Wissens entsprechenden Produktionsverfahren bei“⁵⁰.

⁴⁶ vgl. GERLACH, K., LIEPMANN, P.: a. a. O., S. 243 f.

⁴⁷ RICHARDSON, H.: Der städtische Wachstumsprozeß, in: Materialien zur ökonomischen Städteplanung, Braunschweig 1975, S. 86

⁴⁸ RICHARDSON, H.: a. a. O., S. 86

⁴⁹ GERLACH, K., LIEPMANN, P.: a. a. O., S. 515

⁵⁰ GERLACH, K., LIEPMANN, P.: a. a. O., S. 520

c) Konzeption der kapitalorientierten Förderung

Durch direkte Förderung werden bei Errichtung, Ausbau, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung einzelner Gewerbebetriebe die Investitionskosten durch entsprechende Investitionszuschüsse, Darlehen, Zinszuschüsse und Bürgschaften je nach Art des Schwerpunkortes zwischen 10 % und 25 % verringert. Daneben erfolgt eine indirekte Subventionierung der Unternehmen durch öffentliche Maßnahmen im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur, wie z. B. Erschließung von Industriegelände, Ausbau von Verkehrsverbindungen, Energie- und Wasserversorgungsanlagen, Abwasser- und Abfallbeseitigungsanlagen, etc.

Diese einseitig am Produktionsfaktor Kapital orientierte Förderung knüpft an die neoklassische Theorie an, wonach die Unternehmen bei ihren Standortentscheidungen allein durch interregionale Kosten-Ertragsdifferenzen beeinflusst werden. Dieser Ansatz berücksichtigt zu wenig die Interdependenz der Streuung von Arbeitskräften und Wirtschaftszweigen in Abhängigkeit der Siedlungsstruktur und der Bedeutung von Agglomerationsvorteilen⁵¹.

Die moderne Industrialisierung geht einher mit einer zunehmenden Differenzierung des nachgefragten Qualifikationsniveaus. Einerseits wachsen die Forderungen nach spezialisierten Kenntnissen, andererseits nimmt auch der Bedarf an wenig qualifizierten Arbeitern zu. Letzteres ist nicht nur eine (vorübergehende) Konsequenz des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, sondern auch der spezifischen innerbetrieblichen Arbeitsorganisation von Großbetrieben, die u. a. durch qualifikationsdrückende Maßnahmen die Dispositionsmacht des Managements abzusichern suchen⁵².

Darüber hinaus ist die Differenzierung des Arbeitsmarktes und das Erfordernis lediglich un- und angelernter Arbeit („Jedermann-Qualifikation“) Konsequenz einer in Abhängigkeit zyklischer Überproduktionskrisen ständig schwankenden Nachfrage infolge sinkender Kaufkraft zunehmend mit Produktionsbeschränkungen, die für sie um so kostengünstiger verlaufen, je weniger kapitalintensiv die Arbeitsplätze ausgestattet sind und desto leichter sie sich durch Entlassungen bzw. Kurzarbeit von Lohnkosten vorübergehend entlasten können.

So entsteht innerhalb der Wirtschaftszweige und der einzelnen Unternehmen eine Arbeitsteilung zwischen Produktion für stabile und Produktion für instabile Nachfrage, die sich regional einerseits in agglomerationsorientierten Stammbetrieben mit relativ stabilen und qualifizierten Arbeitsplätzen und andererseits die peripheren Regionen bevorzugenden Zweigstellen mit relativ instabilen und gering qualifizierten Arbeitsplätzen niederschlägt. „Faktisch fördert die staatliche Politik die vorfindliche Ausweitung innerbetrieblicher Arbeitsteilung auf eine Arbeitsteilung zwischen Regionen, die den ländlichen Gebieten nicht einfach weniger, sondern ein anderes Modell der Entwicklung zuweist: den Status sekundär industrialisierter Elendsbereiche auf Dauer“⁵³.

Daneben werden gerade in jüngster Zeit auch Großobjekte der Wachstumsindustrien gefördert, die aufgrund ihrer Umweltbelastungen bestimmte periphere

⁵¹ BUTTLER, F., GERLACH, K., LIEPMANN, P.: Funktionsfähige regionale Arbeitsmärkte als Bestandteil ausgewogener Funktionsräume, in: Ausgeglichene Funktionsräume, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 94, Hannover 1975, S. 87.

⁵² vgl. MICKLE, D.: Technik, Arbeitsorganisation und Arbeit, Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen 1975, S. 87

⁵³ EVERS: A.: Die gegenwärtige Raumordnungspolitik: Reformpolitik mit Hindernissen? in: ARCH 23, 1974, S. 48

Standorte bevorzugen, die ihnen externe Ersparnisse z. B. in Form geringerer Umweltschutzaufgaben ermöglichen. Diese Betriebe sind entweder überwiegend auch Zweigniederlassungen für bestimmte Zwischenprodukte (z. B. Aluminium) oder sehr kapitalintensiv und tragen zur Vermehrung der Arbeitsplätze und Produktionsverflechtungen kaum bei (z. B. Atomkraftwerk).

Im übrigen wird der Trend einer „verspäteten Industrialisierung“ inländischer peripherer Regionen zunehmend gebrochen durch entsprechende Betriebsverlagerungen in ausländische Regionen⁵⁴.

Damit sind aber auch die allgemeinen Voraussetzungen für mögliche Verbesserungen benannt: Entwicklung und Anwendung eines Instrumentariums, das in den strukturellen Determinationszusammenhang von unternehmerischer Standortwahl, innerbetrieblicher Verfügungsgewalt, Diffusion von Innovation, Trennung in private und öffentliche Kostenfunktion, Überproduktion und Konkurrenz systematisch eingreift.

1.4. Struktur von Arbeitsmärkten — Größe und Zuordnungsmodelle

a) Struktur der Teilarbeitsmärkte

Der gesamte Arbeitsmarkt besteht aufgrund spezifischer Merkmale aus Teilarbeitsmärkten, die untereinander durch Mobilitätsprozesse verbunden sind⁵⁵. Nach dem Kriterium Qualifikationsstruktur werden vor allem Jedermann-, fachspezifische und betriebsspezifische Teilarbeitsmärkte unterschieden.

Dabei zeichnen sich die betriebsspezifischen und fachspezifischen Teilarbeitsmärkte durch größere Einzugsbereiche sowie größere Arbeitsplatzkonzentrationen aus, als es bei den Jedermann-Teilarbeitsmärkten der Fall ist. KLEMMER spricht in diesem Zusammenhang von einer Hierarchie der Teilarbeitsmärkte, die in Abhängigkeit von divergierenden Pendlermobilitäten steht⁵⁶. Im Einzugsbereich größerer Zentren lassen sich kleinere Verflechtungskomplexe identifizieren, die eher den Charakter von Jedermann-Teilarbeitsmärkten haben⁵⁷.

Im einzelnen lassen sich folgende Teilarbeitsmärkte charakterisieren:

Jedermann-Teilarbeitsmärkte

Jedermann-Teilarbeitsmärkte werden als unspezifische Märkte charakterisiert, in denen von der Arbeitskraft keine speziellen Kenntnisse oder Fähigkeiten gefordert werden.

Aufgrund der Struktur der Betriebe sind die mit der Erwerbstätigkeit verbundenen Lernchancen gering. Da die Betriebsgröße prozentual unterdurchschnittlich ist, muß die Möglichkeit für einen betriebsinternen Aufstieg bzw. eine qualifikationsbedingte Einkommensverbesserung gering eingeschätzt werden.

Betrachtet man das Pendlerverhalten, so zeigt sich, daß Ungeschulte und hier insbesondere weibliche Erwerbstätige und ausländische Arbeitskräfte relativ

⁵⁴ Den privaten Kapitalexpert fördert der Staat mit einem umfangreichen Instrumentarium und Steuervergünstigungen nach dem Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz

⁵⁵ BUTTLER, F., GERLACH, K., LIEPMANN, P.: a. a. O., S. 63

⁵⁶ vgl. MACKENSEN, R., VANBERG, M., KRÄMER, K.: Probleme regionaler Mobilität, Hrsg.: Kommission für wirtschaftlichen Wandel, Bd. 19, Göttingen 1975, S. 23

⁵⁷ vgl. KLEMMER, P.: a. a. O., S. 93

geringe Pendlerstrecken zurücklegen⁵⁸. Es kann somit gefolgert werden, daß sich Jedermann-Teilarbeitsmärkte auch um kleinere Orte bilden⁵⁹. Weiterhin ist zu beachten, daß die im Strukturwandlungsprozeß der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte vor allem zu diesem Teilarbeitsmarkt gehören.

Fachliche Teilarbeitsmärkte

Mindestqualifikationen fachlicher und schulischer Art werden vorausgesetzt, vor allem ist ein gleichartiges berufliches und schulisches Bildungspotential feststellbar. Es wird jedoch betont, daß sich der fachliche Teilarbeitsmarkt räumlich nur schwach fixieren läßt, da sich hier die charakteristischen Arbeitskräfte durch eine hohe Arbeitsplatzwechsel- und Wanderungsbereitschaft auszeichnen. In räumlicher Hinsicht wird angenommen, daß diese Teilarbeitsmärkte mit den betrieblichen Teilarbeitsmärkte zusammenfallen⁶⁰.

Betriebliche Teilarbeitsmärkte

Dieser Teilarbeitsmarkt wird durch die enge Verknüpfung mit dem Betrieb aufgrund von betriebsspezifischer Qualifikation umschrieben. Im Gegensatz zu den vorgenannten Teilarbeitsmärkten ist hier die Inanspruchnahme des intersektoralen und betriebsexternen Substitutionspotentials gering. Standort für diese Arbeitsplätze sind vor allem die großen dominierenden Zentren, weil hier die Betriebe die ihren Handlungsmaximen entsprechenden Standortvorteile vorfinden.

Während sich also die Arbeitsplätze, die den betrieblichen Arbeitsmarkt konstituieren, in den dominanten Zentren ansiedeln, haben Querschnittsanalysen für ländliche Räume ergeben, daß Zentren mindestens 60 000 bis 70 000 EW aufweisen sollten, um die Voraussetzungen für fachliche Teilarbeitsmärkte schaffen zu können. Zentren, die eine geringere Größenordnung besitzen und relativ isoliert im Raum liegen, laufen Gefahr, den Kernpunkt von Jedermann-Teilarbeitsmärkten darzustellen und längerfristig Abwanderungen qualifizierter Arbeitnehmer hinnehmen müssen.

Bei den räumlichen Mobilitätsformen wird neben der Unterscheidung in inter- und intraregionale Mobilität die intraregionale Mobilität zusätzlich in zwischen- und innerbetriebliche Arbeitswechselformen untergliedert. Das ist insofern von Bedeutung, als ein zwischenbetrieblicher Arbeitsplatzwechsel nicht unbedingt mit einem Wohnortwechsel verbunden sein muß und in Form einer Pendlerrichtungsänderung aufgefangen werden kann. In räumlicher Hinsicht ist zwischen Wanderungs- und Pendlermobilität zu unterscheiden.

Einen nicht unerheblichen Einfluß auf die ökonomisch bedingten Wanderungsbewegungen hat die konjunkturbedingte Instabilität gerade peripherer Arbeitsplätze.

⁵⁸ vgl. BUTTLER, F., GERLACH, K., LIEPMANN, P.: a. a. O.; GERLACH/LIEPMANN, P.: Industrialisierung und Siedlungsstruktur — Bemerkungen zum regionalpolitischen Programm einer aktiven Sanierung der bayerischen Rückstandsgebiete, Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 187, (Heft 6) 1973

⁵⁹ KLEMMER, P.: Probleme einer arbeitskräfterelevanten Abgrenzung von Regionen, als Manuskript vervielfältigt, Bochum 1975, S. 76

⁶⁰ KLEMMER, P.: a. a. O., S. 78

b) Konjunkturreagibilität von Arbeitsplätzen und Mindestgrößen von Arbeitsmärkten

Auf nationaler Ebene werden Versuche unternommen, die zyklischen Konjunkturabläufe zu steuern. Hierbei kam der regionalen Sicht bis jetzt jedoch eine untergeordnete Bedeutung zu, obwohl — regional gesehen — relativ stark divergierende zyklische Schwankungen feststellbar sind⁶¹. Einseitige Produktions- und Verflechtungsstrukturen sowie die Struktur der Neuinvestitionen können neben weiteren regionalen Besonderheiten als Ursache benannt werden⁶².

Geht man der Frage nach, welche Bedingungen ein regionaler Arbeitsmarkt erfüllen muß, um eine möglichst hohe Sicherheit des Arbeitsplatzangebotes zu garantieren, wird vor allem darauf hingewiesen, daß zur Vermeidung der oben benannten Erscheinungsformen ein möglichst diversifiziertes Arbeitsplatzangebot sicherzustellen sei. Aufgrund einer von KLEMMER vorgenommenen Gliederung der Sektoren nach dem Funktionalitätsprinzip wurden in der Bundesrepublik Deutschland 15 Sektorenkomplexe identifiziert.

Aus den Bestimmungsmerkmalen wird der Schluß gezogen, daß in einem ansatzweise diversifizierten Arbeitsmarkt alle industriellen Sektorenkomplexe durch mindestens einen Betrieb vertreten sein sollen. Zur Ermittlung der notwendigen Basisbevölkerung wird eine Durchschnittsgröße der Betriebe von 300 Beschäftigten sowie ein Anteil von 10 % der Industriebeschäftigten an der Gesamteinwohnerzahl unterstellt. Man erhält dann eine Einwohnerzahl der Arbeitsmarktreion von 45 000 EW⁶³.

Da bei dieser Größenordnung kaum die für eine Ansiedlungspolitik notwendigen Agglomerationsvorteile vorhanden sein dürften, wird von einem höheren Schwellenwert auszugehen sein. So betont KLEMMER, daß von einer Mindestgröße des Arbeitsmarktes von 100.000 EW auszugehen sei⁶⁴.

1.5. Strategien zur Entwicklung stabiler peripherer Arbeitsmärkte

Die Lenkung von privatem Kapital in periphere Arbeitsmärkte ist eine wesentliche Entwicklungsfunktion. Der aktuelle Spielraum einer Regionalpolitik macht es notwendig, den geforderten Standortfaktoren besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Neben den Anforderungen an Agglomerationsvorteilen und der damit verbundenen Forderung nach Teilhabe an Innovationsprozessen wird von privaten Investoren das Vorhandensein von Arbeitskraftreserven als ein entscheidender Faktor angesehen. Das regionale Arbeitskräftepotential erscheint daher als ein wesentlicher Entwicklungspotentialfaktor und als eine

⁶¹ vgl. GERLACH, K.: Konjunkturelle Aspekte der Industrialisierung peripherer Regionen. a. a. O.;
STOCKMANN, W.: Regionale Konjunkturprobleme, in: Weltwirtschaftliche Studien, Bd. 14, Kiel 1970

⁶² KLEMMER, P.: a. a. O., S. 45 f.

⁶³ KLEMMER beruft sich hier auf Erfahrungswerte, die bei den Industrieansiedlungen im Rahmen der regionalen Förderungsprogramme gewonnen wurden. Vgl. ALBERT, W.: Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Industriestandorte, Informationen, 1969, S. 691, zitiert nach KLEMMER, P.: a. a. O., S. 51. Vgl. auch MICHAELIS, H.: Möglichkeiten und Grenzen einer kommunalen Industriestandortpolitik, ARL Arbeitsmaterial 1975—4, S. 24

⁶⁴ KLEMMER, P.: a. a. O., S. 52

wichtige strategische Größe bei der Verwirklichung des Ziels einer Industrialisierung bzw. „Tertialisierung“ von peripheren, schwach strukturierten Teilräumen.

Die Umsetzung dieser „strategischen Größe“ in konkrete Entscheide kann durch den Aufbau von regionalen Arbeitsmärkten gefördert werden. Strategisches Ziel ist es, durch Minimierung der interregionalen Mobilität, durch Entwicklung eines „hohen Beschäftigungsstandes“ und „Verbesserung der Beschäftigungsstruktur“ das regionale Entwicklungspotential bestmöglich zu nutzen und zu entwickeln und so zur Verbesserung der regionalen Lebensbedingungen beizutragen.

Um das gesellschaftspolitische Grundrecht auf die freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl durchzusetzen, ist es erforderlich, diejenigen räumlich-materiellen Voraussetzungen zu schaffen, „unter denen ein Entscheidungshandeln im Sinne des Grundgesetzes erst ermöglicht wird“⁶⁵.

Maßnahmen dazu sind:

- Schaffung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden privaten und öffentlichen Dienstleistungsangebotes, vor allem eines differenzierten Bildungs- und Ausbildungsangebotes in zumutbarer Entfernung
- Schaffung eines quantitativ ausreichenden und qualitativ umfassenden Angebots an Arbeitsplätzen in zumutbarer Entfernung⁶⁶.

Da sich die Wertvorstellungen einzelner Schichten und Gruppen sowohl nach Alter, Bildungsstand etc. unterscheiden als auch im Zeitverlauf verändern, unterliegen die Standards der räumlich-materiellen Voraussetzungen einem ständigen Wandel. Die Strategie stabiler peripherer Arbeitsmärkte leistet daher einen Beitrag zur Stabilität von Investitionen in die Infrastrukturausstattung einer Region.

Arbeitsmarktstrukturelle Entwicklungsbedingungen und Entwicklungen — strategische Entwicklungsansätze

Die arbeitsmarktstrukturellen Entwicklungsbedingungen der Ausnutzung und Entwicklung regionaler Entwicklungspotentiale in peripheren Regionen wurden durch Zusammenstellung von Entwicklungshypothesen und empirischen Befunden charakterisiert. Dabei wurde vor allem der Zielerfüllungsgrad der folgenden arbeitsmarktpolitischen Zielbereiche aufgedeckt:

- Abbau von interregionalen Entwicklungsbeständen
- Durchsetzung des Grundrechts auf Berufs- und Arbeitsplatzwahl (in quantitativer Hinsicht) durch Bereitstellung von Arbeitsplätzen in zumutbarer Entfernung
- Durchsetzung des Grundrechts auf Berufs- und Arbeitsplatzwahl (in qualitativer Hinsicht) durch Bereitstellung von Arbeitsplätzen in zumutbarer Entfernung, die den Kriterien der Arbeitsplatzsicherheit, der Einkommensgerechtigkeit sowie der vertikalen und horizontalen Mobilitätschancen entsprechen

⁶⁵ ebd., S. 42. Da die Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl in der Freiheit der Alternativen besteht, wird diese u. a. in Teilräumen mit konjunktureller und/oder struktureller Arbeitslosigkeit eingeschränkt. Vgl. STORBECK/LÜCKE: ebd., S. 47 f.

⁶⁶ ebd., S. 43

- Vermeidung von unfreiwilliger interregionaler Mobilität bei Unterstützung der intraregionalen Mobilität sowie bei Verbesserung der Pendlerverflechtungen
- Vermeidung der Herausbildung von isolierten großräumigen Jedermann-Teil-Arbeitsmärkten

Zu jedem dieser Zielbereiche werden im folgenden besondere Strategien benannt.

Abbau von interregionalen Entwicklungsabständen

Hier geht es vor allem um das Entwicklungspotential „Faktor Arbeit“, wobei dem Teilaspekt der Mobilisierung brachliegender regionaler „Zusatzpotentiale“ von Arbeitskraftreserven, die unter anderem auf Strukturmängel und/oder dem niedrigen regionalen Entwicklungsniveau basieren, wesentliche Bedeutung zukommt. Elemente dieser strategischen Zielsetzung sind:

- ausreichendes Arbeitsplatzangebot in quantitativer und qualitativer Hinsicht
- ausreichendes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungen, hier vor allem Bildungseinrichtungen
- Verbesserung der Wohn- und Freizeitbedingungen
- Vermeidung von Qualifikationsungleichgewichten zwischen Nachfrage und Angebot
- an den Faktor Arbeit gebundene Investitionshilfen

Durchsetzung des Grundrechts auf Berufs- und Arbeitsplatzwahl — quantitativer Aspekt

Die Änderung der räumlichen Verteilung der Arbeitskräftepotentiale durch Wanderungen führt nicht allein zu Veränderungen des Umfanges, sondern vor allem zu Veränderungen der Struktur. Der qualitative Selektionseffekt der Wanderungsbewegung zeichnet sich im wesentlichen durch die Abwanderung von qualifizierten und hochqualifizierten jüngeren Arbeitskräften bei Zuwanderung von älteren Bevölkerungsteilen aus⁶⁷.

Gerade in peripheren Regionen kann dieser Wanderungsprozeß den Altersaufbau und die Geschlechtsgliederung maßgeblich verändern und einen erheblichen Rückgang der Erwerbsfähigen- und Erwerbstätigenquote nach sich ziehen.

Dies wiederum verursacht einen Bedeutungsverlust des regionalen Standortfaktors Arbeitskräftepotential, vor allem für kapital- und produktivitätsintensive Betriebe, die auf ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften angewiesen sind.

Die Ausschöpfung und Entwicklung des regionalen Arbeitskräftepotentials wird also im wesentlichen durch die Arbeitsplatzangebotsseite determiniert, d. h. von dem Umfang und der Struktur der Neuinvestitionen sowie dem Standort der vorhandenen Arbeitsplätze für Neuzugänge⁶⁸.

⁶⁷ Einflüsse resultieren dabei ebenfalls aus dem Stand des Bildungs- und Qualifikationsniveaus, regionale Besonderheiten, etc. Im wesentlichen müssen u. E. jedoch diese Einflüsse im Zusammenhang der Ursache-Wirkungsketten, die zwischen Angebot und Nachfrage herrschen, gesehen werden

⁶⁸ Der Wille zur Arbeit ist dabei als ein Lernprozeß zu sehen, der u. a. bestimmt wird durch das Ausbildungs- und Qualifikationsniveau, das soziale Umfeld sowie die konkreten Möglichkeiten der Wahrnehmung des Bildungsangebotes. Der Faktor „Arbeitswillige“ ist daher als eine veränderte Größe (Variable) zu betrachten

Geht es nun um die Durchsetzung des Grundrechts auf Berufs- und Arbeitsplatzwahl, so sind Aussagen über den Grad der Ausschöpfung und Entwicklung notwendig.

Bei der Zielsetzung „jedem Arbeitswilligen einen Arbeitsplatz“ handelt es sich um eine gesellschaftspolitische Norm, die den Gerechtigkeitsaspekt in den Mittelpunkt stellt; dementsprechend dürften rein wachstums- und stabilitätsorientierte Zielsetzungen zu relativieren sein⁶⁹. Als Maßstab kann das Erwerbsfähigenpotential (Erwerbsfähigenquote) herangezogen werden. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß neben den Erwerbstätigen und Erwerbslosen auch jene Zusatzpotentiale Verwendung finden, die bisher aufgrund von Strukturschwächen, der allgemeinen Zurückgebliebenheit des Teilraumes etc. nicht genutzt wurden bzw. werden⁷⁰.

Eine rein stabilitätspolitisch orientierte Arbeitsmarktpolitik dagegen hätte das Erreichen eines Auslastungsgrades zum Gegenstand, der sich auf der Grenze zwischen Über- und Unterbeschäftigung einpendelt⁷¹.

Dagegen kann als Maßstab zur Bestimmung des oben intendierten Beschäftigungsstandes neben der Erwerbsfähigenquote die durchschnittliche regionale Erwerbstätigenquote einschließlich der durchschnittlichen Arbeitslosenquote herangezogen werden.

Verdeckend wirkt sich die hohe Absorptionskraft der Landwirtschaft für weibliche Arbeitskräfte aus.

Unter Zugrundelegung dieser Kriterien weisen vor allem die peripheren Regionen relativ hohe Arbeitsplatzdefizite auf⁷².

Durchsetzung des Grundrechts auf Berufs- und Arbeitsplatzwahl — qualitative Aspekte

Die Aussagen im vorangegangenen Abschnitt zielten vor allem auf quantitative Aspekte der regionalen Vollbeschäftigung ab.

Erst in neueren Untersuchungen wurde die Bedeutung von qualitativen Gesichtspunkten hinsichtlich der Struktur der Arbeitsplatzangebotsseite sowie der Struktur des Arbeitskräftepotentials — für die Entwicklung von Regionen hervorgehoben⁷³.

Eine arbeitsmarktorientierte Entwicklungspolitik sollte danach vor allem die folgenden Kriterien berücksichtigen:

- Arbeitsplätze, die langfristig Einkommens- und Entwicklungseffekte für die Region hervorrufen
- Einkommensgerechtigkeit
- Qualifikationsverwertung

⁶⁹ KLEMMER, P., a. a. O., S. 27

⁷⁰ LANGKAU, I., THELEN, P., VESPER, J.: Regionale Arbeitsmarktbilanzen zur Neuabgrenzung der Fördergebiete in der Bundesrepublik Deutschland; Schriftenreihe des Forschungsinstitutes der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 118, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 16

⁷¹ KLEMMER, a. a. O., S. 27

⁷² vgl. LANGKAU, I., THELEN, P., VESPER, J., a. a. O., ERNST, A.: Arbeitsmarktpolitische Prioritäten für die regionale Wirtschaftsförderung, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 7 Jg. (1974)

⁷³ vgl. Abschnitt 1.2. Erfolgskontrolle von Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung und Ableitung von Indikatoren zur Arbeitsmarktstruktur

- vertikale und horizontale Mobilität
- zumutbare Entfernungen

Aus der Kenntnis des Komplementärverhältnisses von qualitativen Arbeitsplätzen des sekundären und des tertiären, aber auch des primären und des tertiären Sektors (wobei die Übergänge fließend sind) ergibt sich auch die Notwendigkeit gleichzeitiger Förderung.

Abbau unfreiwilliger interregionaler Mobilität

Es wurde betont, daß das Grundrecht auf freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl vor allem auch eine räumlich-materielle Dimension hat. Geht es um die Schaffung der räumlich-materiellen Voraussetzungen, so müssen die konkreten Mobilitätshemmnisse sowie Mobilitätswänge berücksichtigt werden.

Neben der Vermeidung von Einschränkungen in bezug auf den Grundsatz der freien Berufs-, Arbeitsplatz- und Wohnstandortwahl sollen durch die Minimierung von unfreiwilligen interregionalen Mobilitäten weitere gesellschafts- und regionalpolitische Ziele verfolgt werden:

- Erhaltung einer ausgewogenen regionalen Sozialstruktur⁷⁴, durch Verhinderung sozialer Erosion⁷⁵, hervorgerufen durch Abwanderung jugendlicher, qualifizierterer Arbeitskräfte sowie durch unkontrollierte Zuwanderung von aus dem direkten Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Bevölkerungsteilen (u. a. in Form der Altenwanderung). Ähnliche Aufmerksamkeit sollte dem Problem der Eingliederung von ausländischen Arbeitskräften gelten. Bemühungen um eine gleichmäßigere Verteilung auf die Regionen könnten dazu einen Beitrag liefern⁷⁶.
- Minimierung von Opportunitätskosten in Form von Mobilitätskosten, Kosten bei Leerkapazitäten bei der Infrastrukturausstattung etc.⁷⁷.
- Vermeidung von Überagglomerationstendenzen mit den entsprechenden sozialen Kosten — bei (potentiell) überlasteten Verdichtungsräumen durch Vermeidung von freiwilliger interregionaler Mobilität aus peripheren, schwach strukturierten Teilräumen sowie durch Stützung von vorhandenen Abwanderungsbewegungen aus überlasteten Verdichtungsräumen⁷⁸.

Zur Verhinderung von starken interregionalen Abwanderungstendenzen aus peripheren, schwach strukturierten Teilräumen erscheint es jedoch notwendig, die intraregionale Mobilität der Bevölkerung zu fördern, denn die Schaffung eines umfassenden Angebots im Produktions- und Konsumtionsbereich kann u. E. unter gegebenen Lenkungsbedingungen nur über die regionale Konzentration von Bevölkerungsteilen erfolgen. Die Vermeidung von unfreiwilliger interregionaler Mobilität ist somit verbunden mit der Hinnahme unfreiwilliger intraregionaler Mobilität sowie regionaler Pendlermobilität.

⁷⁴ vgl. THOSS u. a.: Zwischenbericht über ein erweitertes Modell zur Koordinierung der Regionalpolitik, a. a. O., S. 198

⁷⁵ THOSS u. a., a. a. O., S. 199; STORBECK/LÜCKE: a. a. O., S. 49; Bundesraumordnungsbericht 1972, Bonn 1973, S. 29

⁷⁶ LANGKAU, I., THELEN, P., VESPER, I.: Regionale Arbeitsmarktbilanzen zur Neuabgrenzung der Fördergebiete in der BRD; Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 118, S. 38 f.

⁷⁷ vgl. u. a. BUTTLER, F., GERLACH, K., LIEPMANN, P.: a. a. O., S. 63, 91; THOSS u. a.: a. a. O., S. 203

⁷⁸ LANGKAU, I., THELEN, P., VESPER, I.: a. a. O., S. 12, 15, 17, 42 f.

1.6. Strategien zum Arbeitsmarktstrukturwandel peripherer Regionen

In entwicklungsstrategischer Hinsicht kommt es darauf an, die Unterrepräsentanz einer Beschäftigungskategorie in einem regionalen Arbeitsmarkt zu vermeiden, denn die Unterentwicklung eines Teilbereiches muß als arbeitsmarktpolitisch unerwünscht angesehen werden, da unspezifische oder Jedermann-Teilarbeitsmärkte durch hohe Fluktuationsraten und Abwanderungen gekennzeichnet sind⁷⁹.

Zur Lösung dieser Problematik ist u. E. das „Konzept der hierarchisch gegliederten Pendlerräume“, d. h. der „schrittweisen Stufung der Verflechtungsgebiete“⁸⁰ geeignet.

Wesentliche Merkmale dieser Konzeption sind:

- Orientierung der Auspendlergemeinden zu mehreren unterschiedlich strukturierten Einpendlergemeinden⁸¹, d. h. Orientierung z. B. einer Auspendlergemeinde mit einem Arbeitskräftepotential, das den Qualifikationskriterien von z. B. Jedermann- und fachlichen Teilarbeitsmärkten genügt, zu Zentren, die das entsprechende Arbeitsplatzangebot ausweisen.
- Orientierung der Auspendlergemeinden zu Einpendlergemeinden nach unterschiedlich zu definierenden zumutbaren Entfernungsschwellen. Die Definitionsmerkmale sind dabei abzuleiten aus der spezifischen Struktur der Pendlerströme, die vor allem geprägt werden von der Qualifikation, dem Geschlecht, dem Alter und dem Einkommen der Pendler. Je nach Struktur dieser Pendlerströme liegen unterschiedliche Pendlerentfernungsbereitschaften vor (subjektiver Faktor des Zumutbarkeitskriteriums)⁸².

Andererseits hat die Ermittlung von zumutbaren Entfernungsschwellen aufgrund von gesellschaftspolitischen Zielsetzungen zu erfolgen, die einerseits normativen Charakter im Hinblick auf die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen haben. Zum anderen stehen diese Werte im Zusammenhang mit dem volkswirtschaftlichen Ziel der Minimierung der sozialen Kosten (gesellschaftlicher Faktor des Zumutbarkeitskriteriums).

Kriterium Entfernung und Größe

Ein wesentliches Element der Bestimmung von Schwellwerten stellt die Analyse von regionalpolitischen Zielsystemen dar, wobei im wesentlichen von den gesellschaftspolitischen Zielen der Regionalpolitik auszugehen ist. Bei der regionalisierten Betrachtung dieser Ziele tauchen schwerwiegende Probleme auf. So wird sehr schnell deutlich, daß zwischen den Zielen gesamtwirtschaftliches Wachstum durch optimale Allokation der Produktionsfaktoren und regionaler Wohlstand Zielkonkurrenz besteht. Während das Ziel der optimalen Faktorallokation die räumliche Mobilität fordert, ist die Erhaltung des Entwicklungspotentials in den

⁷⁹ KLEMMER, P.: a. a. O., S. 92

⁸⁰ Vgl. MACKENSEN, R., VANBERG, M., KRÄMER, K.: a. a. O., S. S. GANSER, K.: Pendlerwanderung in Rheinland-Pfalz, Mainz 1969, S. 23

⁸¹ MACKENSEN, R., ebd., S. 23

⁸² Die subjektive Pendlerentfernungsbereitschaft ist hierbei Resultat der einzelnen subjektiven Wertvorstellungen. Darüber hinaus spiegelt sie natürlich die objektiven Bedingungen der Standortstruktur von Wohn- und Arbeitsplätzen wider. D. h. subjektive Pendlerbereitschaft erscheint als Lernprozeß, der von der gegebenen Standortstruktur geprägt wird.

einzelnen Regionen unumgängliche Voraussetzung für das Ziel regionaler Wohlstand⁸³.

Eine Vermittlung zwischen dieser Zielkonkurrenz kann u. E. erfolgen auf der Basis, die die konkrete Problemlösung in den Vordergrund stellt. Das würde für eine Entwicklungspolitik bedeuten:

- Das Oberziel der optimalen Faktorallokation verliert zugunsten anderer Oberziele an Bedeutung.
- Das Zielsystem orientiert sich somit an den konkreten Problemen und den aktuellen Lösungsmöglichkeiten.
- Die abstrakte Diskussion um gezielte Konzentration oder Dekonzentration als zwei mögliche Pole einer optimalen Faktorallokation tritt in den Hintergrund zugunsten einer Einschätzung, daß die Probleme mittelfristig am besten mittels der Strategie der Stützung und Entwicklung des regionalen Entwicklungspotentials zu bewältigen sind.
- Die Bestimmung von Größen erfolgt somit nicht allein aufgrund ökonomischer Kriterien, sondern basiert neben der Einbeziehung von sozialen und räumlichen Bedingungen auf zeitlich orientierten entwicklungspolitischen Kalkülen.

Zumutbare Pendelentfernungen

Entwicklungspolitisch verknüpft sich mit dem Ansatz der Ermittlung von zumutbaren Entfernungsparametern die Zielvorstellung:

- die Konzentration von Arbeitsplätzen in wenigen dominanten Zentren und die damit verbundenen überproportional steigenden Kosten zu vermeiden;
- die Zeit-Wege-Ökonomie der Pendler zu verbessern;
- die vorhandene Bausubstanz (einschließlich infrastruktureller Einrichtungen) optimal zu nutzen;

Die feststellbaren Entfernungsparameter sind unterschiedlich und hängen als Variable von dem Qualifikationsniveau, der Altersstruktur und der Geschlechtsstruktur des Erwerbspotentials⁸⁴ sowie generell von der konkreten Standortstruktur und damit des Angebots von Arbeitsplätzen ab⁸⁵. Auf der anderen Seite wurde die Vielzahl dieser Einflußfaktoren noch keiner ausreichend exakten Analyse unterzogen. Daher ist es problematisch, exakte Orientierungsgrößen zu benennen.

Wissenschaftliche Untersuchungen sowie politische Forderungen pendeln sich jedoch augenblicklich mehr und mehr bei einer zumutbaren Entfernung von 30 Pkw-Minuten oder ca. 25 km Bundesstraßenentfernung ein. Da hierbei jedoch viele raumdifferenzierende Nebenbestimmungen kaum ausreichend gewürdigt wurden, kann es sich nur um einen sehr groben Orientierungswert handeln⁸⁶.

⁸³ KLEIN, H.-J.: Möglichkeiten und Grenzen einer optimalen Erfolgskontrolle in der regionalen Wirtschaftspolitik, in: Raumforschung und Raumordnung, 31. Jahrg. 1973, H. 2, S. 86

⁸⁴ KLEMMER, P.: Probleme einer arbeitskräfterelevanten Abgrenzung von Regionen, a. a. O., S. 76
KRAEMER, D.: Funktionale Raumeinheiten für die regionale Wirtschaftspolitik, Bochum 1975, S. 100

⁸⁵ Die Pendlerbereitschaft ist primär nicht als freiwilliger Entscheidungsakt anzusehen; sie wird vielmehr erzwungen durch die Trennung von Wohnen und Arbeiten, die ihrerseits gesellschaftspolitisch determiniert ist

⁸⁶ KRAEMER, D., a. a. O., S. 103 f.

Idealtypische Zuordnungsmodelle von Regionen/Teilräumen

a) Bildung von Funktionsräumen

Aufgabe der Funktionsräume:

Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen der großräumigen räumlich-funktionalen Arbeitsteilung entsprechend den spezifisch zu entwickelnden Begabtheiten dieser Räume (z. B. Fernerholungsaufgaben).

Saldierung von Leistungsnachfragen und -angebote, die zumutbaren Entfernungsschwellen unterliegen und denen die Abgrenzungsparameter der Funktionsräume entsprechen (Arbeitsplatzangebot, Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienst- und Versorgungsleistungen, Naherholung, etc.).

Funktion der Funktionsraumzentren

- oberzentrale Versorgung
- Arbeitsmarktzentren von vor allem betriebsspezifischen und fachlichen Teilarbeitsmärkten.

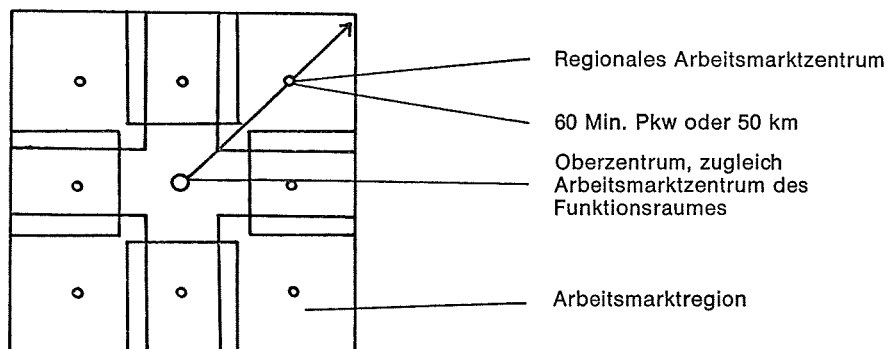
Größe der Zentren:

min. 100 000 E oder in naher Zukunft erreichbar.

Größe des Verflechtungsbereichs:

max. 50 km (THOSS)

Abbildung 1



Funktionsraum⁸⁷

b) Bildung von regionalen Arbeitsmärkten:

Funktion der regionalen Arbeitsmärkte:

- gehobenes Mittelzentrum
- Arbeitsmarktzentrum von vor allem fachlichen und Jedermann-Teilarbeitsmärkten.

⁸⁷ KRONER, G., KESSLER, H. R.: Vorschlag einer räumlichen Gliederung des Bundesgebietes nach der Erreichbarkeit von Oberzentren, in: Informationen zur Raumordnung, H. 1. 1976, S. 26

Größe der Arbeitsmarktzentren:

min. 30 000—40 000 E oder in naher Zukunft erreichbar.

Funktion der regionalen Subzentren:

- Teilfunktionen eines Mittelzentrums und/oder eines Grundzentrums
- Zentrum von wohl vor allem Jedermann-Teilarbeitsmärkten.

Größe der Subzentren:

um 8 000 E.

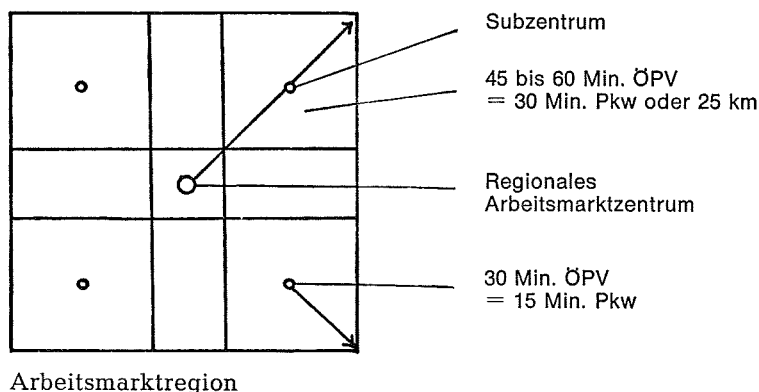
Verflechtungsbereich um das regionale Arbeitsmarktzentrum:

- um 45—60 Min. ÖPV (= 30 Min. Pkw)
- um 25 km (THOSS).

Verflechtungsbereich um das Subzentrum:

um 30 Min. ÖPV

Abbildung 2



1.7. Sicherung und Schaffung industrieller und tertiärer Arbeitsplätze in peripheren Regionen

Bei der Auswertung der Erfahrungen mit der Industrialisierungspolitik in den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe wurden Bestrebungen deutlich, den qualitativen Aspekt der Arbeitsplätze zu betonen.

So wird u. a. von der Bundesanstalt für Arbeit neben der Frage, in welchen Regionen die Mittel bevorzugt fließen sollen, auch die Frage gestellt, welche Betriebe bzw. Sektoren bevorzugt gefördert werden sollen⁸⁸.

Unter Kritik an dem quantitativ verkürzten Ansatz der Förderung der Gemeinschaftsaufgabe wird daher erstmals ein sektorales bzw. arbeitsplatzorientiertes Auswahlkonzept vorgeschlagen, das die Verbesserung der Qualität regionaler Arbeitsplatzstrukturen anstrebt.

⁸⁸ ERNST, A.: Arbeitsmarktpolitische Prioritäten für die regionale Wirtschaftsförderung. Ein quantifizierter Orientierungsrahmen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 7. Jg., 1974, Sonderdruck aus H. 3

Folgende Auswahlkriterien werden benannt:

- Verhinderung bzw. Auflockerung von Monostrukturen
- Abbau von Strukturschwächen
- Verhinderung von konjunktureller Arbeitslosigkeit
- Verhinderung von saisonaler Arbeitslosigkeit
- Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen
- Verhinderung von nichtqualifizierter Frauenbeschäftigung
- Bevorzugung von Hauptbetrieben bzw. Hauptbetriebsneugründungen
- Schaffung von Dauerarbeitsplätzen
- Schaffung von technologisch hochwertigen Produktionskapazitäten
- Verringerung von interregionalen Einkommensunterschieden.

Parallel zur Konkretisierung qualitativer Kriterien für die Förderung von Arbeitsplätzen in peripheren schwachstrukturierten Teilräumen werden Überlegungen angestellt, auch tertiäre Arbeitsplätze zu fördern.

Dahinter steht die Hypothese, daß nicht mehr nur industriell gewerbliche Produktion standortprägend wirkt und „tertiäre“ Arbeitsplätze nach sich zieht, sondern umgekehrt ein leistungsfähiger Dienstleistungsbereich eine Voraussetzung für Industrieansiedlung darstellt.

Räumlich gesehen, läßt sich feststellen, daß in den dominanten Wirtschaftszentren der Anteil der Industriebeschäftigten abnimmt. Soweit die Zahl der Beschäftigten hier insgesamt abgenommen hat, ist dies auf die Abnahme im produzierenden Bereich zurückzuführen.

In den mittleren und kleineren kreisfreien Städten war eine Zunahme der Gesamtbeschäftigten festzustellen, wofür die wachsende Beschäftigtenzahl im Dienstleistungsbereich ausschlaggebend war⁸⁹.

Dagegen ist die Anzahl der Industriebeschäftigten in kleineren zentralen Orten, insbesondere im ländlichen Bereich, während der letzten zehn Jahr häufig relativ stärker angewachsen⁹⁰.

Bei differenzierter Betrachtung des Industrialisierungsprozesses ergeben sich Bewertungsschwierigkeiten insbesondere qualitativer Art.

Mit Hilfe der Dreisektorentheorie kann die langfristige Entwicklung der Produktivkräfte und das Wirksamwerden des wissenschaftlich-technischen Fortschritts überblickt werden⁹¹.

Andererseits beachtet sie nicht, daß die Beziehungen zwischen Produktion und Konsumtion im Reproduktionsprozeß wie auch die räumliche und sektorale Distribution der Produktionsmittel und Arbeitskräfte nicht allein vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der Arbeitsproduktivität abhängen, sondern

⁸⁹ vgl.: Städtebaubericht 1975, Hrsg.: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn 1975

⁹⁰ z. B. verlief die Entwicklung der Industriebeschäftigten in der Oberpfalz im Zeitraum 1956/1969 schneller als in Bayern oder im Bundesgebiet.

vgl. GERLACH, K., LIEPMANN, P.: Konjunkturelle Aspekte ..., a. a. O., S. 4

⁹¹ Die Dreisektorentheorie wurde zunächst von CLARK im Sinne einer statistischen Grobstatistik der Volkswirtschaft konzipiert und von FOURASTIÉ als Theorie der Entwicklung volkswirtschaftlicher Sektoren unterschiedlicher Produktivität und im Zusammenhang damit der Entwicklung der Beschäftigtenstruktur weiterentwickelt.

vgl.: CLARK, C.: The conditions of economic progress, London 1940; FOURASTIÉ, J.: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln-Deutz 1954

ebenso sehr von den spezifischen Wirtschaftszielen in Abhängigkeit sozio-ökonomischer Strukturen⁹².

a) Räumliche Aspekte sektoraler Differenzierung

So lassen sich in räumlicher Hinsicht weder der konkrete Urbanisationsprozeß — mit seiner Tendenz zur Überagglomeration und negativen Formen der Funktionsentmischung — noch der sich verschärfende Gegensatz von Stadt und Land allein als notwendige Erscheinungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des mit ihm verbundenen Arbeitskräftestrukturwandels (vom primären zum sekundären und vom sekundären zum tertiären Sektor) charakterisieren. Wesentliches Merkmal räumlicher Entwicklung ist die Tatsache, daß sie das Ergebnis eines Allokationsprozesses ist, der weitgehend einzelwirtschaftlichen Handlungsmaximen (vor allem der Gewinnmaximierung) auf Basis des Privateigentums an Produktionsmitteln einschließlich des Grund und Bodens folgt und sehr viel weniger gesamtwirtschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Legitimationszwängen unterworfen ist⁹³.

Dies wird deutlich, wenn man die Widersprüche des Industrialisierungsprozesses hinsichtlich der Vernachlässigung ökologischer Aspekte, der Schaffung monostrukturierter Räume und — in ländlichen Gebieten — der einseitigen Ansiedlung von „verlängerten Werkbänken“ betrachtet.

In einer Wirtschaft, zu deren immanenter Logik zyklische Überproduktionskrisen gehören, ist es nur folgerichtet, wenn das aus der Landwirtschaft freigesetzte Arbeitskräftepotential für die Produktion von Industriegütern mit niedrigem Verarbeitungsgrad bei geringer Kapitalausstattung der Betriebe entsprechend dem Konjunkturzyklus flexibel genutzt und für die Überwälzung von Krisenlasten funktionalisiert wird.

Ebenso werden die städtischen Attraktionskräfte bei der Industrialisierung durch Vernachlässigung der negativen externen Effekte infolge der Trennung in private und öffentliche Kosten überbewertet.

Allerdings vollzieht sich innerhalb der materiellen Produktion ein Prozeß der Vorverlagerung wertbildender Tätigkeiten auf mittelbar produktive und notwendige, nicht produktive Arbeiten, die insbesondere zur Vorbereitung, Planung und Leitung der materiellen Produktion benötigt werden.

Unseres Erachtens ist der Innovationsprozeß bis zu einem gewissen Grad durchaus an die entwickelte Form städtischer Kommunikation gebunden. Dabei entwickelt sich technischer Fortschritt in engem Zusammenhang mit der unmittelbaren materiellen Produktion.

Es gilt daher die These, daß je größer der Anteil vorverlagerter, mittelbar produktiver und notwendiger nicht-produktiver Tätigkeiten ist, auch die Bedeutung der Kommunikation als Ausdruck menschlicher Interaktion zunimmt.

Entscheidend ist daher die Frage, was die Diffusion von Innovation, soweit diese hinsichtlich ihrer Entstehung an die Standorte jeweils größerer Kommunikation gebunden ist, objektiv und subjektiv hemmen kann.

Denn aus der Tatsache zunehmender Arbeitsteilung und Spezialisierung erwächst an sich noch nicht die Notwendigkeit räumlich diskriminierender Verteilung in Form quantitativ und qualitativ unterschiedlicher Arbeitsplätze.

⁹² vgl.: FLIERL, B.: Industriegesellschaftstheorie im Städtebau, Frankfurt/Main 1973, S. 21 ff.

⁹³ vgl. STORBECK, D., LÜCKE, M.: a. a. O., S. 20

Als Hemmnisse von objektivem Charakter sind die Kommunikationskosten zu nennen, soweit sie gesamtwirtschaftlich Mehrkosten darstellen. Diese haben infolge des technologischen Fortschrittes abnehmende Tendenz.

Subjektiven Charakter haben diejenigen Hemmnisse, die mit Hilfe von Autoritäts-Abhängigkeitsbeziehungen Diskriminanzen schaffen oder aufrechterhalten.

Daher liegen auch in der Beeinflussung der Investitionstätigkeit insbesondere des produktiven Sektors die entscheidenden strategischen Ansatzpunkte zur Veränderung der Arbeitsplatzversorgung.

b) sektorale Aspekte

Zahlreiche Ansätze definieren wirtschaftliche Aktivitäten, denen als Determinante städtischen Wachstums besondere Bedeutung zukommt. In Anlehnung an die Theorie des „tertiären“ Sektors nach FOURASTIÉ, kommt dabei den sog. Dienstleistungen eine entscheidende Bedeutung zu.

So entwickelt die Prognos AG in Anlehnung an die Export-Basis-Theorie ein Arbeitsmarktmodell, das die Branchen nach Grund- und Folgebereichen gliedert.

Diese unterscheiden sich nach ihrer überregionalen bzw. regional begrenzten Nachfrage. Zu den Grundbereichen zählen demnach die Landwirtschaft, die Industrie und aus den Dienstleistungen: Verkehr, Beherbergungsgewerbe (Fremdenverkehr) und die Zivilbediensteten von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz. Alle anderen wirtschaftlichen Aktivitäten können demnach nicht Ursache, sondern nur Folge der durch die Grundbereiche induzierten regionalen Entwicklung sein⁹⁴.

FOURASTIÉ hat den „tertiären“ Sektor danach unterschieden, inwieweit er dem Konsumenten (Theater, Kunst, Tourismus, Handelsverkehr) diene oder aber für die Gemeinschaft und die Herstellung von Produkten des primären und sekundären Sektors (Bildung, Forschung, Verwaltung) unerlässlich sei⁹⁵.

In Weiterverfolgung dieses Ansatzes ist davon auszugehen, daß es kein selbständiges Wachstum des Dienstleistungssektors geben kann:

Die Zunahme qualitativer „tertiärer“ Arbeitsplätze erfolgt heute noch in den Zentren, die während der Industrialisierung genügend Bevölkerung und institutionelle Einrichtungen attrahiert haben, um entscheidende Kommunikations- und Informationsvorteile erreichen zu können.

In bezug auf eine Differenzierung industrieller Arbeitsplätze, von denen besondere Entwicklungsimpulse ausgehen und die daher vorzugsweise in peripheren Regionen gefördert werden sollten, mangelt es an entsprechend gegliederten statistischen Unterlagen, die Aussage z. B. zum Innovationspotential, der Stabilität und Persistenz sowie zum räumlichen Aspekt der input-output-Verflechtungen machen.

Dennoch wurde ein Gliederungsvorschlag erarbeitet, wonach die Gruppen des verarbeitenden Gewerbes zu Wachstums- bzw. Schrumpfbranchen zugeordnet werden können.

Die Zuordnung erfolgt auf der Basis der Systematik der Wirtschaftszweige und anhand der Arbeitsplatzprognosen von BIRG⁹⁶ und Prognos.

⁹⁴ Prognos AG: a. a. O., S. 13

⁹⁵ FOURASTIÉ, J.: a. a. O., S. 137

⁹⁶ BIRG, H., u. a.: Prognose des regionalen Angebots an Arbeitsplätzen, DIW Sonderheft 105, 1975

Als Wachstums- bzw. Schrumpfbranchen werden diejenigen Gruppen bezeichnet, für die sowohl BIRG als auch Prognos signifikante expansive oder rezessive Arbeitsplätze prognostizieren. Dieses Kriterium sagt im einzelnen nichts aus über die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Branchen oder der in einer Region vertretenen Betriebe einer Branche.

Tabelle 1

A Wachstumsbranchen (7 von 28)

Nr. der Systematik der Wirtschaftszweige	Wirtschaftsgliederung	BIRG ¹	Prognos ²		Auswahl lfd. Nr.
			I	II	
200	Chemische Industrie	+0,6	+17	+17	1
205	Mineralölverarbeitung	—2,1	+14	+13	
210	Kunststoffverarbeitung	+3,3	+62	+61	2
215	Gummi-Asbestverarbeitung	—0,4	+ 7	+11	
227	Herst. u. Verarb. v. Glas	+0,2	—16	—16	
232	NE-Metallerzeugung	+0,7	+ 4	+ 8	
242	Maschinenbau (o. Herst. v. Büro-maschinen, ADV-Geräten o. ä.)	—0,5	+13	+16	} 3
244 }	Straßen-	+1,4	— 1	+12	
248 }	Luftfahrzeugbau		+46	+82	} 4
250 }	Elektrotechnik				
	(o. Herst. v. ADV-Geräten u. ä.)	+1,1	+18	+23	5
252 }	Feinmechanik u. Optik	±0,0	— 5	+ 7	
254 }	Herst. u. Rep. v. Uhren				
256	Herst. v. EBM-Waren	+0,2	— 4	— 4	
265	Papier- u. Pappeverarbeitung	+1,2	+17	+17	6
268	Druckerei u. Vervielfältigung	+1,5	+ 7	+12	
28 }	Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	+0,6	— 7	— 7	7
29 }					

¹ BIRG = Veränderung des Arbeitsplatzpotentials von 1970—1967; Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten

² Prognos = Veränderung der Arbeitsplätze von 1970—1985 in % für 2 Varianten

Tabelle 2

B Schrumpfbranchen (8 von 28)

Nr. der Systematik der Wirtschaftszweige	Wirtschaftsgliederung	BIRG ¹	Prognos ²		Auswahl lfd. Nr.
			I	II	
220	Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	—1,2	—14	—14	1
224	Feinkeramik	—1,2	—24	—24	
230	Eisen- u. Stahlerzeugung	—1,6	—28	—28	2
238 } 239 }	Ziehereien u. Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Schlosserei . . .	—1,4	—17	—16	
246	Schiffbau	—4,6	—23	—23	3
258	Herst. v. Musikinstrumenten, Spielwaren	—1,2	—17	—17	
260	Säge- u. Holzverarbeitungsgewerbe	—3,4	—29	—21	4
261 } 279 }	Holzverarbeitung Polsterei u. Dekorateurgewerbe	—1,2	— 1	— 1	
264	Zellstoff-, Papier- u. Pappeerzeugung	—1,6	—34	—21	5
270 } 271 }	Herst., Zuricht. u. Veredlung v. Leder Lederverarbeitung	—4,3	—44	—37	
272 }	Herst. u. Rep. v. Schuhen	—2,0			
275	Textilgewerbe	—2,5	—32	—26	7
276	Bekleidungsgewerbe	—1,1	—21	—14	8

¹ siehe Anmerkungen bei Tabelle 1

2. Agrarstruktur

2.1. Ziele der Agrarpolitik

Im Landwirtschaftsgesetz¹ werden sehr allgemein der Ausgleich bestehender Nachteile für die Landwirtschaft und die Steigerung der Produktivität, im EWG-Vertrag zusätzlich verbunden mit dem optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren², als Ziele einer sektoralen Politik genannt. Die vorrangige Zielsetzung der Agrarpolitik Ende der 60er Jahre bestand in der verstärkten Förderung der strukturellen Anpassung der Landwirtschaft (Höcherl-Plan).

Dagegen wird mit dem derzeitigen Zielsystem die Agrar- und Ernährungspolitik als „integrierter Bestandteil der allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“³ verstanden. Die Aufgaben der Agrar- und Ernährungspolitik werden in vier Hauptzielen zusammengefaßt⁴:

- (1) die Erzielung befriedigender Einkommen, gemessen an der allgemeinen Einkommensentwicklung, für die in der Landwirtschaft Beschäftigten und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum;
- (2) eine sichere Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen.

Daneben wird von der Agrarpolitik

- (3) ein Beitrag zur Lösung der Weltagrar- und Ernährungsprobleme und Außenwirtschaftsbeziehungen erwartet.

Außerdem enthält die Zielstruktur des BML noch

- (4) die Gewährleistung der Leistungs- und Nutzungsfähigkeit von Natur und Landschaft und den Tierschutz.

Ausführlich werden im folgenden die Ziele der Agrarstrukturpolitik weiter differenziert. Sie wird verstanden als eine notwendige Ergänzung der Agrarmarkt- und Einkommenspolitik im Rahmen einer Gesellschaftspolitik für den ländlichen Raum zur Verbesserung der Lebensverhältnisse. Sie soll weiterhin auf den Ausbau und die Erhaltung differenzierter Raumfunktionen gerichtet sein⁵. Als Ziele werden u. a. genannt:

- Schaffung ausreichender Betriebskapazitäten und Förderung der Produktivität im Einzelbetrieb
- bei
- Verminderung der Produktion von Überschußgütern und gleichzeitiger
 - Verbesserung der Möglichkeiten für die Landnutzung ohne Marktangebot
- und einer
- Landschaftsgestaltung unter Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse und landschaftsbezogener Freizeit- und Erholungsbedürfnisse.

Weitere Ziele sind:

- die Verbesserung der überbetrieblichen Zusammenarbeit,
- die Verbesserung der Arbeits- und Wohnverhältnisse,

¹ Landwirtschaftsgesetz vom 5. 9. 1955, BGBl., Teil I, S. 565

² Gesetz zu den Verträgen vom 25. 3. 1957 zur Gründung der EWG und der EURATOM vom 27. 6. 1957, BGBl., Teil I, S. 796, Art. 39

³ Agrarbericht 1976, BT-Drucksache 7/4680, S. 39

⁴ vgl. ebd., S. 72 ff.

⁵ vgl. v. MALCHUS, V.: Ziele für die Entwicklung ländlicher Räume, in.: Veröffentlich. der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 106, Hannover 1976, S. 18

- die Verbesserung der Bodenordnung,
- die Verbesserung der Infrastruktur,
- die Verbesserung des Wohn- und Freizeitwertes sowie
- Gewährung finanzieller Hilfen beim Übergang und Ausscheiden aus der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit bei Verbesserung des Umschulungsangebotes,
- Verbesserung der nebenberuflichen Landbewirtschaftung,
- Erleichterung des Zugangs zu außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen,
- Schaffung und Sicherung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsmöglichkeiten vornehmlich in solchen Gebieten, in denen der Anteil abwanderungswilliger Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft relativ hoch ist.

Bei den Zielen

- Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum,
- Förderung des Agrarstrukturwandels durch Erleichterung des Ausscheidens aus der landwirtschaftlichen Produktion
- und Sicherstellung ausreichender außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze in zumutbarer Entfernung

wird die Notwendigkeit einer Abstimmung mit anderen regionalpolitischen Zielen und Maßnahmen aus dem Bereich der Wirtschafts-, Bildungs-, Sozialpolitik etc. deutlich, um Zielkonflikte zu vermeiden.

Ziele, die unmittelbar die Einkommenslage der in der Landwirtschaft Beschäftigten sichern oder verbessern wollen, sind Hauptziele der Agrarpolitik. Dabei wird insbesondere die intersektorale Einkommensparität gefordert, d. h. die Angleichung der landwirtschaftlichen Einkommen an die Einkommen vergleichbarer Wirtschaftssektoren⁶.

Das Ziel der Einkommensparität hat anpassungspolitischen Charakter⁷, fällt aber nur dann mit dem Ziel der optimalen Faktorallokation nach dem Wachstumskriterium zusammen, wenn das Einkommen je Faktoreinheit zugrundegelegt wird und statt gleichartiger Entwicklung eine tatsächliche Angleichung des landwirtschaftlichen Einkommens gemeint ist⁸.

Demgegenüber wird in der Praxis entgegen dem Wachstumskriterium häufig eine Einkommensverbesserung durch direkte und indirekte Einkommensübertragung nach dem kurzfristig erfüllbaren Stabilitätskriterium erreicht, um Strukturveränderungsprozesse zu verlangsamen. Überhaupt besteht in der Agrarpolitik ein ständiger Widerstreit zwischen Förderungsmaßnahmen zur Beschleunigung und Verlangsamung des Agrarstrukturwandels.

Die Agrarstrukturanpassung wird im Regelfall rein ökonomisch unter Annahme eines funktionsfähigen Marktes für Agrarprodukte begründet. Dabei bleiben wesentliche außerökonomische Ziele, aber auch die Einbeziehung regionsspezifischer gesamtwirtschaftlicher Entwicklungsstrategien häufig außer acht, abge-

⁶ vgl. MÜLLER-HEINE, K.: Agrarpolitische Ziele und ihre Einordnung in den gesamtwirtschaftlichen Zielkomplex, Göttingen 1972, S. 17, 62 ff.

⁷ ebd., S. 73

⁸ ebd., S. 75. „Denn eine optimale Faktorallokation bedeutet paritätische Wertgrenzprodukte und damit auch eine paritätische Entlohnung der in der Landwirtschaft eingesetzten Produktionsfaktoren“.
vgl. auch ebd., S. 38, 76

sehen davon, daß die Marktordnung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft längst die Fiktion des Marktes als Regulator der Produktpreise und -mengen durch Angebot und Nachfrage gezeigt hat.

Verschiedentlich wird kritisiert, das Zielsystem der gegenwärtigen Politik sei streng sektoral bezogen, d. h. agrarpolitisch isoliert, wenngleich vielfältige Wirkungen über den Bereich der Agrarproduktion im weitesten Sinne hinaus nicht verkannt werden⁹. Dazu gehören z. B. alle Maßnahmen zur Steuerung des Agrarstrukturwandels, soweit landwirtschaftliche Arbeitskräfte freigesetzt werden, sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenordnung, Infrastruktur und für den Bereich Freizeit und Erholung.

Demgegenüber stellen andere Autoren den Zielbereich „Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum“ gesondert heraus als Instrumentvariable einer Raumordnungspolitik¹⁰. In der Tat sind bei verschiedenen Maßnahmebündeln, die traditionell in den Aufgabenbereich des BML gehören, die in der Landwirtschaft Beschäftigten nur eine Teilgruppe der Nutznießer¹¹.

2.2. Einzelne Instrumente der Agrarstrukturpolitik

Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions-, Arbeits- und Vermarktungsbedingungen werden auf der Grundlage des Gesetzes „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“¹² nach Maßgabe eines Rahmenplanes durchgeführt, der Förderungsgrundsätze und Finanzierung der Maßnahmen regelt¹³. Mit dem Ziel „über die Fortführung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit einen erforderlichen Beitrag zur Erhaltung eines Minimums an Bevölkerungsdichte oder zur Erhaltung der Landschaft und ihrer touristischen Bestimmung oder aus Gründen des Küstenschutzes zu leisten“¹⁴, soll die Agrarstruktur in Berggebieten (Bergbauernprogramm) und in bestimmten benachteiligten Gebieten standortgerecht verbessert oder nur gesichert werden. Als Maßnahmen dienen u. a. das einzelbetriebliche Investitionsförderungsprogramm zu besonders günstigen Förderungsbedingungen, die Förderung gemeinsamer Investitionen für Grünlandbetriebe sowie direkte Einkommensübertragungen für extensive Viehhaltung¹⁵. Die genannten Instrumente sind überwiegend am Stabilitätsziel orientiert und sollen zur Erfüllung außerlandwirtschaftlicher Zielsetzungen beitragen, indem der Strukturanpassungsprozeß und die Abwanderung in bestimmten benachteiligten Gebieten verlangsamt wird.

Dagegen zeigt das einzelbetriebliche Investitionsförderungsprogramm, das zur Verbesserung der Einkommens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen der aus

⁹ vgl. HUBLER, K. H.: Instrumente zur Entwicklung ländlicher Gebiete, in: Innere Kolonisation, 24. Jg. (1975), H. 6, S. 242—246, Fußnote 8; vgl. auch GÄFGEN, G.: Allgemeine Wirtschaftspolitik, S. 120, in: EHRLICHER, W., u. a. (Hrsg.): Kompendium d. VWL, Bd. 2, Göttingen 1968, S. 125, zit. nach MÜLLER-HEINE, K.: a. a. O., S. 5; SPITZER, H.: Regionale Landwirtschaft, Hamburg/Berlin 1975, S. 25 ff.

¹⁰ STRUFF, R.: Analyse der raumordnungspolitischen Effekte der wesentlichen raumwirksamen Maßnahmen des Bundes, unveröffentlichtes Manuskript (1975)

¹¹ vgl. auch die Neufassung der §§ 1, 37 Abs. 2, 40 des Flurbereinigungsgesetzes, BGBl., Teil I, 1976, S. 533 ff.

¹² Gesetz über „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 3. 9. 1969, BGBl., Teil I, S. 1573

¹³ vgl. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 1975—1978, BT-Drucksache 7/3563

¹⁴ ebd., S. 55

¹⁵ ebd., S. 55

¹⁶ ebd., S. 17, Ziffer 1

eigener Kraft nicht investitionsfähigen Betriebe¹⁶ Investitionen zur Rationalisierung fördert, im Normalfall eindeutig anpassungspolitischen Charakter. Durch die Förderungsschwelle wird eine stark selektive Wirkung erreicht, da die Förderung nur noch von einer geringen Zahl von Betrieben in Anspruch genommen werden kann¹⁷.

Eine Abstimmung mit regionalpolitischen Maßnahmen ist bei der derzeitigen Konzeption der Förderungsschwelle nicht möglich.

Andere anpassungspolitische Instrumente, wie z. B. die Landabgaberente an ältere Landwirte, auch als Mittel zur Erhöhung der Bodenmobilität zugunsten aufstockungswilliger entwicklungsfähiger Betriebe oder die Umschulungshilfe an ausscheidende Landwirte lassen sich zur Zeit ebenso wenig regional differenziert einsetzen.

2.3. Strukturwandel und zunehmende Arbeitsteilung

a) sektoral

Der Wachstumsprozeß in industrialisierten Volkswirtschaften ist durch ständigen strukturellen Wandel gekennzeichnet, der einhergeht mit der Entwicklung zunehmend arbeitsteiliger Differenzierung einer Volkswirtschaft. Zu den bestimmenden Faktoren des sektoralen Strukturwandels gehören

- unterschiedliche Raten des technischen Fortschritts
- eine veränderte Nachfragestruktur nach Gütern und Dienstleistungen bei steigendem Einkommen sowie
- unterschiedliches Wachstum der Produktionsfaktoren¹⁸.

Zur Steigerung der Produktivität, um den Anschluß an die anderen Bereiche der Volkswirtschaft zu halten, hat die Landwirtschaft große Anstrengungen unternehmen müssen: Sowohl der Beitrag zum Bruttoinlandprodukt als auch die Wertschöpfung konnten durch Freisetzung von Arbeitskräften erheblich verbessert werden¹⁹. Moderne Technologie und industrielle Produktionsmittel führten neben dem Ersetzen menschlicher Arbeitskraft auch in gewissem Ausmaß zur Substituierung von Boden. Trotzdem konnte die Einkommensdisparität im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftsbereichen nicht abgebaut werden. Vielmehr werden durch die Akzeleration des Produktivwachstums bei gleichzeitiger Abnahme der Nachfrageelastizitäten die Probleme des landwirtschaftlichen Strukturwandels verschärft und erhalten eine neue Akzentuierung²⁰.

Wegen des steigenden Einsatzes von konstantem Kapital je ha Nutzfläche und/oder je Arbeitskraft kann von einer Industrialisierung der Agrarproduktion ge-

¹⁷ Förderungsvoraussetzung ist der Nachweis, daß spätestens im 4. Jahr ein Arbeits-einkommen in Höhe des (regional unterschiedlichen) außerlandwirtschaftlichen Vergleichseinkommens erreicht werden kann; vgl. ebd., S. 20, Ziffer 12

¹⁸ vgl. HENRICHSMEYER, W.: Sektoriale und regionale Strukturwandlungen in einer wachsenden Volkswirtschaft, in: G. SCHMITT (Hrsg.), Mobilität der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren und regionale Wirtschaftspolitik, Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues eV, Bd. 9, München 1972, S. 9

¹⁹ vgl. Materialband zum Agrarbericht 1976, BT-Drucksache 7/4681, S. 43, und Agrarbericht 1976, BT-Drucksache 7/4680, S. 17. Die Wertschöpfung unterliegt jedoch größeren jährlichen Schwankungen

²⁰ HENRICHSMEYER, W.: a. a. O., S. 27

sprochen werden²¹. Zunehmende Arbeitsteilung als Konsequenz einer Industrialisierung der Agrarproduktion hat die Spezialisierung des Einzelbetriebs und eine räumliche Schwerpunktbildung der Erzeugung zur Folge. Für einzelne besonders profitable Produktionszweige bilden sich gewerbliche Produktionsverfahren heraus (z. B. Legehennenfabriken), mit denen die Produktionsmöglichkeiten des bäuerlichen Betriebes nicht konkurrieren können.

Ungleiche Austauschbeziehungen zwischen der Landwirtschaft auf der einen Seite und der Produktionsmittel herstellenden Industrie sowie der verarbeitenden und vermarktenden Industrie auf der anderen Seite sind vielfältig festzustellen.

Sie werden verstärkt durch unterschiedlich schnell wachsende Raten des technischen Fortschritts und ungleiche ökonomische Macht:

- Bei einem kontinuierlichen Ansteigen der Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel haben die Produktionsmittel landwirtschaftlicher Herkunft in der Regel einen wesentlich niedrigeren Einkaufspreisindex als diejenigen gewerblicher Herkunft (besonders aus dem Bereich der Chemie-, Mineralöl- und Maschinenbauindustrie) bei gleichzeitig deutlich niedrigerem Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise²².
- Zwischen Produktion und Verbrauch hat sich ein wachsendes Verarbeitungs- und Vermarktungssystem geschoben. Eine weitgehende Beschränkung auf die Erzeugung hat für die Landwirtschaft eine zunehmende Abhängigkeit von wenigen marktbeherrschenden Abnehmern im verarbeitenden Ernährungsgewerbe zur Folge²³, die bis zum vertikalen Verbund führen kann. (Der Landwirt produziert mit eigenem Risiko nach vertraglich vorgeschriebenen Bearbeitungs- und Organisationsbedingungen und mit vereinbarten Qualitätsnormen zu festen Abnahmepreisen für einen Nahrungsmittelkonzern.)

b) räumlich

Neben den agrarstrukturell unterschiedlichen Entwicklungszuständen in den einzelnen Bundesländern (Nord-Süd-Gefälle) muß eine weitere Differenzierung der Landwirtschaft nach ihren regionalen Entwicklungsbedingungen vorgenommen werden. Es zeigt sich nämlich, daß auch innerhalb der Landwirtschaft ein weitergehender Arbeitsteilungsprozeß stattgefunden hat, der „die grundsätzliche Gültigkeit der Feststellungen THUNENs über den Einfluß der Stadt auf die räumliche Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion auch für die heutige Landwirtschaft“ bestätigt²⁴.

Die Entwicklung der Landwirtschaft im suburbanen Raum ist gekennzeichnet durch einen überproportionalen Anteil der kapital- und arbeitsintensiven Produktionszweige. Bei nur 17 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche beträgt für bestimmte Intensivkulturen der Flächenanteil in den dicht besiedelten Räumen über 40 % bis zu 60 %. Die Produktionsleistung je Flächeneinheit liegt um mehr als ein Fünftel über der Leistung der ländlichen Gebiete, und auch die Produktionsleistung absolut ist überproportional²⁵. Dabei ist die Arbeitsproduktivität

²¹ BERGMANN, Th.: Die Landwirtschaft in der Bundesrepublik. Entwicklungstendenzen und Probleme, in: MESCHKAT, NEGT (Hrsg.): Gesellschaftsstrukturen, eds. Bd. 589, Frankfurt 1973, S. 161

²² vgl. Materialband zum Agrarbericht 1975, BT-Drucksache 7/3211, Tabelle 20, S. 39; vgl. auch Agrarbericht 1976, BT-Drucksache 4680, S. 16

²³ vgl. Agrarbericht 1973, BT-Drucksache 7/146, Ziffer 102, S. 50 f.

²⁴ SPITZER, H.: Die Landwirtschaft im suburbanen Raum, Veröffentl. der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 104

²⁵ ebd., S. 154

in dicht besiedelten und ländlichen Gebieten gleich hoch. Die Unterschiede in der landwirtschaftlichen Produktionsleistung sind also standortbedingt²⁶. Die unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen können einmal auf den Einfluß der Absatzmarktnähe zurückgeführt werden. Sodann ist durch die Wertsteigerung landwirtschaftlichen Bodens eine erhöhte Bodenmobilität und die Möglichkeit größerer Investitionen bzw. Konsumtion gegeben als im ländlichen Raum.

Durch die Sogwirkung des städtischen Arbeitsmarktes auf die landwirtschaftlichen Erwerbstätigen ist die Chance der Betriebsvergrößerung ungleich größer.

Auch für die Nebenerwerbslandwirtschaft gelten bei Intensivproduktion günstige Bedingungen, die in der Peripherie nicht anzutreffen sind²⁷.

Neben Abhängigkeiten vom Arbeitsmarkt zeigt sich demnach auch die Interdependenz der Entwicklung in der Landwirtschaft von agglomerativen industriellen Wachstumsprozessen.

2.4. Die Verbesserung der Einkommenssituation

Mit der fast ständigen Erhöhung der Wertschöpfung je Arbeitskraft hat sich auch das durchschnittliche Reineinkommen (Gewinn) je Arbeitskraft beachtlich erhöht. Allerdings ist festzuhalten, daß die Landwirte aus dem oberen Viertel der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe²⁸ etwa sechsmal höhere Einkommen erzielen als diejenigen aus dem unteren Viertel²⁹. Auch regional sind starke Streuungen zu beobachten. Während in den norddeutschen Bundesländern erhebliche Steigerungen erzielt werden konnten (Schleswig-Holstein +20,5 %, Niedersachsen +14,6 % für 1974/75 gegenüber dem Vorjahr), fiel das Reineinkommen in den süddeutschen Ländern sogar zurück (Baden-Württemberg -1,5 %, Bayern -2,7 %³⁰).

Neben den bereits erwähnten regional unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen³¹ ist auf regionaler Ebene ebenfalls eine sich vergrößernde Disparität der Einzelbetriebe feststellbar³².

Zur Abschwächung der Einkommensdisparitäten ergeben sich Möglichkeiten durch verschiedene einzelbetriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation. Eine Einkommensverbesserung kann erreicht werden durch Steigerung der Produktivität, durch Ausweitung des Produktionsmitteleinsatzes, durch Betriebsvereinfachung und Spezialisierung sowie durch zwischenbetrieblichen Verbund.

— Steigerung der Produktivität

Durch Anwendung des biologischen und technischen Fortschritts kann die Produktivität erhöht werden über eine Maximierung der zu produzierenden Güter oder

²⁶ ebd., S. 158

²⁷ WERSCHNITZKY, U.: Nebenberufliche Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 53, 1975, S. 221

²⁸ über die Grenze nach § 4 Landwirtschaftsgesetz, d. h. „mit durchschnittlichen Produktionsbedingungen, die die wirtschaftliche Existenz einer bäuerlichen Familie nachhaltig gewährleisten ...“

²⁹ Agrarbericht 1976, a. a. O., S. 23

³⁰ ebd., S. 22

³¹ SPITZER, H.: Die Landwirtschaft im suburbanen Raum, a. a. O.

³² STANGLMAYR, F. X.: Entwicklung von Produktion und Wettbewerbskraft landwirtschaftlicher Räume und Betriebe in der BRD, Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Bd. 201, Bonn 1969

über eine Minimierung des arbeitsintensiven Faktoreinsatzes durch Substituierung.

Einer Produktionsausweitung sind Grenzen gesetzt, da Überproduktion die Wirkung der Produktivitätssteigerung über den Preismechanismus aufhebt (Druck auf die Erzeugerpreise). Von daher ist die Produktivitätssteigerung als Zwang zur Sicherung des Einkommensstandes, weniger aber zu einer relativen Verbesserung, einzuschätzen. Technischer Fortschritt und steigender Kapitaleinsatz bewirken eine kontinuierliche Steigerung der Produktion, so daß zur Herstellung eines Marktgleichgewichts nicht nur der einmalige Überschußabbau ausreicht, sondern der Faktoreinsatz ständig gedrosselt werden muß³³, solange die Agrarwirtschaft im nationalen oder europäischen Rahmen gesehen wird.

— Ausweitung des Produktionsmitteleinsatzes (Aufstockung)

Eine Ausweitung des Produktionsmitteleinsatzes in der Landwirtschaft ist mit erheblichem Kapitaleinsatz verbunden, der durch zunehmenden Anteil an Fremdkapital und langfristigen Verbindlichkeiten³⁴ erschwert wird.

Bei der Vergrößerung der Betriebsfläche (externe Aufstockung) ist eine Verminderung der kurzfristigen Kapitalaufbringung bei Aufstockung mit Pachtland spürbar. In Regionen mit überwiegend entwicklungsfähigen Betrieben können Wachstumschancen wegen der geringen Bodenmobilität nur bedingt realisiert werden³⁵. Bei der Aufstockung zur Veredlungswirtschaft (interne Aufstockung) übersteigen die hohen Investitionskosten, z. B. für Gebäude, vielfach die betrieblichen Möglichkeiten. Unelastizitäten der Nachfrage führen darüber hinaus zu starker Konkurrenz zwischen den einzelnen Landwirten, die zusätzlich verstärkt wird durch die gewerbliche Massentierhaltung.

— Betriebsvereinfachung und Spezialisierung

Bei guter fachlicher Qualifikation des Betriebsleiters weisen sich vereinfachende Betriebe einen überdurchschnittlichen Erfolgszuwachs auf³⁶. Betriebsvereinfachung (Einschränkung der Produktvielfalt) ist häufig Vorstufe zur Spezialisierung. Dabei ist einzelbetriebliche Spezialisierung bei den guten Ertragslagen nicht identisch mit räumlicher Spezialisierung, wie aufgrund von Modellkalkulationen erwartet wurde³⁷. Offensichtlich ist bei mittleren und schlechten Agrarstandorten die Schwerpunktbildung der Erzeugung auch räumlich besonders ausgeprägt (Rindviehhaltung und Milchproduktion) wegen mangelnder Produktionsalternativen.

2.5. Die Mobilität der Arbeitskräfte

Da eine Erhöhung der Einkommen nicht über eine Steigerung der Nachfrage nach Agrarprodukten lösbar ist, biologische und technische Produktionsfortschritte wegen der im europäischen Maßstab erheblichen Überschußproduktionen nur

³³ THOSS, R.: Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der Konzeption der deutschen und europäischen Agrarpolitik, Innere Kolonisation, 24. Jg. (1975), H. 6, S. 276

³⁴ vgl. Materialband zum Agrarbericht 1976, a. a. O., S. 46

³⁵ vgl. HARMS, O.: Abgrenzung und ökonomische Charakterisierung der Region Niedersachsens im Hinblick auf die zukünftige agrarische Entwicklung, Agrarwirtschaft, Sonderheft 60, Hannover 1975, S. 136

³⁶ STANGLMAYR, F. X.: a. a. O., S. 146

³⁷ ebd., S. 115

bedingt zu nachhaltigen Einkommensverbesserungen führen, muß eine wachstumsorientierte Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens über eine bessere Kombination der eingesetzten Produktionsfaktoren erreicht werden, d. h. Substitution der Arbeit durch Verbesserung der Agrarstruktur. Die Agrarstrukturpolitik verfolgt demnach auch das wachstumsorientierte Ziel einer „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, vor allem durch Verbesserung der Produktionsstruktur, d. h. Schaffung größerer Betriebe oder Produktionseinheiten (Kooperation)“³⁸, das nur durch Förderung der Abwanderung von Erwerbstätigen aus dem Landwirtschaftssektor zu erfüllen ist.

Von 1961 bis 1975 ging die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von 3 449 000 um 47 % zurück auf 1 845 000. Die Agrarquote sank von 13 auf 7,3 %³⁹. Der Rückgang der Vollarbeitskräfte läßt deutlich die Abhängigkeit der Mobilität von der Konjunktur erkennen. In Krisenjahren verzögert sich der Agrarstrukturwandel wegen fehlender Erwerbsalternativen in zumutbarer Entfernung und unzureichender Arbeitsplatzsicherheit bei hoher Arbeitslosigkeit (vgl. Tab. 3 und Abb. 3).

Tabelle 3

Landwirtschaftliche Vollarbeitskräfte (AK) in der Bundesrepublik Deutschland

Wirtschaftsjahr	AK	
	1 000	Veränderung gegen Vorjahr %
1964/65	1 924	— 3,4
1965/66	1 855	— 3,6
1966/67	1 812	— 2,3
1967/68	1 718	— 5,2
1968/69	1 632	— 5,0
1969/70	1 522	— 6,7
1970/71	1 434	— 5,8
1971/72 v)	1 355	— 5,5
1972/73 v)	1 311	— 3,2
1973/74 s)	1 252	— 4,5
1974/75 s)	1 215	— 3,0
1964/65 bis 1974/75 ¹		— 4,5

¹ Jährlicher Durchschnitt, berechnet nach der Zinseszinsformel

v) vorläufig — s) geschätzt

Quelle: Agrarbericht 1976, a. a. O., S. 13

³⁸ BMWI-Texte: Intensivierung und Koordinierung der regionalen Strukturpolitik, Bonn o. J.

³⁹ Materialband zum Agrarbericht 1976, a. a. O., S. 9

Abbildung 3: Entwicklungsrate der Abnahme landwirtschaftlicher Erwerbstätiger und Konjunkturverlauf

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % der durchschnittlichen Rate



Quelle: ¹ eigene Berechnungen nach Agrarbericht, Materialband 1974/75

² eigene Berechnungen nach Agrarbericht, Materialband 1974—1976

Drei Formen der Arbeitskräftemobilität können unterschieden werden:

- Mobilität im Generationswechsel
- sukzessiver oder teilweiser Tätigkeitswechsel über Zu- und Nebenerwerb
- direkter und vollständiger Tätigkeitswechsel

Die Bedeutung der beiden ersten Mobilitätsformen konnte nachgewiesen werden, der direkten und vollständigen Mobilität dürfte auch in Zukunft geringerer Einfluß auf die Freisetzung zukommen⁴⁰.

Die Abnahmeraten landwirtschaftlicher Arbeitskräfte sind alters- und geschlechtsabhängig: Die mittleren männlichen Jahrgänge wechseln stärker zum Nebenerwerb, die jüngeren ergreifen häufig vor Eintritt in den Betrieb einen anderen Beruf oder wechseln in den ersten Berufsjahren. Jüngere weibliche Arbeitskräfte treten weniger als männliche Arbeitskräfte in den Betrieb ein. Dagegen ist die Abnahme in den mittleren Jahrgängen deutlich geringer, was darauf schließen läßt, daß beim Berufswechsel des Mannes die Frau einen erheblichen Teil der Arbeit im Nebenerwerbsbetrieb übernimmt⁴¹.

⁴⁰ HEIDHUES, T.: Ursachen und Ausmaß der unzureichenden Faktormobilität in der Landwirtschaft, in: SCHMITT, G.: Mobilität der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren und regionale Wirtschaftspolitik, Schriften d. Ges. f. Wirtschafts- u. Sozialwissensch. des Landbaus, Bd. 9, München 1972

⁴¹ ebd., S. 45

Die wesentlichen mobilitätsfördernden Faktoren sind nach HEIDHUES⁴²:

- arbeitssparende technische Fortschritte
- Größeneffekte bei der Substitution von Arbeit durch Kapital
- landwirtschaftliche Einkommensentwicklung und Einkommensansprüche
- Preisentwicklung bei Produkten und Betriebsmitteln.

Demgegenüber sieht HENRICHSMEYER die Entscheidung des Abwandernden nicht als Reaktion auf die relativen Einkommensentwicklungen oder -erwartungen an, vielmehr sei die Verbesserung (Verschlechterung) der intersektoralen Einkommensdisparität als Ergebnis einer höheren (niedrigeren) Abwanderungsrate zu betrachten⁴³.

Als mobilitätshemmende Faktoren wirken u. a.⁴⁴:

- der Ausbildungsgrad, da die Opportunitätskosten bei geringem Ausbildungsniveau und Spezialisierungsgrad niedrig einzuschätzen sind
- die Altersstruktur, da die geringe Wahrscheinlichkeit, mit zunehmendem Alter einen außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz zu finden, die Opportunitätskosten senkt
- die Eigenleistung des Betriebes für die Lebenshaltung der Familie
- die Wanderungskosten, insbesondere bei Ortswechsel.

Darüber hinaus sind Informationsprobleme und der Übergang von selbständiger zu unselbständiger Arbeit neben der Krisensicherheit der Arbeitsplätze als Mobilitätshemmnisse sicherlich nicht zu unterschätzen.

2.6. Die Mobilität des Bodens

Zwischen der Mobilität der Arbeitskräfte und des Bodens besteht eine wechselseitige Abhängigkeit. Ausgehend von der Freisetzung von Arbeitskräften ergeben sich durch Auf- oder Abstockung Möglichkeiten zur Veränderung der Betriebsgrößenstruktur.

Die Grenze zwischen Auf- und Abstockung hat sich ständig nach oben verschoben. Lag sie 1955 noch bei etwa 10 ha LN, so war sie bis 1960 auf 15 ha LN, 1970 auf 20—25 ha LF verrückt. Seit 1972 nehmen im Bundesdurchschnitt erst Betriebe ab 25—30 ha LF zu⁴⁵. In regional differenzierten Studien ergeben sich stark abweichende Ergebnisse.

Bei der Betrachtung des Erwerbscharakters landwirtschaftlicher Betriebe wird festgestellt:

$\frac{3}{4}$ aller Vollerwerbsbetriebe haben eine Größe über 10 ha LF, über die Hälfte eine Größe über 20 ha LF (dagegen nur 12 % der Zuerwerbsbetriebe).

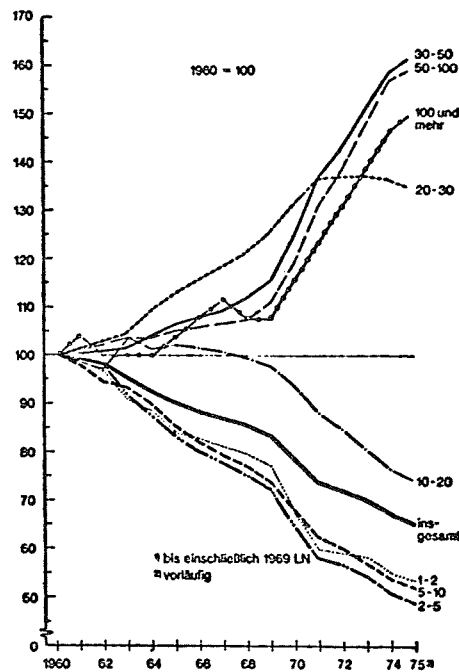
⁴² ebd., S. 50

⁴³ vgl. HENRICHSMEYER, W.: Sektorale und regionale Strukturwandlungen in einer wachsenden Volkswirtschaft, in: SCHMITT, G.: Mobilität der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren u. regionale Wirtschaftspolitik, Schriften d. Ges. f. Wirtschafts- u. Sozialwissensch. des Landbaus, Bd. 9, München 1972, S. 31, 265

⁴⁴ HEIDHUES, T.: a. a. O., S. 50 f.

⁴⁵ vgl. HEIDHUES, T.: a. a. O., S. 54
vgl. Agrarbericht 1976, a. a. O., S. 13

Abbildung 4: Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen der LF in ha



Quelle: Agrarbericht 1976, S. 14

Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe von einem Drittel an den Kleinbetrieben mit 1—2 ha LF läßt auf ausgeprägte Intensivkulturen in der Nähe der Großstädte schließen. Nebenerwerbsbetriebe haben zu $\frac{2}{3}$ eine Größe unter 5 ha LF. Auf die regionalen Differenzierungsnotwendigkeiten muß hingewiesen werden. Wegen des Überwiegens kleinerer Betriebe muß in Süddeutschland mit einer Bedeutungszunahme der Zu- und Nebenerwerbsbetriebe gerechnet werden.

Tabelle 4

Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen Betriebe 1975 nach Größenklassen

Gliederung	Betriebsgröße von ... bis unter ... ha LF						
	1—2	2—5	5—10	10—20	20—30	30 und mehr	
	Zahl der Betriebe in v. H. aller Betriebe einer Größenklasse						Summe abs. in 1 000
Vollerwerbsbetriebe	19	12	26	64	88	91	409,1
Zuerwerbsbetriebe	14	14	21	19	9	7	138,7
Haupterwerbsbetriebe	33	26	47	83	97	98	547,8
Nebenerwerbsbetriebe	67	74	53	17	3	2	356,9
Summe in v. H.	100	100	100	100	100	100	
Summe abs. in 1 000	123,1	188,6	179,0	211,7	106,7	95,8	904,7

Gliederung	Betriebsgröße von . . . bis unter . . . ha LF						
	1—2	2—5	5—10	10—20	20—30	30 und mehr	
	Zahl der Betriebe in v. H. aller Betriebe einer soz.ök. Gliederungsklasse						Summe in v. H. 100
Vollerwerbsbetriebe	6	6	11	33	23	21	100
Zuerwerbsbetriebe	13	19	27	29	7	5	100
Haupterwerbsbetriebe	8	9	15	32	19	17	101
Nebenerwerbsbetriebe	23	39	27	10	1	0	100
Summe in v. H.	14	21	20	23	12	11	
Summe abs. in 1 000	123,1	188,6	179,0	211,7	106,7	95,8	904,7

Quelle: Materialband zum Agrarbericht 1976, BTD 7/4681, Tabelle 9, S. 20 f., eigene Berechnung

2.7. Agrarpolitische Strategien zur Entwicklung peripherer Regionen

Die Problematik der peripheren Regionen aus der Sicht der Landwirtschaft besteht darin, bei fehlenden Erwerbsalternativen und demzufolge starken Mobilitätshemmnissen die Agrarstruktur so zu verbessern, daß Einkommensdisparitäten zu anderen Wirtschaftszweigen abgebaut und die Wettbewerbsfähigkeit mit der übrigen Landwirtschaft aufrecht erhalten bzw. hergestellt werden kann. Eine Verbesserung des Einkommens durch Kombination einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit mit der Landbewirtschaftung im Nebenerwerb stößt bei unzureichendem Arbeitsplatzangebot auf Schwierigkeiten.

Die Entfernung zu den Absatzmarktzentren, zum Teil noch verbunden mit natürlichen Standortnachteilen, kommt als weiterer entwicklungshemmender Faktor hinzu⁴⁶.

Erzwungene Mobilität wegen fehlender qualitativ zureichender Arbeitsplätze führt zu interregionaler Wanderung und erschwert die Versorgung der verbleibenden landwirtschaftlichen Bevölkerung. Anstelle widersprüchlicher Nutzungsansprüche an den Boden tritt in manchen Teilräumen das Problem, die Funktionsfähigkeit der Landschaft wegen fehlender ökonomischer Nutzung sicherzustellen. Bei der Entwicklung der Landwirtschaft einer Region stehen wachstumsorientierten Forderungen nach ökonomisch optimaler Allokation der Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit Forderungen aus dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik nach dem Stabilitätsziel und Forderungen aus dem Bereich der Einkommenspolitik und der Gesellschaftspolitik nach dem Gerechtigkeitsziel gegenüber. Entwicklungsstrategien sind daher auf die spezifische Situation und die Funktion der Landwirtschaft in einer Region abzustellen.

Förderung der Produktivitätssteigerung

Da die Steigerung der Produktivität mehr als Notwendigkeit zur Sicherung des Einkommensstandes aufgefaßt werden muß, erhält sie keine räumlich zu differenzierende strategische Bedeutung (vgl. Abschnitt 2.4). Vielmehr ist eine größtmögliche Produktivitätssteigerung als ein Unterziel aller Förderungsmaßnahmen zu verstehen.

⁴⁶ vgl. auch ALTMANN, A.: Die regionale Produktionsstruktur der niedersächsischen Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft, 53 Jg. (1975), S. 285

Förderung zwischenbetrieblicher Kooperationsformen zur Ausnutzung von Größeneffekten

- a) Wegen der begrenzten Möglichkeiten einer Einkommensverbesserung mittels Produktionsausweitung muß Produktivitätssteigerung daher in erster Linie darauf abzielen, eine Verminderung der Produktionskosten zu erreichen. Die Produktionskosten können durch optimalen Maschineneinsatz und moderne Technologie bei minimalen Investitionskosten mit Hilfe von Maschinenringen oder anderen kooperativen Organisationsformen gesenkt werden.
- b) Im zwischenbetrieblichen Verbund können die Vorteile der Arbeitsteilung durch Betriebsvereinfachung und Spezialisierung sowie gemeinsame Organisation ausgenutzt werden, die in besserer spezialisierter Qualifikation, mehr Freizeit und Urlaub und wegen rationellerem Betriebsmitteleinsatzes in höherem Einkommen bestehen. Gerade auch in Gebieten mit geringer Bodenmobilität können im zwischenbetrieblichen Verbund größere Produktionseinheiten gebildet werden, die über die Möglichkeiten des Einzelbetriebes hinausgehen.

Förderung der Betriebsvergrößerung durch Flächenaufstockung

Für die Übernahme landwirtschaftlicher Flächen zur Betriebsaufstockung in Regionen mit starkem Abwanderungsdruck aus der Landwirtschaft kommt es besonders auf die Anzahl der als entwicklungsfähig anzusehenden landwirtschaftlichen Betriebe an⁴⁷. Bei einer zu geringen Zahl entwicklungsfähiger Betriebe⁴⁸ besteht die Gefahr, daß die bisher bewirtschafteten Flächen bei Aufgabe der Betriebe ohne Wachstumschancen nicht aufgenommen werden können, so daß selbst in Gebieten mit günstigen natürlichen Ertragsverhältnissen Sozialbrache in größerem Umfang zu erwarten ist⁴⁹.

Bei relativ guter Situation und Entwicklung des Arbeitsmarktes ist daher wenigstens mittelfristig die Nebenerwerbslandwirtschaft zu fördern, bis eine ausreichende Anzahl entwicklungsfähiger Betriebe aufgebaut ist, die die unter Umständen brachfallenden Flächen übernehmen können. In Regionen mit unzureichendem Arbeitsplatzangebot ist in Teilräumen, die zur Erfüllung außerlandwirtschaftlicher Funktionen weiter bewirtschaftet werden sollen, möglicherweise bis zum Aufbau genügend entwicklungsfähiger Betriebe eine direkte Einkommensübertragung unumgänglich, zumal eine Neubewirtschaftung einmal brachgefallener Flächen ebenfalls mit erheblichen Kosten verbunden wäre.

⁴⁷ vgl. HARMS, O.: a. a. O., S. 136

⁴⁸ Nach der Definition der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ im Rahmenplan für den Zeitraum 1974—1977, BTD 7/1538, S. 26, Ziffer 12, ist unter Entwicklungsfähigkeit die Fähigkeit zur Verbesserung des wirtschaftlichen Betriebsergebnisses zu verstehen, so daß ein außerlandwirtschaftlichen Berufen vergleichbares Arbeitseinkommen erzielt werden kann. HARMS beurteilt die Entwicklungsfähigkeit mit der „Nettokapitalbildung“, einer aus der Einkommensrechnung abgeleiteten Größe, da Einkommenssteigerungen durch Kostensenkung und Ertragsverbesserung in kleineren Betrieben allein nicht genügen, sondern umfangreiche Nettoinvestitionen zur Ausweitung der Produktionskapazität vorgenommen werden müssen; vgl. HARMS, O.: a. a. O., S. 116 ff.

⁴⁹ Für die süd- und südwestdeutschen Regionen mit einem hohen Anteil der Betriebe bis zu 10 ha LF und einem häufig geringen Anteil von Betrieben über 20 ha LF ist diese Entwicklung vielfach zu befürchten
vgl. WEINSCHENCK, G., HENRICHSMEYER, W.: Landwirtschaft bis 1980, in: Agrarwirtschaft, 19. Jg. (1970), H. 1, S. 6 f.

Die Instrumente zur Beeinflussung des Agrarstrukturwandels (z. B. Landabgaberechte u. ä.) sind so einzusetzen, daß für die aufstockungswilligen Betriebe eine Betriebsvergrößerung mit Pachtland erleichtert wird. Wegen der geringeren kurzfristigen Kapitalaufbringung ist dadurch eine breiter gestreute Verfügbarkeit über den Boden erreichbar, denn es kann nicht Aufgabe der Agrarstrukturpolitik sein, die Konzentration des Eigentums an Grund und Boden in den Händen weniger landwirtschaftlicher Großbetriebe zu fördern⁵⁰. In diesem Zusammenhang sollte die Frage diskutiert werden, inwieweit die Einrichtung eines Bodenfonds, etwa in Verbindung mit Flurbereinigungsverfahren, den Aufbau einer aus regionaler Sicht notwendigen Zahl entwicklungsfähiger Betriebe fördern (z. B. über Verpachtung oder Pacht-Verkauf) und ein unkontrolliertes Brachfallen landwirtschaftlicher Nutzfläche verhindern kann.

In Regionen mit relativ strukturschwachem Arbeitsmarkt ohne Entwicklungschancen, in denen die ohnehin hohen Abwanderungsraten der Bevölkerung dadurch verstärkt werden, daß Zu- und Nebenerwerbslandwirte langfristig zur Betriebsaufgabe gezwungen sind, können durch die größere Bodenmobilität die Wachstumsimpulse für die Entwicklung einer überwiegend produktionsorientierten Agrarwirtschaft mit leistungsfähigen Betrieben ausreichen, sofern das natürliche Potential und die Ausgangsagrarstruktur einen relativ hohen Stand haben. Förderungsmaßnahmen müssen in diesen Gebieten vorrangig auf die Anpassung der Produktionsflächenstruktur durch Flurbereinigung und die Verbesserung der Absatz- und Verarbeitungsmöglichkeiten hinzielen. Daneben tritt durch die geringe Einwohnerdichte das Problem einer nach gesellschaftspolitischen Zielsetzungen ausreichenden Mindestversorgung in den Vordergrund. Da aus Rentabilitätsgründen nicht alle Infrastruktureinrichtungen in zumutbarer Entfernung bereitgestellt werden können, sind Maßnahmen, die zur Erleichterung und zur Sicherstellung der Versorgung dienen, wesentlicher Bestandteil der Entwicklungspolitik.

Förderung der Spezialisierung zur Gewährleistung außerlandwirtschaftlicher Funktionserfüllung

In bestimmten von der Natur benachteiligten Gebieten ist die Landwirtschaft wegen natürlicher Standortnachteile und ungünstiger agrarstruktureller Bedingungen nicht entwicklungsfähig. Jedoch ist eine weitere Bewirtschaftung aus umweltpolitischen Zielsetzungen heraus angestrebt, um die Funktionsfähigkeit der Landschaft für Freizeit, Erholung, Lawinen- oder Küstenschutz, etc., sicherzustellen. Landwirtschaftliche Produktion und Landschaftspflege sind hier Kuppelprodukte, d. h. mit der Produktion des einen Produkts wird simultan das andere als Nebenprodukt erzeugt⁵¹. Wird aus umweltpolitischen Gründen das nicht marktfähige Produkt der Landespflege zum Hauptprodukt, bei dem das landwirtschaftliche Produkt mit abfällt, so ist der Landwirt für seine Leistung angemessen zu honorieren (z. B. durch direkte Einkommensübertragungen nach dem Bergbauernprogramm). Dies trifft vor allem für Grünlandregionen zu, für die keine anderen Nutzungsmöglichkeiten bestehen. Da selbst bei guten natürlichen Standortbedingungen Einkommenssteigerungen nur sehr schwer zu erzielen sind⁵², schlägt

⁵⁰ vgl. Agrarbericht 1976, a. a. O., S. 16, Ziffer 9

⁵¹ THOSS, R.: Kriterien für die Bildung von Schwerpunkten in der Nutzung von Boden und Landschaft, in: Loccumer Protokolle, H. 4, 1972, S. 22

⁵² LANGBEHN, C.: Betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten und marktwirtschaftliche Grenzen der Bodenproduktion, in: Loccumer Protokolle, H. 4, 1972, S. 62

THOSS vor, parallel zur Einkommensübertragung, als Honorar, eine Preissenkung für Milch oder Rindfleisch vorzunehmen, so daß an anderen weniger begünstigten Standorten mit alternativen Produktionsmöglichkeiten die Produktion umgestellt wird und für die geförderten Betriebe die spezialisierte Produktion erleichtert wird, da andere Produkte hier noch weniger kostengünstig oder überhaupt nicht hergestellt werden können⁵³.

Verlangsamung des Agrarstrukturwandels zur Vermeidung kurzfristiger Abwanderung von Erwerbstätigenpotential

In Regionen mit unterdurchschnittlicher agrarstruktureller Ausgangssituation und unzureichendem landwirtschaftlichen Einkommen ist mit verstärkten Abwanderungsraten, besonders der jüngeren Jahrgänge, zu rechnen, wenn für die aus der Landwirtschaft ausscheidenden Arbeitskräfte nicht genügend Arbeitsplätze in zumutbarer Entfernung zur Verfügung stehen.

Bei ausreichendem Stand der Siedlungsstrukturentwicklung und hohem Entwicklungspotential für den Arbeitsmarkt bedeutet interregionale Abwanderung eine Verminderung der Entwicklungspotentiale für Siedlungsstruktur und Arbeitsmarkt, die in letzter Konsequenz den Aufbau eines funktionsfähigen Arbeitsmarktes unmöglich macht.

Zur Vermeidung von Abwanderungen aus diesen Regionen ist mittelfristig die Freisetzung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte aufzuhalten, bis der Arbeitsmarkt genügend entwickelt ist, um diese Arbeitskräfte aufzunehmen. Eine zeitliche und räumliche Koordination der beiden Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erweist sich hier als besonders vordringlich. Eine mittelfristige Verlangsamung des Agrarstrukturwandels ist durch Herabsetzung der Förderungsschwelle beim einzelbetrieblichen Investitionsförderungsprogramm, aber auch durch direkte und indirekte Einkommensübertragungen möglich.

Als langfristige Zielsetzung nach Entwicklung des außerlandwirtschaftlichen Arbeitsmarktes ist die Förderung des Agrarstrukturwandels zugunsten leistungsstarker und entwicklungsfähiger Betriebe anzusehen, wenn ausreichend Arbeitsplätze in zumutbarer Entfernung geschaffen sind bzw. mögliche Wanderungen zu einer siedlungsstrukturellen Konzentration innerhalb der Region führen.

⁵³ THOSS, R.: Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der Konzeption der deutschen und europäischen Agrarpolitik, in: Innere Kolonisation, 24. Jg. (1975), H. 6, S. 275 ff.

3. Siedlungsstruktur

3.1. Ursachen siedlungsstruktureller Konzentration

Die Ursachen und Bedingungen des raumwirksamen Differenzierungsprozesses sind allgemein auf den spezifischen Charakter von Wachstumsdeterminanten zurückzuführen¹.

- a) „Hat eine Region einen Wachstumsvorsprung, so besteht eine Tendenz zu einer sich selbst verschärfenden Differenzierung.
- b) Je größer die interregionale Mobilität eines Faktors, um so geringer ist der Differenzierungseffekt.
- c) Je mobiler die positiven externen Effekte, um so geringer ist der Differenzierungseffekt.
- d) Ist eine Wachstumsdeterminante interregional immobil, so ist der Differenzierungseffekt um so größer, je immobil interregional die induzierten Determinanten sind.
- e) Eine Agglomeration kann nur dann entstehen, wenn zumindest eine Wachstumsdeterminante immobil ist. Historisch können Rohstofferneuerungen als diese Einflußgröße angesehen werden.

Diese Aussagen über den isoliert betrachteten Differenzierungseffekt (a — e) müssen dem Nivellierungseffekt (f — i) gegenübergestellt werden:

- f) Im Verlauf des Prozesses der regionalen Expansion werden Tendenzen wirksam, welche die sich selbst verstärkende Differenzierung abschwächen und bremsen (Nivellierungseffekte).
- g) Je immobil die negativen externen Effekte, um so stärker die Nivellierungseffekte.
- h) Der interregionale Multiplikator hat zwar nivellierende Tendenz; eine vollständige Nivellierung aufgrund der Mechanismen des Modells ist jedoch unwahrscheinlich.
- i) Durch die Zunahme der Nachfrage und die Preissteigerung des immobil Input Boden entsteht eine Tendenz zur Verschlechterung der interregionalen terms of trade für die stark expandierende Region und damit zu Nivellierungen².

Ähnliche Überlegungen fließen in das Modell des regionalen Wirtschaftswachstums von H. W. Richardson ein³.

Danach werden vor allem folgende Merkmale als Bestandteil von Wachstumsprozessen angesehen:

- „Als standörtliche Konstante werden die unbeweglichen natürlichen Hilfsquellen, die historisch gewachsene Existenz einer großen Stadt und das Vorhandensein unterschiedlicher Standorteignungen angesehen.
- Das gebietliche Wachstumspotential dürfte wiederum von den einheimischen unbeweglichen Ressourcen, ferner von der Anziehungskraft auf bewegliche externe Hilfsquellen abhängen.
- Außerbetriebliche Produktionsvorteile infolge der räumlichen Zusammenballung von gewerblichen Großbetrieben sowie Unteilbarkeiten etwa in den

¹ vgl. SIEBERT, H.: Zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums, Tübingen 1967

² SIEBERT, H.: a. a. O., S. 166; zitiert nach BUTTLER F.: Entwicklungspole und räumliches Wirtschaftswachstum, Tübingen 1973, S. 35

³ RICHARDSON, H. W.: Regional growth theory, London 1973

Einrichtungen der infrastrukturellen Versorgung sind mitverantwortlich sowohl für die großräumigen als auch für die innergebielichen Raumstrukturen und Faktorenwanderungen.

- Die Existenz von Transportkosten, Marktnetzen für die verschiedenen Güter sowie von Standort- und Wohnortwünschen erklären die räumliche Streuung des volkswirtschaftlichen Wachstums und die Verteilung der Infrastruktur.
- Zunehmende Flexibilität des Transportsystems und wachsende Raumansprüche erleichtern tendenziell die Entballung.
- Umgekehrt bewirken hohe Umstellungskosten und die lange Lebensdauer des Sozialkapitals ein erhebliches Maß standörtlicher Trägheit.
- Die Investitionsentscheidung als der determinierende Vorgang in der wirtschaftlichen Raumentwicklung muß daher als ein Glied in der Kette der Standorte und Maßstab bestimmenden, vergangenen und künftigen Investitionen betrachtet werden.
- Vor allem sind das Auftreten und die Weitergabe des technischen Fortschritts im räumlichen Wachstum zu messen.“⁴

Als entscheidender Faktor für räumliche Polarisationsprozesse wird also die partielle und/oder totale Immobilität von Wachstumsdeterminanten hervorgehoben. Dabei wird betont, daß die Fähigkeit, Innovationen zu produzieren und zu adaptieren, abhängig ist von der Struktur der Kommunikationskosten sowie der Existenz von Autoritäts- und Abhängigkeitsverhältnissen.

Im einzelnen liegen dazu folgende Einschätzungen vor:

- Bei den Kommunikationskosten in der Form von Transportkosten kann davon ausgegangen werden, daß der dadurch verursachte Polarisierungseffekt im Zuge der technischen Entwicklung an Bedeutung verliert.
- Dagegen dürfte der Einfluß der Lokalisations- und Urbanisationseffekte auf die Kommunikationskostenstruktur weiter steigen. Lokalisierungseffekte sind durch Input/output-Beziehungen der Firmen untereinander gegeben. Intensiver Informationsaustausch über Produktionsprogramme zwischen Produzenten und potentiellen Kunden erscheinen als positive Lokalisierungseffekte. Je stärker jedoch Standardisierung und Spezialisierung der Input/output-Beziehungen erfolgen, desto geringer die Kommunikationskosten, desto geringer somit die positiven Effekte der Lokalisation.
Positive Urbanisationseffekte können dann vorliegen, wenn z. B. durch räumliche Nachbarschaft von Einzelunternehmen zunehmende Attraktivitäten begründet werden. Negative Urbanisationseffekte treten u. a. durch steigende Bodenpreise, Umweltbelastungen, überlastete Transportsysteme auf.
- Kommunikationskosten erscheinen darüber hinaus in Form von Unteilbarkeiten von Gütern, Infrastrukturen etc. Unteilbarkeiten im Zusammenhang mit Mobilitätsbeschränkungen können dazu führen, daß Anbieter und Nachfrager räumlich getrennt angesiedelt sind.
- Monopolistische Starrheiten beruhen vor allem auf Autoritäts-Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Peripherie und Zentrum. Die entscheidende Ursache dieser Beziehungen wird im räumlich unterschiedlichen Auftreten, der Diffusion und Adaption von technischer und institutionellen Innovationen gesehen.
„Autoritäts-Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie füh-

⁴ STRUFF, R.: Regionalpolitik: Auf der Suche nach der Theorie, in: Struktur 1975, H. 12, S. 280

ren dazu, daß die für das Wachstum der Peripherie strategischen Informationen, Aktivitäten, Institutionen von den zentralen Eliten kontrolliert und nur soweit als Innovationen weitergegeben werden, als es dem Eigeninteresse dieser Eliten dient. Autoritäts-Abhängigkeitsbeziehungen bedeuten zusätzliche Mobilitätsbeschränkungen von Wachstumsdeterminanten"⁵.

Die raumdifferenzierenden Funktionen von Kommunikationskosten und monopolistischen Starrheiten haben zur Folge, daß

- periphere Regionen durch differenzierende Wanderungsprozesse Bedeutungsverluste erfahren;
- regionale Arbeitsmarktzentren peripherer Regionen unterschiedlichen Entwicklungstendenzen unterliegen und daß
- die Entwicklung des Umlandes von der Entwicklung der regionalen Zentren geprägt wird.

Diese raumstrukturellen Folgen sollen anhand einiger Erscheinungsformen verdeutlicht werden, wobei die Problematisierung von Wanderungsprozessen im Mittelpunkt steht.

3.1.1. Bedeutungsverluste von peripheren Regionen aufgrund raumdifferenzierender Wanderungsprozesse

Bei der Darstellung der Entwicklung der Bevölkerungsverteilung ergeben sich folgende allgemeine Bewegungen:

Die Bevölkerung in den Stadtregionen ist zwischen 1950 und 1961 um ca. 23 % angewachsen, was auf Geburtenüberschüsse, aber vor allem auf Wanderungsgewinne aus den ländlichen Teilräumen und der DDR zurückzuführen ist. Insgesamt ist die Bevölkerung außerhalb der Stadtregionen bis 1961 konstant geblieben, was ebenfalls aus Wanderungsgewinnen aus der DDR sowie vor allem aus Geburtenüberschüssen resultiert. Darüber hinaus spielten sich besonders im norddeutschen Raum bemerkenswerte interne siedlungsstrukturelle Umschichtungsprozesse ab.

	1961	1950—61
Stadtregionen:	30,3 Mio. E ⁶	+ 23 %
ländl. Raum:	26,3 Mio. E	konstant

Siedlungsstrukturell setzt sich, wenn auch abgeschwächt, der Umstrukturierungsprozeß in den 60er Jahren fort. Dabei konzentriert sich das Bevölkerungswachstum in den ländlichen Teilräumen zunehmend auf zentrale Orte.

	1970	1961—70
Stadtregionen:	32,4 Mio. E	+ 7,0 %
ländl. Raum:	27,7 Mio. E	+ 5,5 %

⁵ BUTTLER, F.: Entwicklungspole und räumliches Wirtschaftswachstum, a. a. O., S. 50

⁶ R. MACKENSEN u. a., Probleme regionaler Mobilität, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Göttingen 1975, S. 36

Zu Beginn der 60er Jahre scheint somit der Wanderungstrend gebrochen. Doch erst die Aufdeckung der altersspezifischen Selektivität inter- und intraregionaler Wanderungsprozesse zeigt den vollen Umfang der Wanderung von spezifischen Entwicklungspotentialen an.

In vielen peripheren Regionen erscheinen die Wanderungssalden überwiegend ausgeglichen. Die Untersuchung von z. B. GATZWEILER konnte jedoch aufdecken, daß sich dahinter eine sich immer weiter öffnende Schere von Zuwanderungsgewinnen durch ältere Personen und Abwanderungsverlusten durch jüngere Personen verbirgt.

Unterscheidet man altersmäßig 16—20jährige, 21—34jährige, 35—49jährige und über 49jährige Personengruppen⁷, so kann man über ihre Wanderungsziele und die Wanderungssalden spezifische Wanderungsverhalten bestimmen:

16—20jährige: „Bildungswanderer“

Peripherieräume sind mit qualifizierten Bildungseinrichtungen ungenügend ausgestattet (Hochschulen, Fachhochschulen). Für den Arbeitsmarkt ist das berufliche Ausbildungsangebot zu wenig differenziert und zu wenig attraktiv. Es bestehen geringe Möglichkeiten zur beruflichen Fortbildung.

21—34jährige: „Qualifizierte Arbeitsplatzwanderer“

Für diese Altersgruppe sind ökonomische Faktoren maßgebend für die Abwanderungsentscheidung. In peripheren Regionen herrscht ein Mangel an Arbeitsplätzen in wachstumsintensiven Wirtschaftsbereichen.

35—49jährige: „Wohn- und Wohnumfeldwanderer“

Bei dieser Gruppe finden überwiegend Wanderungen innerhalb der Region statt.

über 49jährige: „Altersruhesitzwanderer“

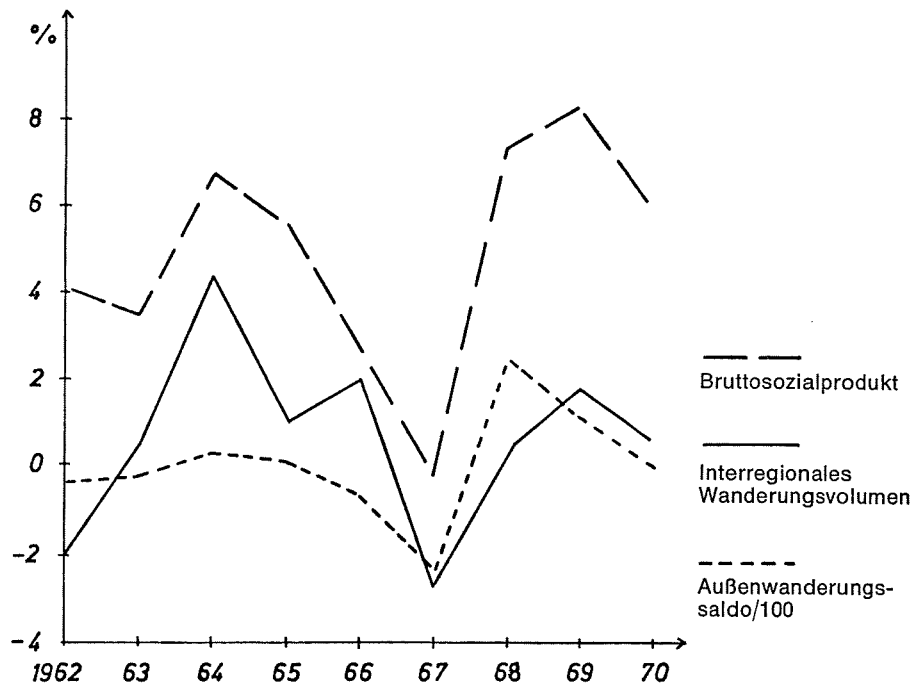
Periphere Räume haben oft eine hohe Attraktivität bei ausreichender sozialer Infrastruktur für ältere Personen, für die die Umwelt der Großstadt eine zu große Belastung darstellt.

Die empirischen Ergebnisse von GATZWEILER sprechen dafür, selektive Wanderungen als Indikatoren zur Erfolgskontrolle regionalpolitischer Maßnahmen einzusetzen, da in ihnen vor allem diejenigen Wertungen zum Ausdruck kommen, die die Betroffenen der regionalen Entwicklung bzw. den regionalpolitischen Maßnahmen entgegen bringen.

Neben der bedeutenden Erscheinung von altersspezifischen Wanderungen muß auf die lange vernachlässigte Abhängigkeit zwischen Wanderungsintensität und Konjunkturverlauf aufmerksam gemacht werden. Es zeigt sich, daß in Hochkonjunkturphasen mit Abwanderungsschüben zu rechnen ist (vgl. Abb. 5). Diese Abhängigkeit fand bisher kaum Berücksichtigung, sie erfordert aber eine entsprechende Maßnahmenpolitik.

⁷ vgl. GATZWEILER, H. P.: Zur Selektivität interregionaler Wanderungen, Forschungen zur Raumentwicklung: Bd. 1, 1975, S. 50

Abbildung 5: Wanderung und Konjunktur
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: BIRG, Prognose der Bevölkerungsentwicklung, DIW, S. 46

3.1.2. Unterschiedliche Entwicklungsbedingungen regionaler Arbeitsmarktzentren in peripheren Regionen

Abgesehen von den peripheren Regionen, wo kein entwicklungsfähiger Kristallisationskern vorhanden ist, können jene peripheren Regionen durchaus mit Entwicklungsimpulsen rechnen, in denen mehrere Voraussetzungen zur positiven Entwicklung bereits gegeben sind oder sich entwickeln können.

- a) Konkurrenzfähig erscheinen vor allem jene Zentren in ländlichen Räumen, die selbst bereits über eine gewisse Minimalgröße verfügen, die im funktionalen Sinne dadurch definiert ist, daß sie ausreicht, um relevante Impulse auf das wirtschaftliche Wachstum auszustrahlen.

Als entscheidende Kriterien minimaler Stadtgröße können das Vorhandensein bestimmter zentraler Funktionen, eine diversifizierte industrielle Produktionsstruktur, soziale Interaktion als Katalysator für die Entstehung und Diffusion von Innovationen genannt werden.

Dabei muß weiterhin die jeweilige Mindestgröße in Abhängigkeit von der Entfernung zum nächsten dominanten Zentrum gesehen werden.

Als mögliche Richtwerte, die nur als grobe Annäherungswerte gelten können und im Rahmen von regionalpolitischen Entscheidungsprozessen einer Über-

prüfung bedürfen, werden von v. BOVENTER folgende Größenordnungen benannt⁸:

Tabelle 5

Größenordnungen von regionalen Zentren in Abhängigkeit von der Entfernung zu den Ballungszentren

Entfernung in km	25	50	75	100
Einwohnerzahl in 1 000	30—40	75—120	120—200	165—350

Daneben müssen gewisse objektive und subjektive Bedingungen für den sozialen Wandel sprechen: Dazu zählen insbesondere die Möglichkeit zu vertikaler Mobilität, ein ausreichendes Bildungsangebot und -niveau sowie eine entsprechende Einstellung zum sozialen Wandel aufgrund bestimmter Werthaltungen.

Außerökonomische Anziehungskräfte in Form von Wohn- und Freizeitwerten werden als Entwicklungsvoraussetzungen insbesondere hinsichtlich ihrer Bewertung durch höher qualifizierte Arbeitskräfte ebenfalls genannt; wenn auch die implizierte Annahme, die Abhängigkeit der Arbeitskräfte vom Arbeitsplatz könnte sich der Tendenz nach auflösen in eine Determination industrieller Standorte durch die privaten Wünsche der Arbeitskräfte, überzogen zu sein scheint.

Müssen demnach konkurrenzfähige Zentren im ländlichen Bereich bereits selbst eine gewisse Entwicklungshöhe erreicht haben, so führen Trends zur Vergrößerung der Betriebseinheiten und Infrastruktureinrichtungen (Unteilbarkeiten) sowie wachsende Mindesteinzugsgrößen zu weiter steigenden Anforderungen an Größe und Dichte konkurrenzfähiger Zentren.

- b) Es können sich dort konkurrenzfähige Zentren entwickeln, wo aufgrund von Veränderungen nationaler und internationaler Kommunikationsbeziehungen, der Entwicklung der Technologie, dem Vorhandensein günstiger Reproduktionsbedingungen der Arbeitskräfte neue Kristallisationspunkte wirtschaftlichen Wachstums entstehen. Zentren, wie Ingolstadt, aber auch Stade, Emden, Wilhelmshaven, sind in diesem Sinne neue (bzw. wieder aufgewertete) Kristallisierungspunkte im ländlichen Raum.

3.1.3. Entwicklungstendenzen des Umlandes unter der Bedingung expandierender regionaler Arbeitsmarkt- und Subzentren

Die wirtschaftliche Dynamik dieser Zentren beinhaltet, daß weniger regional und lokal vorhandene ökonomische und soziale Strukturen aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Vielmehr werden neue Strukturen meist zu Lasten der alten Siedlungsstrukturen ausgebildet.

So erfahren ländliche Gemeinden in unmittelbarem Einzugsbereich von expandierenden regionalen Arbeitsmarktzentren Funktionsverluste in Form einer Umwandlung, z. B. in reine Wohnstandorte. In innerregionalen Randgebieten können

⁸ BOVENTER, E. v.: Die räumlichen Wirkungen von öffentlichen und privaten Investitionen; in: Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften, Hrsg.: ARNDT, H., SWATEK, D., Berlin 1971, S. 185

ländliche Gemeinden darüber hinaus einen allgemeinen Bedeutungsverlust erleiden, soweit die Übernahme von zentrumsorientierten, stark spezialisierten Funktionen in Ausnutzung insbesondere der natürlichen Begabungen nicht möglich ist. Diese Erscheinungsformen sind u. a. eine Folge der Zentrums- bzw. agglomerationsorientierten Binnenwanderungsprozesse.

Binnenwanderer sind nach GATZWEILER sog. „Wohnumfeldwanderer“, die meist zur Personengruppe der 35—49jährigen gehören. Nach einer Untersuchung von Prognos⁹ enden von den Wanderungen innerhalb des ländlichen Raumes 60 % in einer Entfernung von nur 25 km.

Wenn man die Umzüge zwischen Dörfern eliminiert, ziehen noch:

- 19 % in zentrale Orte in einer Distanz von weniger als 8 km
- 39 % in zentrale Orte in einer Entfernung von mehr als 8 km
- 42 % in die Stadtregionen¹⁰.

Trotz Geburtenüberschuß hatten etwa 40 % aller stadtfernen Dörfer unter 1 000 Einwohner Bevölkerungsabnahmen zwischen 1960 und 1970 zu verzeichnen¹¹. Für die Gemeinden unter 2 000 Einwohner ist auch für die nächsten Jahre ein stark negativer absoluter Wanderungssaldo anzunehmen.

Dagegen hatten die Gemeinden zwischen 2 000 und 20 000 Einwohner eine durchschnittliche Bevölkerungszunahme von 12 %¹¹.

Für die Konzentration der Binnenwanderung auf die kleineren Zentren lassen sich mehrere Gründe nennen. Es muß keine spürbare räumliche und kulturelle Distanz überwunden werden. Die ländliche Lebensweise kann beibehalten werden.

Geringer bis negativ war dagegen die Zunahme in den Gemeinden über 20 000 Einwohner. Doch lassen sich Aussagen über derartige regionale Konzentrationsprozesse mit den Veränderungsraten der Wohnbevölkerung innerhalb der Gemeindegrenzen allein nicht beschreiben. Auch bei diesen Zentren ist ein Zentrifugalprozeß feststellbar, der zu einem starken Wachstum der angrenzenden kleinen Gemeinden führt. HEIDTMANN hat dies für ausgewählte niedersächsische Mittelzentren nachgewiesen¹². Danach haben die Zentren dieser Größenordnung zwar eine negative Bevölkerungsentwicklung. Aber ein Konzentrationsprozeß findet im engeren Einflußbereich dieser Zentren statt. Der Erklärungshintergrund für den Bedeutungsgewinn von Stadtumlandzonen liegt sicher darin, daß dort

- die ländlich geprägte Lebensweise nicht total unterbrochen wird;
- günstige Wohnumfeldqualitäten anzutreffen sind und
- der Vorteil einer günstigen Lage zu den Arbeitsplätzen sowie öffentlichen und privaten Dienstleistungen erreicht wird.

⁹ Prognos: Struktur und Motive der Wanderungsbewegungen in der BRD, Basel 1968

¹⁰ Prognos: a. a. O., S. 49, S. 55

¹¹ vgl. Bundesraumordnungsbericht 1972, BT-Drucksache 6/3793, S. 29

¹² vgl. HEIDTMANN, W., KRETSCHMANN, R.: Raumfunktionen und Siedlungsstrukturen im ländlichen Raum, Agrarsoziale Gesellschaft (im folgenden ASG), Bd. 124, Göttingen 1975, S. 25

Tabelle 6

Veränderung der Wohnbevölkerung in den Mittelzentren bei verschiedenen Zeitzeonen (1961 bis 1970)

Mittelzentren	Wohnbevölkerung 1961	Wohnbevölkerung 1970	Veränderung 1961/70 in v. H.	Bevöl- kerungs- dichte 1970
Stadt Celle	59 000	57 155	— 3,1	1 178
15-Min.-Bereich	22 294	31 009	+ 39,1	113
15—30-Min.-Bereich	36 851	39 198	+ 6,4	74
Stadt Lüneburg	60 282	59 516	— 1,3	1 421
15-Min.-Bereich	22 954	30 354	+ 32,8	118
15—30-Min.-Bereich	20 863	21 169	+ 1,5	46
Stadt Uelzen	25 035	24 457	— 2,7	1 431
15-Min.-Bereich	20 343	21 909	+ 7,7	82
15—30-Min.-Bereich	39 563	39 748	+ 0,5	46
Stadt Walsrode	12 996	14 098	+ 8,5	738
Stadt Soltau	14 366	15 674	+ 9,1	1 011
(Walsrode)	25 338	27 073	+ 6,8	85
15-Min.-Bereich				
(Soltau)	4 893	4 423	— 9,6	22
(Walsrode)	13 096	12 593	— 3,8	29
15—30-Min.-Bereich				
(Soltau)	32 596	36 054	+ 10,6	63
Stadt Lüchow	5 903	6 267	+ 6,2	675
Stadt Dannenberg	3 629	4 058	+ 11,8	471
15-Min.-Bereich	18 820	18 483	— 1,8	48
15—30-Min.-Bereich	13 435	11 902	— 13,4	30

QUELLE: HEIDTMANN, W., KRETSCHMANN, R.: Raumfunktionen und Siedlungsstrukturen im ländlichen Raum, ASG, Bd. 124, Göttingen 1975, S. 25

Dieser relative regionale Konzentrationsprozeß kann jedoch nicht, wie schon an anderer Stelle betont, darüber hinwegtäuschen, daß vor allem jene Binnenwanderungsströme problematische Folgen verursachen, deren Motive eher in einer Trennung von ländlichen Lebens- und Arbeitsformen liegen. Trifft das zu, stehen die Mittelstädte im ländlichen Raum in Konkurrenz mit den Oberzentren, weil sie ihre Zuwanderer wieder an diese verlieren: Für jüngere Bevölkerungsgruppen sind die ländlichen Mittelstädte eine Durchgangsstation zu den Verdichtungsräumen.

3.2. Zusammenfassende Beurteilung der siedlungsstrukturellen Entwicklungsprozesse in peripheren Regionen

Die Entwicklungschancen von peripheren Regionen hängen stark davon ab, in wieweit sie, ausgehend von den vorhandenen regionalen Entwicklungspotentialen, an der Entwicklung und Verteilung von Innovationsschüben teilhaben. Hierbei spielt die Existenz von entwicklungsfähigen regionalen Arbeitsmarktzentren und Kommunikationsachsen eine wesentliche Rolle.

Die Wanderungsbewegungen, vor allem die altersspezifische Selektivität der Wanderungsprozesse, zielen auf jene Regionen, Zentren und Orte, wo die Nachfrage nach Arbeitsplatz-, Wohn-, Bildungs- und Freizeitqualität am ehesten realisiert werden kann.

Für periphere Regionen mit schwacher Entwicklungsdynamik bedeutet das den Verlust von Einwohnern durch interregionale Wanderung, wobei die Abwanderung von jungen Altersgruppen bei gleichzeitiger Zuwanderung von älteren Personengruppen die ökonomischen Verluste und sozialen Spannungen verstärken wird.

Dieser Bevölkerungsverlust kann auch nicht mehr, wie in den 60er Jahren durch einen relativ hohen Geburtenüberschuß ausgeglichen werden, da sich auch in den peripheren Regionen die Geburtenraten dem allgemeinen Trend anpassen.

In der Verbindung mit der regionalen altersspezifischen Segregation wird in absehbarer Zukunft mit einem verstärkten Rückgang der regionalen Bevölkerung und einer Abnahme der Erwerbsfähigkeit zu rechnen sein.

Reichen darüber hinaus die vorhandenen siedlungsstrukturellen Konzentrationsprozesse zum Aufbau von entwicklungsfähigen Zentren nicht aus, so sind für diese Regionen die eigenständigen Entwicklungs- und Wachstumsbedingungen in Frage gestellt. Diese Regionen sind somit negativ für die Ansiedlung stabilisierender Arbeitsplätze charakterisiert.

Anders sind die Entwicklungs- und Wachstumsbedingungen für jene peripheren Regionen zu beurteilen, die ein entwicklungsfähiges regionales Arbeitsmarktzentrum sowie ein ausreichendes Binnenwanderungspotential aufweisen. Die positiven Ansätze der Binnenwanderungsprozesse könnten intraregional aufgenommen werden, wodurch der Trend zur Abwanderung von jugendlichen qualifizierten Arbeitskräften in die Verdichtungsräume eher gebrochen werden kann.

3.3. Strategien zur Entwicklung der Siedlungsstruktur in peripheren Regionen

3.3.1. Aufbau von regionalen Arbeitsmarktzentren als Kernpunkt der Strategie einer relativen regionalen Konzentration

Die räumliche Konzentration von Bevölkerung, d. h. der regionale Agglomerationsgrad, kann als Potentialfaktor für die wirtschaftliche Situation und Entwicklungsmöglichkeit einer Region interpretiert werden¹³.

Die disperse Verteilung der Bevölkerung in peripheren Regionen ohne ausgeprägtes Arbeitsmarktzentrum oder einer vorhandenen Zentrenhierarchie muß als ein Engpaßfaktor für ihre wirtschaftliche Entwicklung verstanden werden¹⁴. Dahinter steht als Gesetzmäßigkeit die fast ausnahmslose Verknüpfung von wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen mit Urbanisierungsprozessen¹⁵.

Die positiven Effekte der Urbanisierung, im Sinne einer zirkulären Verursachung bei agglomerativen Wachstumsprozessen müssen auf periphere Regionen konzeptionell übertragen und genutzt werden.

Dabei ist davon auszugehen, daß der Urbanisierungsprozeß in einer peripheren Region eine Städtiehierarchie zu entwickeln hat, an deren Spitze eine Stadt (min-

¹³ BIEHL, D., u. a.: Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials, Institut für Weltwirtschaft, Kiel, Nr. 33, Tübingen 1975, S. 81

¹⁴ BIEHL, D., u. a.: a. a. O., S. 33

¹⁵ BUTTLER, F.: Entwicklungspole und räumliches Wirtschaftswachstum, a. a. O., S. 80

destens Mittelzentrum) steht, die die erforderlichen Minimalkriterien eines Arbeitsmarktzentrums erfüllt.

Der volkswirtschaftliche Sinn (Wachstumsziel) der Förderung und Entwicklung geeigneter Arbeitsmarkt-Zentren in peripheren Regionen kann durch folgende Argumentation begründet werden:

Mit wachsender Stadtgröße schlagen die Agglomerationsvorteile in -nachteile um, die u. a. durch das verstärkte Ansteigen der „social costs“ und die übermäßigen Infrastrukturkosten in Ballungsräumen belegt werden können.

Daher sind die gesamtwirtschaftlichen Nachteile von Überagglomeration in Ballungsgebieten einerseits durch Entballung zu senken, die gesamtwirtschaftlichen Nachteile von unteragglomerierten peripheren Regionen durch die Konzentration von Bevölkerung und Kapital zu beheben.

Die Förderung von Arbeitsmarktzentren in peripheren Regionen durch Konzentration der Bevölkerung darf daher als Entwicklungskonzept gelten, das als Instrument gesamtwirtschaftlicher Wachstumspolitik aufgefaßt werden kann.

Eine Strategie der intraregionalen Siedlungskonzentration wird in diesem Zusammenhang einerseits eingesetzt, um den Agrarstrukturwandel zu steuern¹⁶, andererseits, um die Versorgung der außerlandwirtschaftlichen Bevölkerung mit Arbeitsplätzen, Gütern und Diensten sicherzustellen.

3.3.2. Das regionale Binnenwanderungspotential sowie die Mindestversorgungs- dichte als strategische Entwicklungsgrößen

Geht man davon aus, daß die peripheren Regionen kaum Wanderungsgewinne verzeichnen werden, so erscheint das regionale Binnenwanderungspotential als eigentliche strategische Größe, um eine Zentrenhierarchie aufzubauen, die den Ansprüchen der räumlich-funktionalen Arbeits- und Aufgabenteilung genügt. Um jedoch einen Mindestversorgungsstandard für die verbleibende Funktionsbevölkerung aufrechtzuerhalten, wird die Festlegung eines Schwellenwertes für die Minstdichte notwendig.

Bei der Vorgabe von 8 000 EW in einem grundzentralen Versorgungsbereich mit 20 bis 30 km Durchmesser ergibt sich eine Größenordnung von 25 bis 20 Einwohner/km². Im weiteren wird von einer Minstdichte ausgegangen, die bei ca. 30 Einwohner/km² liegt. Die darüber hinaus ansässige Bevölkerung könnte somit als regionales Binnenwanderungspotential zur Stützung und Entwicklung der regionalen Zentrenhierarchie verstanden werden.

3.3.3. Aufbau einer regionalen Zentrenhierarchie

Mittelfristig werden die Tendenzen im Bereich regionaler Binnenwanderung aufgegriffen, soweit sie die Bevölkerungsgewinne der Orte ab 5 000 EW bis 20 000 EW und die Konzentration der Bevölkerung um die Mittelstädte (Arbeitsmarktzentren) betreffen.

Die Stärkung der regionalen Arbeitsmarktzentren und ihrer direkten Einzugsbereiche soll über eine schwerpunktartige Förderung im Bereich der Ansiedlung

¹⁶ RIEMANN weist darauf hin, daß von einem Bevölkerungsrückgang positive Impulse für die Entwicklung leistungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe ausgehen können; vgl. RIEMANN, F.: Konsequenzen für den ländlichen Raum aus der rückläufigen Bevölkerungszahl, in: Raumforschung und Raumordnung, 33. Jg. (1975), H. 4, S. 163—168

qualifizierter Arbeitsplätze erfolgen. Ein entsprechendes Freizeit- und Weiterbildungsangebot muß ergänzend gefördert werden.

Die Stärkung der regionalen Sub- und Grundzentren muß bei Orten mit einer Mindestgröße von ca. 5 000 EW (Grundversorgung) beginnen. Die Art und Größenordnung der regionalen Binnenwanderungsgewinne zeichnet sie als prädestiniert für attraktive Wohnstandorte aus.

In diesen Orten können Wohn- und Wohnumfeldwanderer sowie Altersruhesitzwanderer ein entsprechendes Angebot vorfinden.

Der Wohnungsbau in diesen Orten sollte so geplant werden, daß bis zu einer Grenze von 20 000 Einwohnern am ländlichen Lebenszusammenhang durch die Bau- und Stadtgestaltung und deren Entwicklung möglichst bruchlos angeknüpft wird.

Tabelle 7:

Funktionen und Zielgrößen der Zentren

Funktion		Zielgröße	
produktionsorientiert	versorgungsorientiert	Einwohner Zentrum	Einwohner Zentrum und Versorg.-Bereich
Subzentrum überwiegend Jedermann- Arbeitsmarkt	Grundzentrum täglicher Bedarf	$\geq 5\ 000$	$\geq 5\ 000 - 8\ 000$
	Mittelzentrum gehobener Bedarf	$\geq 40\ 000$	$\geq 25\ 000 - 30\ 000$
	Arbeitsmarkt-Zentrum (I) Jedermann-AM, Facharbeiter	$\geq 40\ 000$	
außerhalb peripherer Regionen, jedoch im Einzugsbereich			
Arbeitsmarkt-Zentrum (II) Jedermann-Facharbeiter- betriebsinterner Arbeitsmarkt	Oberzentrum gehobener und spezialisierter Bedarf	$\geq 100\ 000$	$\geq 100\ 000$
		$\geq 100\ 000$	
	Dominantes Wirtschaftszentrum	$\geq 200\ 000$	

Siedlungen unter 2 000 Einwohner im Einzugsbereich von Arbeitsmarktzentren nehmen verstärkt am Verdichtungsprozeß teil. Es kann mit einer hohen Wohnattraktivität im Umfeld dieser Zentren gerechnet werden.

Orte in dieser Größenordnung in den Randlagen der Regionen sind in ihrer Eigenentwicklung zu stützen. Falls diese Orte keine Sonderfunktionen übernehmen können, wäre eventuell langfristig auch eine Umsiedlung der Funktionsbevölkerung in die nächstgrößeren Ortschaften zu erwägen.

Gegenüber den Sub- und Grundzentren unter 10 000 EW sollte das regionale Arbeitsmarktzentrum bei der Förderung von Arbeitsplätzen und Ausbildungseinrichtungen grundsätzlich Priorität haben.

Für die Förderung eines attraktiven ländlichen Wohnungsbaus sollten die regionalen Sub- und Grundzentren grundsätzlich Priorität erhalten.

In Tabelle 7 sind die funktionsorientierten Zielgrößen der Zentren zusammengefaßt.

3.3.4. Aufbau eines Achsensystems

Die axiale Anbindung einer Arbeitsmarkregion an das nächst gelegene Oberzentrum (die nächst gelegenen Oberzentren) sollte ausschließlich über das regionale Arbeitsmarktzentrum erfolgen. Damit wird der Aufbau einer Zentrenhierarchie gefördert und einer langfristigen siedlungsstrukturellen Zersplitterung der Region entgegengewirkt.

Ein Teil der peripheren Arbeitsmärkte hat jedoch kein ausgeprägtes bzw. zu entwickelndes Arbeitsmarktzentrum im Sinne der oben genannten Zielvorgaben zur Größenordnung. Es existieren jedoch mehrere Sub- und Grundzentren (durchschnittlich mit ca. 10 000 EW), deren gleichwertige Förderung insgesamt für die Region suboptimale Entwicklung bedeuten würde. Bei dieser siedlungsstrukturellen Engpaßsituation sollten regionale Hauptachsen zwischen einem Teil der Sub- und Grundzentren aufgebaut werden, die zugleich die günstigste Anbindung zur überregional bedeutsamen Achsenstruktur ermöglichen.

Im übrigen sollte eine direkte Anbindung der Sub- und Grundzentren zumindest an das jeweilige regionale Arbeitsmarktzentrum erfolgen.

4. Infrastruktur

4.1. Kritische Einschätzungen zum infrastrukturpolitischen Ziel-Mittel-System

Die Mittel und Instrumente der Infrastrukturpolitik bewegen sich im Spannungsfeld von versorgungs- bzw. gerechtigkeitsorientierten sowie stabilitäts- und wachstumsorientierten Zielvorstellungen. Dabei sollen die z. T. widersprüchlichen Zielvorstellungen in der Form eines Kompromisses harmonisiert werden, so daß das Oberziel der Schaffung von gleichwertigen Lebens- und Versorgungsbedingungen in allen Teilräumen erfüllt wird.

Zur Operationalisierung dieses raumordnungspolitischen Oberziels wird gegenwärtig der Versuch der Bestimmung und Quantifizierung von gesellschaftlichen Indikatoren unternommen. Ihre Anwendung soll u. a. die Aufdeckung von räumlichen und strukturellen Disparitäten bei der Versorgung mit Infrastrukturen sowie die koordinierte räumliche Verteilung der finanziellen Mittel zum Abbau der Disparitäten ermöglichen¹.

Die auf der Basis dieser Konzeption vorgenommenen und im Bundesraumordnungsprogramm 1974 dokumentierten Untersuchungsergebnisse bestätigen die Vermutung, daß das gegenwärtig in Anwendung begriffene infrastrukturelle Ziel-Mittel-System das Versorgungsgefälle bei einzelnen Infrastrukturkategorien zwischen den Verdichtungsräumen und peripheren Regionen nicht beheben und abbauen konnte.

Da sich die Aussagen des Bundesraumordnungsprogramms auf die Regionalisierungsebene von großräumigen Gebietseinheiten beziehen, wurde der Nachteil der Saldierung von intraregionalen Disparitäten nicht berücksichtigt, was die kleinräumige Betrachtungsweise erschwert. Diesen Aspekt nimmt u. a. die Untersuchung von BIEHL, HUSSMANN u. a.² auf, indem vom räumlichen Bezug der 178 Arbeitsmarktreionen ausgegangen wird. Dabei zeigen die Indikatorenwerte aus den Infrastrukturbereichen Verkehr, Energie, Ausbildung, Gesundheits- und Wohnungswesen voneinander z. T. stark abweichende Niveauunterschiede hinsichtlich Versorgungsgrad und -struktur sowie Auslastungsgrad zwischen den Verdichtungsräumen und städtischen Zentren und peripheren Regionen sowie zwischen den peripheren Regionen selbst.

Darüber hinaus kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß die gesamte Infrastrukturausstattung einer Region mit dem Regionalprodukt korreliert und von daher einen empirisch verifizierbaren regionalwirtschaftlichen Beitrag leistet.

Diese Ergebnisse deuten u. E. darauf hin, daß die gegenwärtige Infrastrukturpolitik folgende Mängel aufweist:

- Durch vorrangige Förderung von unmittelbar produktionsorientierten Infrastrukturelementen wird die gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Funktion und Bedeutung der gesamten Infrastruktur, also auch der mittelbar produktionsorientierten Infrastrukturelemente unterschätzt.
- Durch die Orientierung der räumlichen Verteilung der Infrastrukturinvestitionen an Richtung und Intensität privater Kapitalströme sowie an betriebswirtschaftlich bestimmten Mindestgrößen bleiben kumulierende Zentralisations- und Konzentrationseffekte sowie Leerkapazitätseffekte unberücksichtigt.

¹ Beirat für Raumordnung, Arbeitsgruppe 2: Gesellschaftliche Indikatoren für die Raumordnung (Entwurf einer Empfehlung des Beirats für Raumordnung), Bonn 1976, S. 1

² BIEHL, D., u. a.: Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials, Kieler Studien 131, Kiel 1975

- Durch die mangelhafte Ausnutzung und Entwicklung von regionalen Entwicklungspotentialen in peripheren Regionen durch mangelhafte Auslastung und Komplettierung vorhandener Infrastrukturelemente wird die gesamt- und regionalwirtschaftliche Bedeutung dieser infrastrukturellen Ressourcen nicht gewürdigt und konzeptionell umgesetzt.

Aus diesen Gründen wurde u. E. das infrastrukturpolitische Instrumentarium (u. a. in der Form der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen) als Mittel einer zielkonformen Regionalpolitik nicht genutzt.

4.2. Einsatz aller Infrastrukturelemente zur Entwicklung peripherer Regionen

Eine Infrastrukturpolitik, die das Ziel der Stützung und Entwicklung peripherer Regionen verfolgt, muß zum einen auf den gezielten Einsatz von Infrastruktur als Produktionsfaktor³ abheben, zum anderen das Ziel der Stabilisierung und Anhebung der Versorgungssituation verfolgen. Während die staatliche Infrastrukturplanung bislang weitgehend der unmittelbar produktionsbezogenen Infrastruktur Wachstumsrelevanz zusprach, ist u. E. demgegenüber von weitergehenden Wirkungszusammenhängen auszugehen. Es muß die „gesamte Infrastrukturausstattung einer Region als unmittelbar oder mittelbar produktionsrelevant betrachtet“ werden⁴.

„Unmittelbar produktionsrelevant ist sie dadurch, daß eine verbesserte Infrastrukturausstattung die Produktivität der eingesetzten übrigen Faktoren im Verhältnis zu ihrer Entlohnung erhöht;

- mittelbar produktionsrelevant wirkt eine höhere Infrastrukturausstattung dadurch, daß zusätzliche Produktionsfaktoren erschlossen oder attrahiert werden (können)“⁵.

Dieser Zusammenhang von Infrastruktur und regionaler Wirtschaftsentwicklung kann an folgenden Infrastrukturbereichen konkretisiert werden:

a) Wohnungsinfrastruktur

- unmittelbare Produktionseffekte:

Verbesserung der Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft durch ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Wohnungsangebot;

- mittelbare Produktionseffekte:

Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch ein qualitativ und quantitativ gutes Wohnungsangebot zu günstigen Mietpreisen; dadurch relative Steigerung des Realeinkommens bei gleichem Geldeinkommen; dadurch Anziehungswirkungen auf außerregionale Arbeitskräfte;

b) Gesundheitsinfrastruktur

- unmittelbare Produktionseffekte durch die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte; Verminderung von Produktionsausfall; Erhöhung der Lebenserwartung der Erwerbspersonen;
- mittelbare Produktionseffekte durch die den Wohnwert steigernden, attraktivitätsfördernden Auswirkungen einer guten regionalen Gesundheitsversorgung;

³ BIEHL, D., u. a.: a. a. O., S. 40

⁴ ebd., S. 45

⁵ ebd., S. 45 f.

c) Ausbildungsinfrastruktur

- unmittelbare Produktionseffekte durch Vermittlung und Erzeugung produktionsrelevanter Fähigkeiten;
- mittelbare Produktionseffekte durch — über die Wohnstandortpräferenzen vor allem qualifizierter Arbeitskräfte vermittelte — Steigerung der Anziehungskraft einer Region als Wohn- und Arbeitsstandort;

d) Energieinfrastruktur

- unmittelbare Produktionseffekte: eine gute regionale Energieversorgung kann u. a. die durchschnittlichen Produktionskosten bei Einsatz adäquater Technologien senken;
- mittelbare Produktionseffekte: eine Senkung der durchschnittlichen Produktionskosten kann zu einer besseren Entlohnung „mobiler Faktoren“ (Arbeitskräfte) und vermittelt zur Attrahierung zusätzlicher Produktionsfaktoren führen⁶.

Untersuchungsergebnisse zur unternehmerischen Standortwahl unterstützen diesen Sachverhalt und zeigen u. a. die Verbindung zwischen den Präferenzen des Faktors Arbeit für bestimmte Versorgungsstandorte oder -regionen und den Standortentscheidungen des Faktors Kapital auf und betonen die Relevanz des Wohn-, Freizeit-, Bildungswertes zur Stützung ansässiger und Attrahierung mobiler Ressourcen⁷.

Aus der Tatsache, daß durch infrastrukturelle Maßnahmen, die sich auf die Verbesserung der Wohn-, Freizeit-, Bildungsbedingungen in peripheren Regionen und regionalen Zentren konzentrieren, ein positiver Beitrag zur Entwicklung dieser Regionen und Zentren geleistet werden kann, darf jedoch nicht geschlossen werden, daß die Abhängigkeit der Arbeitnehmer vom Arbeitsplatz sich der Tendenz nach in eine Determinante industrieller und tertiärer Standorte durch die privaten Wünsche der Arbeitnehmer wandeln könnte⁸.

4.3. Auslastung und Komplettierung von vorhandenen Infrastrukturkapazitäten in peripheren Regionen und regionalen Zentren

Von ihrer gesamtwirtschaftlichen Bestimmung als Produktionsfaktor her erweist es sich als sinnvoll, vorhandene Infrastrukturelemente rentabel auszulasten, um diese gesellschaftlichen Vorleistungen der Produktion weitgehend auszunutzen.

Hier knüpft auch die regionalpolitische Strategie der aktiven Sanierung peripherer Regionen an, die Wachstumsbeiträge nicht nur den Verdichtungsräumen, sondern auch den ländlichen Räumen zumißt.

Während die Infrastruktureinrichtungen der Verdichtungsräume z. T. überlastet sind und hier überproportional hohe Infrastrukturkosten entstehen, kann in den peripheren Regionen vorhandenes Infrastrukturpotential weitgehend frei von Agglomerationsnachteilen (Überlastung von Verkehrs-, Bildungs-, Gesundheitsinfrastruktureinrichtungen) ausgenutzt werden. Die Auslastung vorhandener Infrastrukturkapazitäten bedeutet aber in der Regel, daß zur Stabilisierung des Nutzerpotentials in den peripheren Regionen zusätzliche staatliche Investitionen

⁶ BIEHL, D., u. a.: a. a. O., S. 45 ff. und 113 ff.

⁷ vgl. ZIMMERMANN, Regionale Präferenzen zur Wohnorientierung und Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer in der BRD, Marburg 1972

vgl. BIEHL, D., u. a.: a. a. O., S. 47

⁸ vgl. SIEBEL, W.: Entwicklungstendenzen kommunaler Planung, in: Schriftenreihe „Städtebauliche Forschung“ des BMBau, Heft 03.028, Bonn 1974, S. 21

gezielt eingesetzt werden müssen, um durch Komplettierungen, Unterauslastungen und damit „suboptimale“ Ausnutzung der Produktionsfaktoren zu verhindern.

In diesem Zusammenhang ist allerdings auf eine hier wesentliche Wechselwirkung zwischen der Entwicklung verdichteter und peripherer Regionen hinzuweisen.

Infrastrukturelle Maßnahmen in peripheren Regionen können nur dann Anziehungswirkungen auf Kapital und Arbeit ausüben, wenn überhaupt schon Entwicklungsdruck auf diese Regionen besteht.

In diesem Fall werden sich u. a. Produktionserweiterungen in denjenigen Regionen einstellen, die durch Infrastrukturangebote die vorhandenen Wachstumsengpässe erweitern, bzw. die Infrastrukturschwankungen hinausschieben⁹.

Falls aber ein Entwicklungsdruck auf periphere Regionen nicht besteht, sondern sich lediglich in den Verdichtungsräumen lokalisiert, kann von den oben beschriebenen Attrahierungskräften durch Infrastrukturangebote nicht ausgegangen werden.

4.4. Bündelung von Infrastrukturkapazitäten und Maßnahmen als Instrument einer Entwicklungskonzeption der regionalen Siedlungskonzentration

Die Notwendigkeiten zur Bündelung infrastruktureller Investitionen entstehen sowohl aus ökonomischen als auch aus sozialpolitisch-normativen Zielvorstellungen. Ökonomische Bündelungsvorteile liegen:

- in der durch die räumliche Konzentration erhöhten Nachfrage (Einzugsbereich), die Massenproduktionsvorteile erzeugt, welche wiederum das Nachfragepotential (Ausdehnung des Einzugsbereichs) durch Verringerung der Kosten vergrößert;
- in der Senkung der Transportkosten zur Nutzung von Versorgungsleistungen;
- in der Entsprechung bestehender ökonomischer Unteilbarkeiten (die allerdings normativ durchbrochen werden können);
- in den Führungsvorteilen der Träger infrastruktureller Leistungen untereinander (externe Effekte der Produktion);
- in der Attraktionskraft städtischen Klimas, die das Nutzerpotential anregt.

Eine Reduktion der Bestimmungsgründe infrastruktureller Investitionen auf ökonomische Bündelungsvorteile bringt allerdings mit sich, daß unter bestimmten Voraussetzungen (wenn etwa die Untergrenze der Reichweite einer Infrastrukturleistung höher ist als die Obergrenze, d. h. rentable Organisation nicht gewährleistet ist) „unrentable“ Infrastrukturangebote entfallen¹⁰.

⁹ vgl. R. THOSS u. H. BOLTING, Instrumente zur Schaffung und Erhaltung ausgeglichener Funktionsräume (unveröff. Manuskript), Münster 1976, S. 27 ff.

¹⁰ vgl. EVERS, H. J.: Bündelung oder Substitution als Leitlinie der Infrastruktur-Politik, in: Gesellschaftliche Indikatoren als Orientierungshilfe für die Regionalpolitik, Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und Raumplanung, Bd. 10, Münster 1974, S. 46

Somit muß neben die Berücksichtigung der Optimierungsprobleme zwischen internen und externen Kostenvorteilen der normative Aspekt der Bestimmung von Versorgungsquantität und -qualität treten, d. h.

- es müssen normative Untergrenzen infrastruktureller Ausstattungen bestimmt werden, die (s. Gerechtigkeitsziel) einen Basisversorgungsstand der Bevölkerung peripherer Regionen absichern¹¹;
- es müssen maximale „Erreichbarkeitsintervalle“ festgelegt werden, d. h. maximale Weg/Zeit-Entfernungen zur Nutzung infrastruktureller Angebote;
- die Minimalwerte der Variationsbreite infrastruktureller Leistungen müssen definiert werden.

Dabei ist davon auszugehen, daß Infrastruktureinrichtungen erst nach Erreichen bestimmter Qualitätsstufen im Angebot substituierbar sind¹².

Unterhalb dieser Ausstattungsschwellen kann die Unterversorgung in einem Infrastrukturbereich nicht ersetzt werden durch die relative Überversorgung in einem anderen.

Die Synthese ökonomischer Notwendigkeit und normativer Zielsetzung ist am ehesten in dem gebündelten Angebot infrastruktureller Leistungen gegeben.

In mittelfristiger Betrachtungsweise richtet sich die Auswahl entwicklungsfähiger Versorgungszentren

- nach dem Schwellenwertkriterium, d. h. nach der Möglichkeit, die o. g. (vgl. Tabelle 7 S. 63 f) Einwohner-Schwellenwerte zur Erreichung qualitativer und quantitativer Mindeststandards zu überschreiten;
- nach den Standortkriterien (Achsenlage innerhalb der Region; großräumiger Anbindung günstig).

Weiterhin müssen Versorgungszentren in denjenigen peripheren Teilräumen aufgebaut bzw. zum Rang von Mittelzentren erhoben werden, die

- einen hohen Anteil verharrender Bevölkerung aufweisen und
- deren Entfernungen zum nächst gelegenen Mittel- bzw. Arbeitsmarktzentrum die Erreichbarkeitsschwellen überschreiten.

In diesen Fällen sollte auch dann schwerpunktmäßige Förderung einsetzen, wenn die Einwohnerzahlen bestehender Zentren wesentlich unter den als notwendig erachteten Schwellenwerten liegen.

Die Diskussion um die Bestimmung von Versorgungsbereichs- und Zentrengrößen sowie von Erreichbarkeitsschwellen hat zwar eine Vielzahl von Vorstellungen erbracht, die sich jedoch zunehmend auf übereinstimmende Größenmargen eependeln¹³.

Im weiteren wird davon ausgegangen, daß sich mittelfristig an folgenden Zielzahlen orientiert wird:

¹¹ vgl. THOSS, R.: Planung unter veränderten Verhältnissen, Manuskript, Münster 1975

¹² EVERS, H. J.: a. a. O., S. 56

¹³ vgl. Tabelle 8: Größenordnungen und Erreichbarkeitsschwellen

Tabelle 8: Größenordnungen und Erreichbarkeitsschwellen

Funktionsbereich	Größe des Versorgungsbereiches	Erreichbarkeitsschwellen
Grundzentrum	5 000— 8 000 E	ca. 30 Min. OPV ca. 15 Min. PKW
Mittelzentren	25 000—40 000 E	ca. 45—60 Min. OPV ca. 30 Min. PKW ca. 25 km Straße
gehobenes Mittelzentrum	30 000—40 000 E	
Oberzentrum	100 000 E und mehr	ca. 50 km Straße

Übersicht: Größenordnungen und Erreichbarkeitsschwellen**a) Oberzentren**

	MKR ¹	Länder ²	Thoss ³	GRS ⁶
Einwohner		100 000 (Hessen/ Rhl.-Pf.)		100 000
Erreichbarkeit			50 km	

b) Mittelzentren

	MKR ¹	Länder ²	Thoss ³	Klemmer ⁴	Böventer ⁵	GRS ⁶
Einwohner	20 000— 40 000 (Verflechtungs- bereich)	25 000 (Verflechtungs- bereich)	40 000 (Versorgungs- zentren)	30 000— 40 000 (Arbeitsmarkt- zentren)	25 000 (Tertiär- zentren)	20 000— 30 000
Erreichbarkeit	60 Min. (ONPV)	20—30 km 25—60 Min. (ONPV)	25 km 50—60 Min. (ONPV)	45 Min.		
Funktion	Deckung des gehobenen Bedarfs	„qualifizierte Versorgung“				

¹ Ministerkonferenz für Raumordnung, a.a.O.² aus: Synopse, Festlegungen der Länder für zentrale Orte, ROB 1974, S. 130³ Thoss, R.: Planung unter veränderten Verhältnissen, a.a.O.⁴ Klemmer, R.: Regionale Arbeitsmärkte, a.a.O.⁵ Böventer, E. v.: Die räumlichen Wirkungen von öffentlichen und privaten Investitionen, a.a.O.⁶ Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung, Standortentscheidung und Wohnortwahl, Folgerungen für die regionalpolitische Praxis aus zwei Untersuchungen, Bonn 1974

c) Unterzentren

	MKR ¹	Länder ²
Einwohner	5 000 (Verfl.- Bereich)	
Erreich- barkeit	30 Min. (ONPV)	

Realistischerweise muß davon ausgegangen werden, daß sowohl Erreichbarkeitsmargen als auch normative Ausstattungskataloge als flexibel betrachtet werden müssen.

Es wird zumindest kurz- und mittelfristig davon auszugehen sein, daß diese Normwerte nicht flächendeckend zu erfüllen sein werden.

Ergänzend müssen in stärkerem Maße Organisationsmodelle einer flexiblen und mobilen Infrastruktur weiterentwickelt werden.

Ansätze finden sich bereits in einzelnen Infrastrukturbereichen, vor allem im Gesundheitswesen und im Ausbildungsbereich (Verringerung der Schulsystemgrößen zur Vermeidung unzumutbarer Entfernungen bei geringen Einwohnerdichten).

Literaturverzeichnis

- AFFELD, D., KLEIN, R., PEITHMANN, O., TUROWSKI, G.: Ein Ansatz zu regional und funktional differenzierter Freizeitplanung; in: Raumforschung und Raumordnung Heft 5, 6/1973.
- AFFELD, D.: Raum- und siedlungsstrukturelle Arbeitsteilung als Grundprinzipien zur Verteilung des raumwirksamen Entwicklungspotentials; in: Struktur 9/1972.
- AFFELD, D., TUROWSKI, G.: Die raumordnungspolitische Bedeutung von Freizeitfunktionen; in: Struktur 5/1973.
- AFFELD, D.: Soziologische Aspekte der Freizeitplanung im ländlichen Raum; in: Freizeit-Seminarberichte des Instituts für Städtebau und Landesplanung, Heft 2, Karlsruhe 1972.
- AGRARBERICHTE: Agr.Ber. 1973, BTDRs 7/146; Mat.Bd. zum Agr.Ber. 1975, BTDRs 7/3211; Agr.Ber. 1976, BTDRs 7/4680; Mat.Bd. zum Agr.Ber. 1976, BTDRs 7/4681.
- ALONSO, W.: Standorttheorie; in: Materialien zur Ökonomie der Stadtplanung, Hrsg.: Barnbrock, J., Braunschweig 1975, S. 15—44.
- ALTMANN, A.: Faktoranalytische Untersuchungen zur regionalwirtschaftlichen Situation und Entwicklung in Niedersachsen; Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen, siehe auch: Raumforschung und Raumordnung, Heft 5, 6/1973.
- ALTERMATT, K.: Regional-, Struktur- und Standortfaktor; in: DISP, Nr. 36/1975.
- ANDREWS, R. B.: Mechanics of the Urban Economic Base: Historical Development of the Base Concept; in: Land Economics, Nr. 3/1953.
- ARCHER, B. H., OWEN, Ch. B.: Towards tourist regional multiplier; in: Regional Studies, Vol. 5/1971.
- ARNDT, H., SWATEK, D. (Hrsg.): Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften, Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wissenschaft und Sozialwissenschaft, Innsbruck 1970; in: Schriften des Vereins für Socialpolitik FN Bd. 58, Berlin 1971.
- BAHLBURG, M.: Modelle der Raumforschung; in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, Hannover 1970.
- BAHR, G. (Hrsg.): Deutscher Planungsatlas, Band VIII, die Raumordnungsvorstellungen der vier norddeutschen Länder, Hamburg 1975.
- BALLESTREM v., F.: Standortwahl von Unternehmen und Industriestandortpolitik, Berlin 1974.
- BANERT, R.: Der Freiburger Fremdenverkehr unter besonderer Berücksichtigung seiner Erfassbarkeit und seiner wirtschaftlichen Auswirkungen, Diss., Freiburg/Br. 1962.
- BARTELS, D.: Die Abgrenzung von Planungsregionen in der Bundesrepublik Deutschland — eine Operationalisierungsaufgabe —; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 94, 1975.
- BARTH, H.-G.: Das Basic-Nonbasic-Konzept als Erklärungsmodell von Siedlungsstrukturen — dargestellt am Beispiel Landau, Diss., Hannover 1976.
- BERG, B. J. L., GAMSON, W. L.: Recent Developments of Central Place Theorie; in: Papers and Proceedings of the Regional Science Association, Bd. 4, 1958.
- BECKER, Ch.: Raumbedeutsame Ausgaben in Gebieten des Erholungsreiseverkehrs — Eine Untersuchung zur Problematik raumbedeutsamer Ausgaben in verschiedenen Funktionsräumen; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 98, Hannover 1975.
- BERGMANN, Th.: Die Landwirtschaft in der Bundesrepublik. Entwicklungstendenzen und Probleme; in: Meschkat/Negt (Hrsg.): Gesellschaftsstrukturen, eds. Bd. 589, Frankfurt 1973.
- BIEHL, D., HUSSMANN, E., RAUTENBERG, K. u. a. (Institut für Weltwirtschaft Kiel): Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials, Hrsg. Giersch, H., Nr. 33, Tübingen 1975.
- BIERHALS, E., KIEMSTEDT, H., SCHARPF, H.: Aufgaben und Instrumentarium ökologischer Landschaftsplanung; in: Raumforschung und Raumordnung Heft 2/1974, S. 76—88.
- BIRG, H.: Zur Neuabgrenzung der Fördergebiete im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“; in: Wochenbericht des DIW Nr. 42/1974.
- BIRG, H.: Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der BRD bis 1990; in: DIW, Berlin 1974.

- BIRG, H.: Prognose des regionalen Angebots an Arbeitsplätzen; in: DIW, Sonderheft 105, 1975.
- BLUMENFELD, H.: The Economic Base of the Metropolis; in: Journal of American Planners, Vol. 21, 1955.
- BMWI: Intensivierung und Koordinierung der regionalen Strukturpolitik, BMWI-Texte, Bonn 1968.
- BODENSCHATZ, H., HARLANDER, T.: Industrieansiedlung im ländlichen Raum; in: Stadtbauwelt Heft 43/1974, S. 197—201.
- BOVENTER v., E.: Raumwirtschaftstheorie; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 8, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1974.
- BOVENTER v., E.: Die räumlichen Wirkungen von öffentlichen und privaten Investitionen; in: Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften, Hrsg.: Arndt, H., Swatek, D., Berlin 1971.
- BORCHARD, K.: Zur Problematik städtebaulicher Orientierungs- und Richtwerte; in: Stadtbauwelt, Heft 51, 52/1969.
- BOUSTEDT, O.: Grundriß der empirischen Regionalforschung, Teil I: Raumstruktur; Taschenbücher zur Raumplanung, Bd. 4, Veröffentlichungen der ARL, Hannover 1975.
- BOUSTEDT, O.: Grundriß der empirischen Regionalforschung, Teil II, Bevölkerungsstruktur; Taschenbücher zur Raumplanung, Bd. 5, Veröffentlichungen der Akademie für Raumordnung und Landesplanung.
- BOUSTEDT, O.: Grundriß der empirischen Regionalforschung, Teil III: Siedlungsstruktur; Taschenbücher zur Raumplanung, Bd. 6, Veröffentlichungen der Akademie für Raumordnung und Landesplanung.
- BOUSTEDT, O.: Wirtschaftsbelebung durch Fremdenverkehr; in: Veröffentlichungen der ARL, Reihe Gutachten Nr. 2, Bremen 1956.
- BOUSTEDT, O.: Die Stadtregion in der BRD im Jahre 1961; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 32, S. 1—24, Hannover 1967.
- BRANDES, W.: Aspekte der Agrarwirtschaft für die künftige Entwicklung im ländlichen Raum; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte 89/1974, S. 23—30.
- BRANDKAMP, F.: Marktanteile der landwirtschaftlichen Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe in der BRD; in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 53/1975.
- BREDE, H., OSSORIO-CAPELLA, C.: Die Agglomerationsräume in der BRD — Demographische und ökonomische Aspekte des Agglomerationsprozesses; Beiträge zur Empirie und Theorie der Regionalforschung, Bd. 2, IFO München 1967.
- BREDE, H., OSSORIO-CAPELLA, C.: Begriff und Abgrenzung der Region unter besonderer Berücksichtigung der Agglomerationsräume; Reihe: Wirtschaftliche und soziale Probleme des Agglomerationsprozesses; Beiträge zur Empirie und Theorie der Regionalforschung, Bd. 1, IFO München 1967.
- BREDE, H.: Bestimmungsfaktoren industrieller Standorte — Eine empirische Untersuchung; IFO — Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin/München 1971.
- BREDE, H., SIEBEL, W.: Entwicklungslinien und Probleme regionaler Strukturpolitik in der BRD; in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1975.
- BRELOH, P., STRUFF, R.: Zur Frage der regionalen Förderprogramme in der BRD; in: Berichte über Landwirtschaft, NF. Bd. XLVII, 1968, S. 348—373.
- BROSSE, U.: Industrielle Zulieferbeziehungen als Standortfaktor; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 65, Hannover 1971.
- BROSSE, U.: Raumordnungspolitik, Berlin/New York 1975.
- BROSSE, U.: Vorranggebiete in der Raumordnungspolitik; in: Struktur, Heft 6/1975, S. 124 bis 127.
- BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Teil I, II, III; in: Landwirtschaft und Arbeitsmarkt, Heft 3, 4, 8/1974.
- BUNDESREGIERUNG: Raumordnungsbericht 1970, Drs. 6/1340; Raumordnungsbericht 1972, Drs. 6/3793; Raumordnungsbericht 1974, Drs. 7/3582; Bundesraumordnungsprogramm, Drs. 7/3584, 1975; Städtebaubericht 1975, Drs. 7/3583.
- BUTTLER, F., GERLACH, K., LIEPMANN, P.: Funktionsfähige regionale Arbeitsmärkte als Bestandteil ausgeglichener Funktionsräume; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 94/1975.
- BUTTLER, F.: Entwicklungspole und räumliches Wirtschaftswachstum, Tübingen 1973.

- CARROTHERS, G. P.: A Historic Review of the Gravity and Potential Concepts of Human Interaction; in: *Journal of the American Institut of Planners*, Nr. 22, 1956.
- CHRISTALLER, W.: Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlung mit städtischen Funktionen, 2. unv. Auflage, Darmstadt 1967.
- CLARK, C.: *The Conditions of Economic Progress*, London 1940.
- CURDES, G., FESTER, F., HELMER, P.: Grundsätzliche Probleme der Raumabgrenzung für die Raumordnungspolitik; in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 1/1976.
- DIEDRICH, H.: Mathematische Optimierung: Ihr Rationalisierungsbeitrag für die Stadtentwicklung; Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung, Hrsg.: Jürgensen, H.
- DIVO: Zur Ermittlung der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs; in: *DIVO-Informationen*, Reihe 3, Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung, Heft 4/1968.
- DUNN, E. S.: A Statistical and Analytical Technique for Regional Analysis; in: *Regional Science Associations, Papers and Proceedings*, Vol. VI, 1960.
- ENGELN-HEFER, U.: Gewerkschaftliche Ansätze regionaler Strukturpolitik; in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1/1975.
- ERNST, A.: Arbeitsmarktpolitische Prioritäten für die regionale Wirtschaftsförderung; in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Sonderdruck aus Heft 3, 1974.
- EVERS, A.: Die gegenwärtige Raumordnungspolitik — Reformpolitik mit Hindernissen? in: *ARCH +*, Nr. 23/174, S. 39—50.
- EVERS, H. J.: Bündelung oder Substitution als Leitlinie der Infrastrukturpolitik; in: *Gesellschaftliche Indikatoren als Orientierungshilfe für die Regionalpolitik*, Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 10, Münster 1974.
- FESTER, F.: Entwicklungszentren — Urbanisierung peripherer Regionen statt Industrialisierung des ländlichen Raumes; in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 2, 3/1976.
- FISCHER, K.: Die ländliche Nahbereichsplanung, *Schriftenreihe für Flurbereinigung*, Heft 52, Bonn 1969.
- FLIERL, B.: *Industriegesellschaftstheorie im Städtebau*, Frankfurt/Main 1973.
- FRIEDEMANN, G.: Soziale Infrastruktur in den Gemeinden, Bestandsentwicklung 1960 bis 1971, Ausblick auf 1980 und 1985, Hrsg.: Deutsches Institut für Urbanistik.
- FUCHS, V. R.: *Changer in the Location of Manufacturing in the United States since 1929*, New Haven, London 1962.
- FURST, D., ZIMMERMANN, K.: Standortwahl industrieller Unternehmen — Ergebnisse einer Unternehmensbefragung; in: *Schriften der Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung*, Bonn 1973.
- GANSER, K.: Pendlerwanderung in Rheinland-Pfalz, Mainz 1969.
- GANSER, K.: Planungsräume für das Bundesraumordnungsprogramm; in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 1/1976.
- GANSER, K.: Planung — Alibi oder Mittel der Gestaltung; in: *Politik und Planung im ländlichen Raum*, AVA-Sonderheft 48, Wiesbaden 1973.
- GATZWEILER, H. P.: Zur Selektivität interregionaler Wanderungen; in: *Forschungen zur Raumentwicklung*, Bd. 1/1975.
- GEISENBERGER, S., MÄLICH, W., MÜLLER, J. H., STRASSET, G.: Zur Bestimmung wirtschaftlichen Notstands und wirtschaftlicher Entwicklungsfähigkeit von Regionen. — Eine theoretische und empirische Analyse anhand von Kennziffern unter Verwendung von Faktoren- und Diskriminanzanalyse —; Veröffentlichung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 59, Hannover 1970.
- GESETZ über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, BGBl. Jg. 1969, I 1881
- 2. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1973—1976, Drs. 7/401
 - 3. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1974—1977, Drs. 7/1769
 - 4. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1975—1978, Drs. 7/3601.
 - 5. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1976—1979, Drs. 7/4742.

- GESETZ über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, BGBl. 1969 Nr. 92
- Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 1973—1976, Drs. 7/61.
 - Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 1974—1977, Drs. 7/1538.
 - Ergänzung zum Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 1974—1977, Drs. 7/2587.
 - Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 1975—1978, Drs. 7/3563.
- GESETZENTWURF zur Änderung des Flurbereinigungsgesetzes, Drs. 7/3020.
- GERFIN, H.: Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung; in: *Kyklos*, 1964.
- GERFIN, H.: Langfristige Wirtschaftsprognose, Tübingen/Basel 1964.
- GERLACH, K., LIEPMANN, P.: Zur regionalpolitischen Förderungskonzeption in der BRD; in: *Archiv für Kommunalwissenschaften*, Bd. 12/1973.
- GERLACH, K., LIEPMANN, P.: Industrieansiedlung und Wirtschaftsstruktur — Bemerkungen zum regionalpolitischen Programm einer aktiven Sanierung der bayrischen Rückstandsgebiete; in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 187, Heft 6, 1973.
- GERLACH, K., LIEPMANN, P.: Konjunkturelle Aspekte der Industrialisierung peripherer Regionen — dargestellt am Beispiel des ostbayrischen Regierungsbezirks Ober-Pfalz; in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 187, Heft 1, 1972.
- GESELLSCHAFT FÜR REGIONALE STRUKTURENTWICKLUNG: Standortentscheidung und Wohnortwahl, Folgerung für die regionalpolitische Praxis aus zwei empirischen Untersuchungen; in: *Kleine Schriften der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung*, Bonn 1974.
- GIERSCH, H.: Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik; in: *Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft*, Festschrift für Andreas Predöhl, Hrsg.: Jürgensen, H., Göttingen 1974.
- GRUBER, R.: Vergleichende Analyse zur Anwendung von Entwicklungsachsen als Element landesplanerischer Konzeptionen (im Rahmen punktachsialer Systeme); unveröffentlichtes Manuskript, Dortmund 1975.
- GRUEN, V.: Das Überleben der Städte, Wien/München/Zürich, 1973.
- GRUNDMANN, W. u. a.: Mathematische Methoden zur Standortbestimmung, Berlin 1968.
- GUSTAFSON, K.: Zentralitätsanalyse mit Hilfe der Diskriminanzanalyse; in: *Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte*, Bd. 72, Hannover 1972.
- GUTHER, M., TESCHNER, M. (Forschungsbeauftragte), SIEBEL, W. (Bearbeiter): Entwicklungstendenzen kommunaler Planung; in: *Schriftenreihe „Städtebauliche Forschung“ des BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau*, 03.028, Bonn 1974.
- HAGERSTRAND, T.: Aspects of the Spatial Structure of Social Communication and the Diffusion of Information; in: *Papers and Proceedings of the Regional Science Association*, Vol. 16, 1966.
- HAEN de, H.: Räumliche Aufgliederung des Bundesgebietes nach außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten; in: *Agrarwirtschaft*, Heft 8/1972.
- HANSMEYER, K. H.: Aspekte der Gewerbeansiedlung für die künftige Entwicklung ländlicher Räume; in: *Der ländliche Raum — Randerscheinung oder integriertes Ausgleichsgebiet*, Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 89, Hannover 1974.
- HANSMEYER, K. H., FURST, D., ZIMMERMANN, K.: Infrastruktur und unternehmerische Standortentscheidung; in: *Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte*, Bd. 94, Hannover 1975.
- HARMS, O.: Abgrenzung und ökonomische Charakterisierung der Region Niedersachsens im Hinblick auf die zukünftige agrarische Entwicklung; *Agrarwirtschaft*, Sonderheft 60, Hannover 1975.
- HARBORDT, S.: Computersimulation in den Sozialwissenschaften, Bd. 1, Einführung und Anleitung, Bd. 2, Beurteilung und Modellbeispiele, Hamburg 1974.
- HAUTAU, H.: Siedlungsstrukturelle Entwicklungstendenzen und räumliche Bevölkerungsmobilität; in: *Raumordnung und Raumforschung*, Heft 3/1975.
- HAUTAU, H.: Städtegröße und Wirtschaftswachstum, in: *Raumforschung und Raumordnung*.

- HEIDHUES, T.: Ursachen und Ausmaß der unzureichenden Faktormobilität in der Landwirtschaft; in: Schmitt, G. (Hrsg.): Mobilität der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren und regionale Wirtschaftspolitik; Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V., Bd. 9, München 1972.
- HEIDTMANN, W.: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, Prognose für 1975 und 1980, Hrsg.: Agrarsoziale Gesellschaft, Göttingen 1971.
- HEIDTMANN, W.: Arbeitsmarktpolitik und Gewerbeansiedlung in ländlichen Problemgebieten. Untersuchungsbericht über die Ergebnisse und Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik in schwachstrukturierten ländlichen Räumen, Hrsg.: Agrarsoziale Gesellschaft, Göttingen 1974.
- HEIDTMANN, W., STOCKHAUSEN, ALTKRUGER, SAKOWSKY: Entwicklungsschwerpunkte in ländlichen Problemgebieten, Raumordnungspolitische Probleme bei der Förderung von Entwicklungsschwerpunkten in der Gebietseinheit 4 (Lüneburger Heide); Schriftenreihe Raumordnung des BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1974.
- HEIDTMANN, W., KRETSCHMANN, R.: Raumfunktionen und Siedlungsstrukturen im ländlichen Raum, Hrsg.: Agrarsoziale Gesellschaft, Göttingen 1975.
- HEILGEIST, K., Ein Verfahren für die Bewertung alternativer Strategien zur Verbesserung der Industriestruktur in unterentwickelten Regionen, Diss., TH Karlsruhe, 1972.
- HELLBERG, H.: Zentrale Orte als Entwicklungsschwerpunkte in ländlichen Gebieten. Kriterien zur Beurteilung ihrer Förderungswürdigkeit, Hrsg.: Wissenschaftsrat der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen (GeWoS), Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung, Heft 4, Hamburg/Göttingen 1972.
- HENKE, A.: Der Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Entwicklung ländlicher Räume, Diss. Hannover 1965.
- HENRICHSMEYER, W.: Sektorale und regionale Strukturwandlungen in einer wachsenden Volkswirtschaft; in: Schmitt, G. (Hrsg.): Mobilität der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren und regionale Wirtschaftspolitik; Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus e. V., Bd. 9, München/Bern/Wien 1972.
- HILL, M., SHECHTER, M.: Optimal Goal Achievement in the Development of Outdoor Recreation Facilities; in: Urban and Regional Planning, London Papers in Regional Science, 2, London 1971.
- HOFFMANN, H.: Analyse der strukturellen Entwicklung des Fremdenverkehrs in Bayern; in: Schriftenreihe des DWIF, Heft 23, München 1970.
- HOFFMANN, H.: Untersuchung über Situation und Entwicklungsaspekte des Fremdenverkehrs in Niedersachsen; in: Schriftenreihe des DWIF, Heft 21/1970.
- HOFFMANN, R.: Die Probleme der öffentlichen Personennahverkehrsbedienung in besonders dünn besiedelten und wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten; in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 6/1974.
- HOGEFORSTER, J.: Regionalplanung im Agrarbereich; in: Bonner Hefte für landwirtschaftliche Betriebslehre, Heft 2, Stuttgart 1971.
- HOGEFORSTER, J., JURGING, H. R.: Die Abgrenzung homogener Planungsräume. Ein Beitrag zur Formulierung von Modellen für die Regionalplanung; in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3, 1973.
- HOLLMANN, H.: Stadt- und Landregionen; in: ARL, Arbeitsmaterial 1975 — 2, Hannover 1975.
- HUBER, P., ORTEL, D., SCHEUER, K.: Bremervörde, zur Problematik einer Mittelbereichsabgrenzung, Diplomarbeit TU-Hannover, Hannover 1976.
- HUBLER, K. H.: Künftige Funktionen der Landwirtschaft im Rahmen der arbeitsteiligen Raum- und Siedlungsstruktur; in: Innere Kolonisation 24/1975.
- HUBLER, K. H.: Die Größe von Entwicklungsschwerpunkten in der politischen Diskussion; in: Struktur 4/1974.
- HUBLER, K. H.: Hat der ländliche Raum noch Entwicklungschancen? Referat: Jahrestagung der niedersächsischen Agrarstrukturverwaltung am 30. 10. 1974, Lüneburg.
- HUBNER, H.: Richtwerte und Werturteile; in: Stadtbauwelt, Heft 51/52, 1969.
- INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 3/1974, Heft 4/1974.
- ISBARY, G.: Zentrale Orte und Versorgungsnahbereiche — Zur Quantifizierung der zentralen Orte in der BRD; in: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 6/1965.

- ISENBERG, G.: Die Ballungsräume in der BRD; in: Institut für Raumforschung, Vorträge Nr. 6, Bad Godesberg 1957.
- ISENBERG, G.: Die ökonomischen Bestimmungsgründe der räumlichen Ordnung; IFO-Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), München 1967.
- ISTEL, W.: Die Berücksichtigung des Fremdenverkehrs in bayrischen Programmen und Plänen — Eine Zielanalyse; in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/1975.
- ISTEL, W.: Entwicklungsachsen und Entwicklungsschwerpunkte — Ein Raumordnungsmodell, Diss. München 1971.
- JAHN, W., VAHLE, H.: Die Faktorenanalyse, Berlin 1970.
- JERSIC, M.: Zum Problem der Fremdenverkehrsfunktionen, dargestellt am Beispiel von Bled; in: Zur Geographie des Freizeitverhaltens, Rupper, K., Maier, I. (Hrsg.), Kallmünz/Regensburg 1970.
- JOCHIMSEN, R., TREUNER, P.: Zentrale Orte in ländlichen Räumen unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten der Schaffung zusätzlicher außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze; in: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Bad Godesberg 1967, Heft 58.
- JURGENSEN, H.: Grundlagen einer produktivitätsorientierten Industrialisierungspolitik; in: Wirtschaftsdienst, 1964.
- KAISER, H. F.: The Varimax Criterion for Analytic Rotation in Factor-Analysis; Psychometrika, Vol. 23/1958.
- KATTLER, R., LORD, W. B.: Measurement of the Impact of Recreation Investments on a Local Economy; in: American Journal of Agr.Acon. 50/1968.
- KANZLERSKI, D.: Grundüberlegungen zu einem Planungskonzept für den öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum; in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 6/1974.
- KAPPERT, G., HINUBER v., H.: Raumordnungsprogramm? unveröffentlichtes Manuskript, Hannover 1975.
- KISTENMACHER, H.: Achsen als Element landes- und regionalplanerischer Konzeptionen, Manuskript, Hannover 1975.
- KLAUS, J.: Freizeitnutzen und wirtschaftsfördernder Wert von Naherholungsprojekten; in: Schriften zu Regional- und Verkehrsproblemen in Industrie- und Entwicklungsländern, Bd. 16, Berlin 1975.
- KLEIN, H. J.: Möglichkeiten und Grenzen einer operationalen Erfolgskontrolle bei der Investitionsförderung von gewerblichen Produktionsbetrieben im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik; Diss. Darmstadt 1972.
- KLEIN, H. J.: Möglichkeiten und Grenzen einer operationalen Erfolgskontrolle in der regionalen Wirtschaftspolitik; in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1/1973.
- KLEMMER, P.: Abgrenzung regionaler Arbeitsmärkte in der BRD für die Zwecke der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Bochum 1972.
- KLEMMER, P., KNOP, B., KRAEMER, D.: Abgrenzung regionaler Arbeitsmärkte in der BRD für die Zwecke der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ — Feinabgrenzung auf Gemeindeebene —, Bochum 1973.
- KLEMMER, P., ECKEY, H. F., KRAEMER, D.: Abgrenzung interner Verflechtungsbereiche in großen regionalen Arbeitsmärkten. Gutachten im Auftrag des Planungsausschusses für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Bochum 1974.
- KLEMMER, P., KRAEMER, P.: Regionale Arbeitsmärkte — Ein Abgrenzungsvorschlag für die BRD —; in: Beiträge zur Struktur- und Konjunkturforschung, Bd. 1, Bochum 1975.
- KLEMMER, P.: Ansatzpunkte zur Abgrenzung von Planungsräumen für die Raumordnungspolitik; in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/1976.
- KLEMMER, P.: Der Entwicklungs- und Industrialisierungsstand ländlicher Räume in Abhängigkeit von der Einwohnerdichte und der Nähe zu einem größeren Zentrum; Beitrag für die Ausschußsitzung des Forschungsausschusses „Raum und Landwirtschaft“ der ARL (Manuskript), Bochum 1972.
- KLEMMER, P.: Probleme einer arbeitskräfterelevanten Typisierung von Regionen (Manuskript), Bochum 1975.
- KLEMMER, P.: Die Shift-Analyse als Instrument der Regionalforschung; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 87, Hannover 1973.
- KLEMMER, P.: Die Theorie der Entwicklungspole — strategisches Konzept für die regionale Wirtschaftspolitik? in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3/1972.

- KLATT, S.: Simulationsverfahren als Instrument der empirischen Regionalforschung: in: Methoden der empirischen Regionalforschung, 1. Teil, Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 87, Hannover 1973.
- KLOPPPEL, W.: Die Mobilität des privaten Kapitals und ihre Bedeutung für die Regionalpolitik; in: Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 12, Münster 1973.
- KLOTEN, N., HOPFNER, K., ZEHENDER, W.: Ortsgröße und regionale Wirtschaftspolitik — Zur Abhängigkeit des Wirkungsgrades regionalpolitischer Maßnahmen von der Größe der geförderten Orte; in: Schriften zu Regional- und Verkehrsproblemen in Industrie- und Entwicklungsländern, Bd. 9/1972.
- KOCH, A.: Die gegenwärtige wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs unter besonderer Berücksichtigung der im Fremdenverkehr erzielten Umsätze und der Wertschöpfung; in: Jahrbuch für Fremdenverkehr, 1968.
- KOHLER, H., REYHER, L.: Zu den Auswirkungen von Förderungsmaßnahmen auf regionale Arbeitsmärkte; in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/1975.
- KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG (Hrsg.): Entwicklung ländlicher Räume; in: Schriftenreihe des Instituts für Kommunalwissenschaften, Bd. 2, Bonn 1974.
- KRAEMER, D.: Funktionale Raumeinheiten für die regionale Wirtschaftspolitik, Diss.; in: Bochumer wirtschaftswissenschaftliche Studien Nr. 11, Bochum 1975.
- KRONER, G., KESSLER, H. R.: Vorschlag einer räumlichen Gliederung des Bundesgebietes nach der Erreichbarkeit von Oberzentren; in: Informationen zur Raumordnung, Heft 1/1976.
- KRÜGER, B.: Externe Effekte der Produktion als Problem der Wirtschaftspolitik — Theoretische Lösungskonzepte und praktische Anwendungsmöglichkeiten; in: Schriftenreihe des sozialökonomischen Seminars der Universität Hamburg, Bd. 1, Frankfurt 1975.
- KUGELGEN, K. W.: Analyse der Freizeitkonzeptionen in der BRD, Manuskript, Hannover 1976.
- KUMMERER, K., SCHWARZ, W., WEYL, H.: Strukturräumliche Ordnungsvorstellungen des Bundes, Göttingen 1975.
- LANDWIRTSCHAFTSGESETZ, BGBI. I, 1955, S. 565.
- LANGBEHN, C.: Betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten und marktwirtschaftliche Grenzen der Bodenproduktion; in: Loccumer Protokolle, Heft 4/1972.
- LANGKAU, J., THELEN, P., VESPER, J.: Regionale Arbeitsmarktbilanzen zur Neuabgrenzung der Fördergebiete in der BRD; in: Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 118, Bonn/Bad Godesberg 1975.
- LAUSCHMANN, E.: Grundlagen einer Theorie der Regionalpolitik; Taschenbücher zur Raumplanung Bd. 2, Hannover 1973.
- LEHMANN, H.: Städtebau in der Sowjetunion; in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 2/1962.
- LEUPOLD, M.: Entwurf eines regionalen Entwicklungsmodells; in: Agrarwirtschaft, 1970.
- LOSE, H.: Verkehrsplan für wirtschaftsschwache Regionen, Bonn/Bad Godesberg 1969.
- MACKENSEN, R., KRÄMER, K., VAUBERG, M.: Probleme regionaler Mobilität; Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Göttingen 1975.
- MALCHUS v., V.: Analyse der Problematik des ländlichen Raumes; in: Der ländliche Raum — Randerscheinung oder integriertes Ausgleichsgebiet, Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 89, Hannover 1974.
- MALCHUS v., V.: Ziele für die Entwicklung ländlicher Räume; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 106, Hannover 1976.
- MARX, D.: Zur Konzeption ausgeglichener Funktionsräume als Grundlage einer Regionalpolitik des mittleren Weges; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 94, Hannover 1975.
- MARX, D.: Wachstumsorientierte Regionalpolitik; Wirtschaftliche Studien 3, Göttingen 1966.
- MEINKE, D.: Gravitations- und Potentialmodelle; in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, Hannover 1970.
- MEYER, J.: Fremdenverkehr und Regionalentwicklung, dargestellt am Beispiel der Kreise Büren und Wittgenstein in NW, Diss., Bonn 1973.

- MEYER, M.: Zielanalyse des Fremdenverkehrsprogramms Niedersachsens; in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/1975.
- METZLER, R.: Landentwicklung — neue Perspektiven; in: AVA — Jahrestagung 1974: Wirtschaftswachstum und Energieversorgung. Konsequenzen für die Agrarstrukturpolitik, Wiesbaden 1974.
- MICHAELIS, H.: Möglichkeiten und Grenzen einer kommunalen Industriestandortpolitik, ARL-Arbeitsmaterial, Heft 4, Hannover 1975.
- MICKLE, D.: Technik, Arbeitsorganisation und Arbeit; SOFI, Göttingen 1975.
- MÜLLER, J. H.: Grundlagen einer Theorie der Regionalpolitik, Hannover 1973.
- MÜLLER, J. H.: Überprüfung der Eignung des Arbeitsplatzes als Zielgröße regionaler Strukturpolitik einschließlich der Erfassung des Problems der Qualität des Arbeitsplatzes (vielfältigt), Freiburg 1974.
- MÜLLER-HEINE, K.: Agrarpolitische Ziele und ihre Einordnung in den gesamtwirtschaftlichen Zielkomplex, Göttingen 1972.
- MYRDAL, G.: Ökonomische Theorie der unterentwickelten Regionen, Stuttgart 1959.
- NELLNER, W.: Ausländische Beispiele zur Stadt-Land-Gliederung und Folgerungen für das Bundesgebiet; in: ARL-Arbeitsmaterial 1975 — 2, Manuskript, Hannover 1975.
- NIEDERSÄCHSISCHER MINISTER FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Agrarkarte für das Land Niedersachsen.
- NIEDERSÄCHSISCHER MINISTERPRÄSIDENT: Landesentwicklungsprogramm Niedersachsen 1985, Stand Sommer 1973.
- NOWAK, G.: Simulation und Stadtentwicklungsplanung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973.
- NUPPNAU, H.: Wirkungen der Zonenrandförderung, Veröffentlichung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1974.
- OECD: The OECD Social Indicator Development Program. List of Social Concerns Common to Most OECD Countries, Paris 1973.
- OKUM, A. U.: The Gap between Actual and Potential Output; in: Problems of the Modern Economy, by. E. S. Philips, New York 1966.
- OPP: Methodologie der Sozialwissenschaften, Hamburg 1976.
- ORT, W., MEYER, H.: Zur Frage der Arbeitskräftereserven in der Landwirtschaft in den Gebieten der Regionalen Aktionsprogramme; Institut für ländliche Strukturforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt/Main 1972.
- PAPP v., A.: Achsen-Strukturelement für die Raumordnung im Bundesgebiet?, unveröffentlichtes Manuskript, Bonn 1975.
- PIRATH, O.: Die Grundlagen der Verkehrswirtschaft, Göttingen/Heidelberg 1949.
- PREDÖHL, A.: Das Ende der Weltwirtschaftskrise, Hamburg 1962.
- PROGNOS: Zur Erfolgskontrolle der regionalen Wirtschaftsförderung in Niedersachsen, Hrsg.: PROGNOS AG, Basel 1975.
- PROGNOS: Prognose der Arbeitsplatzzahl und der Bevölkerung in den 38 Gebietseinheiten für das Bundesraumordnungsprogramm 1970—1985; Studie der PROGNOS AG — Abteilung wirtschaftspolitische Beratung — im Auftrag des BMI, Basel 1974.
- PROGNOS: Struktur und Motive der Wanderungsbewegungen in der BRD, Hrsg.: PROGNOS AG, Basel 1968.
- REINKEN, G.: Landwirtschaftliche Vorranggebiete; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 106, Hannover 1976.
- RIEDMAYER, J.: Definition und Messung eines räumlichen Entwicklungspotentials; GFM: Mitteilungen zur Markt- und Absatzforschung 17/1971.
- RIEMANN, F.: Konsequenzen für den ländlichen Raum aus der rückläufigen Bevölkerungszahl; in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4/1975.
- RICHARDSON, H. W.: Regional Growth Theorie, London 1973.
- RICHARDSON, H. W.: Der städtische Wachstumsprozeß; in: Materialien zur Ökonomie der Stadtplanung, Hrsg.: Barnbrock, J., Braunschweig 1975.
- RITTER, U.: Siedlungsstruktur und wirtschaftliche Entwicklung, Berlin 1972.
- RITTER, U.: Die siedlungsstrukturellen Grundlagen der Entwicklungsplanung; in: Voraussetzungen einer globalen Entwicklungspolitik und Beiträge zur Kosten- und Nutzenanalyse, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. 59, Hrsg.: Meimberg, R., Berlin 1971.

- ROOS, H. J.: Abgrenzung von Agrarzonen; Materialsammlung der ASG, Nr. 110, Göttingen 1973.
- RUHL, G.: Ermittlung von überlasteten oder stark belasteten Regionen durch intensive Freizeitnutzung; in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/1975.
- SCHAFER, K.: Der Beitrag der Landwirtschaft zur räumlichen Entwicklung, Manuskript, Hannover 1973.
- SCHAFER, K., LANGE, K.: Funktionsmodelle ländlicher Gemeinden, Beiträge zur Entwicklungsstrategie für den ländlichen Raum mit besonderer Berücksichtigung nichtzentraler Orte; in: Schriftenreihe für Flurbereinigung des BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Sonderheft, Wiesbaden 1973.
- SCHARPF, H.: Wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs auf landwirtschaftlichen Betrieben, unveröffentlichtes Manuskript, Hannover 1976.
- SCHICHLER, W.: Erfolgskontrolle bei den in den Jahren 1967 bis 1972 im Rahmen der regionalen Förderungsmaßnahmen mit BA-Mitteln geförderten Betrieben im Landesarbeitsamt Nordbayern, unveröffentlichtes Manuskript der Forschungsreferentin im Landesarbeitsamt Nordbayern.
- SCHINDOWSKY, D.: Computersimulation der Stadtentwicklung, in ARPUD 72, 2, Theorie und Praxis der planerischen Entscheidung. Hrsg.: Eggeling, G., Müller, S., Schindowsky, D., Dortmund 1972.
- SCHLOTTER, H. G., SATTLER, K.: Raumordnungs- und agrarpolitische Ziele in der landwirtschaftlichen Raumplanung; ARL 1969.
- SCHMIDT-ASSMANN: Gesetzliche Maßnahmen zu einer Regelung einer praktikablen Stadtentwicklungsplanung; in: Raumplanung — Entwicklung, in: Veröffentlichungen der ARL Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 80, Hannover 1972.
- SCHMIDT, A.: Fremdenverkehr, Multiplikator und Zahlungsbilanz; In: Jahrbuch für Fremdenverkehr, 18, 19 / 1970.
- SCHMITT, G.: Aufgaben und Probleme einer Neuorientierung der Agrarstrukturpolitik; in: Loccumer Protokolle, Heft 4/1972.
- SCHNEIDER, H. K.: Planung und Modell, in Theorie der allgemeinen und der regionalen Planung; Beiträge zur Landesplanung, Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster, Bd. 1, Bielefeld 1969.
- SCHRODER, D.: Strukturwandel, Standortwahl und regionales Wachstum; PROGNOSE-Studien 3, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 1968.
- SCHWARZ, K.: Ausgewählte Daten zur voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung, Manuskript für die ARL, Wiesbaden 1975.
- SIEBERT, H.: Zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums, Tübingen 1967.
- SIEBERT, H.: Regionales Wirtschaftswachstum und interregionale Mobilität, Tübingen 1970.
- SPECHT, K., LENORT, N. G., OTTO, K.: Das Verhältnis zwischen primären und sekundären Erwerbszweigen und seine Bedeutung für Wirtschaftspolitik und Landesplanung; in: Forschungsberichte des Landes NW, Köln/Opladen 1961.
- SPITZER, H.: Landwirtschaft im suburbanen Raum; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 102, Hannover 1975.
- SPITZER, H.: Die Ansprüche der modernen Industriegesellschaft an den Raum, dargestellt am Beispiel der Landwirtschaft im Modellgebiet Rhein-Neckar; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 90, Hannover 1974.
- SPITZER, H.: Regionale Landwirtschaft — Die Entwicklungsaufgaben der „Region“ für Landwirtschaft und Raumordnung, Hamburg/Gießen 1975.
- SPITZER, H.: Zur räumlichen Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion; in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 6, Bonn 1967.
- SPITZER, H.: Zweckmäßige Landnutzung; in Landnutzung 1, AVA Wiesbaden 1975.
- STANGELMAYR, F. X.: Entwicklung von Produktion und Wettbewerbskraft landwirtschaftlicher Räume und Betriebe in der BRD; in: Schriftenreihe der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V., Heft 201, Bonn 1969.
- STEGER, U.: Direkte und indirekte Investitionslenkung? in: Die neue Gesellschaft, 1973.
- STORBECK, D., LUCKE, M.: Die gesellschaftspolitische Relevanz regionalpolitischer Ziele; in: Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 94, Hannover 1975.

- STRASSERT, G.: Landesplanerische Bewältigung der Freizeitwünsche — Skizze eines Planungsansatzes; in: Freizeit-Seminarberichte des Instituts für Städtebau und Landesplanung, Heft 2, Karlsruhe 1974.
- STREIT, M. R.: Regionalpolitische Aspekte des Wachstumspolkonzepts; in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 22/1971.
- STRUFF, R.: Dimensionen der wirtschaftlichen Entwicklung — Abgrenzung von Gebietstypen zur regionalen und sektoralen Einkommensanalyse in der BRD, Forschungs-gesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V., Bd. 218, Bonn 1973.
- STRUFF, R.: Regionalpolitik: auf der Suche nach der Theorie; in: Struktur 12/1975.
- THELEN, P.: Abgrenzung von Regionen als Grundlage für eine raumbezogene Politik; in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 23/1972.
- THELEN, P.: Die Erfassung der regionalen Wirtschaft — Ein Beitrag zur Abgrenzung wirtschaftsschwacher Gebiete; Informationen des Instituts für Raumordnung, Heft 1/1971.
- THOMPSON, W.: Interne und externe Faktoren der Entwicklung der städtischen Wirtschaft; in: Materialien zur Ökonomie der Stadtplanung, Hrsg.: Barnbrock, J., Braunschweig 1975.
- THOSS, R.: Bemerkungen zur Diskussion über die Abgrenzung von Regions-Hierarchien für die regionale Entwicklungspolitik; in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/1976.
- THOSS, R., STRUMANN, M., BÖLTING, H. M.: Zur Eignung des Einkommensniveaus als Zielindikator der regionalen Wirtschaftspolitik; in: Beiträge zu Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 15, Münster 1974.
- THOSS, R.: Gesellschaftliche Indikatoren für die Raumordnung (Manuskript), Münster 1975.
- THOSS, R., BÖLTING, H.: Instrumente zur Schaffung und Erhaltung ausgeglichener Funktionsräume (Manuskript), Münster 1976.
- THOSS, R.: Hypothesen über eine Wirkungsanalyse von Instrumenten der Industrieansiedlungspolitik; in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1/1973.
- THOSS, R.: Kriterien für die Bildung von Schwerpunkten in der Nutzung von Boden und Landwirtschaft; in: Loccumer Protokolle 4/1972.
- THOSS, R.: Planung unter veränderten Verhältnissen (Manuskript), Münster 1975.
- THOSS, R.: Ein Vorschlag zur Koordination der Regionalpolitik in einer wachsenden Wirtschaft; in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, 182/1968, 69.
- THOSS, R.: Ziele für die Landesentwicklung und ihre Konkretisierung durch Indikatoren (Manuskript), Münster 1976.
- TREUNER, P.: Ökonomische Kriterien zur Festlegung der Mindestgröße Zentraler Orte und insbesondere kommunaler Einrichtungen; in: Raumordnung und kommunale Selbstverwaltung, Kiel 1968.
- TREUNER, P.: Räumliche Aspekte des sektoralen Strukturwandels (Manuskript), Kiel 1970.
- UBERLA, K.: Faktoranalyse, Berlin 1971.
- UTHOFF, D.: Der Fremdenverkehr im Tal der Oberweser, Teil II; in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 18, Heft 4/1969.
- UTHOFF, D.: Der Fremdenverkehr im Tal der Oberweser, Teil I; in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 18, Heft 4/1969.
- VOIGT, F.: Wirtschaftliche Entleerungsgebiete in Industrieländern; in: Forschungsberichte des Landes NW, 1969.
- VOSS, G.: Erfolgskontrolle regionaler Strukturpolitik, Diss. Köln 1973.
- VOSS, G.: Grundsätzliche Aspekte der Erfolgskontrolle regionaler Wirtschaftspolitik; in: Struktur 3/1974.
- WAGENER, F.: Neubau der Verwaltung, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 41/1969.
- WELTZ, F.: IRKW Projekt Nr. A 58, ISF München 1971.
- WERNER, R.: Soziale Indikatoren und politische Planung, Hamburg 1975.
- WERSCHNITZKY, U.: Nebenberufliche Landwirtschaft; in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 53/1975.

- WEYL, H.: Kritische Analyse der vierstufigen Konzepte der Zentralen Orte in räumlicher, sachlicher und finanzieller Hinsicht; vorläufiger Schlußbericht eines Forschungsvorhabens — im Auftrag der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Hannover/Berlin, 1975.
- WEYL, H., Hübler, K.: Entwurf eines Konzeptes für ein Arbeitspapier „Ziele“ der Arbeitsgruppe 1 des Beirates für Raumordnung, Hannover 1975.
- WEYL, H.: Substituierbarkeit von Indikatoren für Teilbereiche der Lebensqualität; in: Gesellschaftliche Indikatoren als Orientierungshilfe für die Regionalpolitik, Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 10, Münster 1974.
- WIBERA Wirtschaftsberatung AG (Hrsg.): Zum Standortproblem bei öffentlichen Einrichtungen, 1971.
- WILHELM, H.: Die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs für den Harz; in: Schriftenreihe des Harzer Fremdenverkehrsverbandes, Goslar 1968.
- WOLF, F.: Wie effizient ist die regionale Wirtschaftsförderung? in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/1975.
- ZEH, W.: Zur Bewertung von Erholungseinrichtungen; in: Schriftenreihe des Harzer Fremdenverkehrsverbandes, Heft 7, Goslar 1972.
- ZEIT-WOLFRUM, R.: Talfahrt auf dem flachen Lande — Verbessern neue Arbeitsplätze die Beschäftigungsstruktur? in: Struktur 4/1975.
- ZIMMERMANN, H.: Öffentliche Ausgaben und regionale Wirtschaftsentwicklung; Veröffentlichungen der List-Gesellschaft e. V., Bd. 61, Basel/Tübingen 1969.
- ZIMMERMANN, H.: Raumwirksamkeit von Bundesausgaben — Methoden zur Ermittlung der raumordnungspolitischen Effekte von Bundesmaßnahmen, Marburg 1975.
- ZIMMERMANN, H.: Regionale Präferenzen zur Wohnortorientierung und Mobilitätsbereitschaft des Arbeitnehmers in der BRD, Marburg 1972.

Statistische Quellen

BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT:

- Amtliche Nachrichten der BA f. Arbeit, Nr. 11/1967.
- Amtliche Nachrichten der BA f. Arbeit, Sondernummer 6, 7/1973.
- Amtliche Nachrichten der BA f. Arbeit, Nr. 11/1975.
- Strukturdaten der Dienststellen — Ergebnisse aus der Arbeitsstättenzählung 1970.
- Strukturdaten der Dienststellen — Ergebnisse aus der Volkszählung 1970.

STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN:

- Fachserie A: Bevölkerung und Kultur; Volk- und Berufszählung vom 6. 6. 1961; Heft 4; Bevölkerung nach Alter und Familienstand.
- Fachserie A: Bevölkerung und Kultur; Ausgewählte Strukturdaten für nichtadministrative Gebietseinheiten, Volkszählung 1970, Heft 2.
- Fachserie A: Bevölkerung und Kultur; Reihe 3; Wanderungen, 1970.
- Fachserie C: Unternehmen und Arbeitsstätten; Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970, Heft 5; Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten, Beschäftigte, Lohn- und Gehaltssummen in den Ländern und deren Verwaltungsbezirken.
- Fachserie D: Industrie und Handwerk; Reihe 4; Sonderbeiträge zur Industriestatistik; Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Kreisen und nichtadministrativen Raumeinheiten.
- Fachserie F: Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr; Handels- und Gaststättenzählung 1968; II Einzelhandel, Heft 6; Arbeitsstätten nach Größenklassen und Kreisen.
- Fachserie L: Finanzen und Steuern; Reihe 9; Realsteuern; I Realsteuervergleich, 1974.

STATISTISCHE LANDESÄMTER:

- Arbeitsstätten in den Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns, Heft 316.

- Betriebsklassifikation und sozialökonomische Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe in Bayern; Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1971 nach dem Gebietsstand zum Zeitpunkt der Grunderhebung vom Mai 1971, Heft 325.
- Arbeitsstätten und Beschäftigte in Baden-Württemberg, Band 183.
- Statistik von Baden-Württemberg — Band 186; Landwirtschaftszählung 1971/1972, Heft 3; Betriebseinkommen und Betriebssysteme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.
- Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte in Hessen, Heft 1.
- Hessische Gemeindestatistik 1970, Band 4, Landwirtschaft.
- Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten in Niedersachsen, 1970.
- Statistik von Niedersachsen — Band 178; Landwirtschaftszählung 1971, Heft 2; Hauptnutzungsarten, Hauptproduktionsrichtung, Größenstruktur der Betriebe.
- Statistik von Niedersachsen — Band 214; Landwirtschaftszählung 1971, Heft 5; Betriebssysteme und Betriebseinkommen.
- Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in Rheinland-Pfalz, Band 224.
- Arbeitsstätten, Unternehmen und Beschäftigte in Schleswig-Holstein, Kiel Sept. 1972.

STATISTISCHE LANDESÄMTER — GEMEINSCHAFTSVERÖFFENTLICHUNG:

- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Heft 4; das Bruttoinlandprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise 1961, 1968 und 1970.
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Heft 6; das Bruttoinlandprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise 1970 und 1972.

Verzeichnis der erschienenen Hefte der Schriftenreihe für Flurbereinigung

- Heft 1: ROHM/WINTERWERBER: Die Vorplanung der Flurbereinigung und Aussiedlung in der Gemarkung Hechingen; 1952, 51 S. Verlag Eugen Ulmer, Ludwigsburg. Z. Z. vergriffen.
- Heft 2: POHL/LIEBER: Die landwirtschaftliche Gestaltung in der Flurbereinigung (Der Landschaftspflegeplan für den Dümmer); 1953, 68 S. Landbuch-Verlag GmbH, Hannover. Z. Z. vergriffen.
- Heft 3: STEINDL: Die Flurbereinigung und ihr Verhältnis zur Kulturlandschaft in Mittelfranken; 1954, 64 S. Verlag Erich Schmidt, Berlin/Bielefeld. Z. Z. vergriffen.
- Heft 4: HEINRICHS: Die Vorplanung für die Flurbereinigung; 1954, 152 S. Verlag Eugen Ulmer, Ludwigsburg. Z. Z. vergriffen.
- Heft 5: PANTHER/STEUER/HAHN/ROTHKEGEL: Vorträge über Flurbereinigung, gehalten auf dem 38. Deutschen Geodätentag in Karlsruhe; 1954, 47 S. Verlag Konrad Wittwer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 6: WELLING: Flurzersplitterung und Flurbereinigung im nördlichen und westlichen Europa; 1955, 81 S. Verlag Eugen Ulmer, Ludwigsburg. Z. Z. vergriffen.
- Heft 7: SCHIRMER/BRUCKLACHER: Luftphotogrammetrische Vermessung der Flurbereinigung Bergen; 1955, 118 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 8: EIS: Probleme und Auswirkung der Flurbereinigung im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau reblausverseuchter Weinberggemarkungen, untersucht an einer vor 15 Jahren bereinigten Gemeinde an der Nahe; 1955, 157 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 9: JUNG: Untersuchungen über den Einfluß der Bodenerosion auf die Erträge in hängigem Gelände; 1956, 45 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 10: KLEMPERT: Befestigte landwirtschaftliche Wege in der Flurbereinigung als Mittel zur Rationalisierung der Landwirtschaft; 1956, 65 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 11: OSTHOFF: Die älteren Flurbereinigungen im Rheinland und die Notwendigkeit von Zweibertreibungen; 1956, 64 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). DM 8,50.
- Heft 12: STEGMANN: Die Verwendung des Lochkartenverfahrens bei der Flurbereinigung; 1957, 32 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 13: HETZEL: Die Flurbereinigung in Italien; 1957, 53 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 14: LUTTMER: Bodenschutz in der Flurbereinigung; 1957, 50 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). DM 10,—.
- Heft 15: PRIEBE: Wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Flurbereinigung; 1957, 96 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 16: STEUER/BOHTE: Gutachten zu einer Neuordnung des ländlichen Raums durch Flurbereinigung; 1957, 160 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 17: SCHULER: Untersuchungen über verbundene Flurbereinigungs- und Aussiedlungsverfahren in Baden-Württemberg (Betriebswirtschaftliche Auswirkungen); 1957, 115 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 18: NECKERMANN/BERGMANN: Die Wiederaufsplitterung nach der Flurbereinigung in Unterfranken; 1958, 72 S. Verlag Erich Schmidt, Berlin/Bielefeld. Z. Z. vergriffen.
- Heft 19: NAURATH: Die Aussiedlung im Flurbereinigungsverfahren; 1958, 104 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 20: SEUSTER: Die Beanspruchung landwirtschaftlicher Wirtschaftswege im Hinblick auf eine steigende Mechanisierung der Landwirtschaft; 1958, 116 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 21: BRAACH: Landwirtschaft und Bevölkerung des Siegerlandes unter den Einflüssen industrieller und landeskultureller Wirkkräfte; 1958, 119 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.

- Heft 22: OLSCHOWY: Landschaftspflege und Flurbereinigung; 1959, 132 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 23: REISEN: Auswirkungen der Flurbereinigung und Aussiedlung auf die Frauenarbeit im bäuerlichen Familienbetrieb; 1959, 99 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 24: REISSIG: Integralmelioration von Geestrandmooren, dargestellt am Beispiel der Flurbereinigung Harkebrügge, Krs. Cloppenburg. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 25: HAHN: Bewertungsgrundsätze und Schätzungsmethoden in der Flurbereinigung und deren Folgemaßnahmen; 1960, 222 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 26: KERSTING: Die Anwendung der Luftbildmessung in der Flurbereinigung; 1959, 93 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 27: JANETZKWSKI: Auswirkungen der Flurbereinigung und Wirtschaftsberatung in der Gemeinde Schafheim; 1960, 138 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 28: ROHM: Agrarplanung als Grundlage der Flurbereinigung und anderer landwirtschaftlicher Strukturverbesserungen in städtisch-industriellen Ballungsräumen; 1960, 208 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 29: OPPERMANN: Wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Flurbereinigung nach Untersuchungen in acht Dörfern (Weiterführung des Heftes 15); 1960, 72 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 30: HAHN: Die Flurbereinigung von Waldflächen; 1960, 96 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 31: ROHMER/STEINMETZ: Bodenerhaltung in der Flurbereinigung; 1960, 48 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 32: SEUSTER: Anforderungen des landwirtschaftlichen Betriebes an die Anlage und den Ausbau des Wirtschaftswegenetzes; 1961, 107 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 33: MEIMBERG/RING/SCHUNKE/RÜHMANN/WAMSER: Die wirtschaftlichen Grenzen der mechanisierten Bodennutzung am Hang und ihre Bedeutung für eine Bewertung hängiger Grundstücke in der Flurbereinigung; 1962, 95 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 34: HAHN: Die Schätzungsmethoden der Flurbereinigung in den deutschen Ländern und im benachbarten Ausland; 1961, 67 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 35: DENKS u. a.: Die Entwicklung der Vorplanung in der Praxis der Flurbereinigung; 1962, 74 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 36: FEUERSTEIN: Untersuchungen über Gemeinschaftsobstanlagen in Baden-Württemberg; 1964, 112 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 37: KLEMPERT: Die Wirtschaftswege. Beiträge über ihre Anlage und Befestigung; 1964, 87 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 38: VIESER: Aufgaben der Flurbereinigung bei der Neuordnung des ländlichen Raumes; 1964, 58 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 39: GUMMERT/WERSCHNITZKY: Wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur; 1964, 159 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 40: NIESMANN: Untersuchungen über Bodenerosion und Bodenerhaltung in Verbindung mit Flurbereinigung; 1966, 80 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 41: DRECHSEL: Die Flurbereinigung im Raum Nürnberg-Fürth; 1966, 44 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 42: OSTHOFF: Flurbereinigung und Dorferneuerung; 1967, 49 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 6,—.
- Heft 43: SCHICKE/BATZ: Koordinierung der Flurbereinigung mit anderen Planungen zur Neuordnung des ländlichen Raumes; 1967, 103 S. Landschriften-Verlag, Bonn. DM 5,—.

- Heft 44: STEUER u. a.: Die Mitwirkung nichtbehördlicher Stellen bei Flurbereinigung und beschleunigter Zusammenlegung; 1967, 80 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). DM 6,—.
- Heft 45: QUADFLIEG: Die Teilnehmergeinschaft nach dem Flurbereinigungsverfahren; 1967, 67 S. Verlag Eugen Ulmer. Z. Z. vergriffen.
- Heft 46: TOROK: Die Linearplanung in der Vorplanung der Flurbereinigung; 1967, 130 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 46: MIKUS: Die Auswirkungen der Agrarplanung nach 1945 auf die Agrar- und Siedlungsstruktur des Raumes Westfalen; 1967, 76 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 48: SCHNEIDER u. a.: Die Entwicklung des ländlichen Raumes als Aufgabe der Raumordnungs- und regionalen Strukturpolitik; 1967, 78 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.
- Heft 49: HAGE u. a.: Beispiele der Zusammenarbeit landwirtschaftlicher Betriebe in der Veredelungsproduktion, ihre rechtlichen und steuerlichen Probleme; 1968, 98 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt GmbH, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 50: MEIMBERG: Die Bewertung hängiger Grundstücke bei der Flurbereinigung; 1968, 124 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 6,50.
- Heft 51: FEITER: Die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Flurbereinigung auf die Landwirtschaft der Gemeinde Mutscheid und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten von Voll- und Nebenerwerbsbetrieben; 1969, 200 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 13,50.
- Heft 52: FISCHER: Die ländliche Nahbereichsplanung; 1969, 219 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 53: KLEMPERT: Standard-Wegebefestigungen in Marsch, Moor und Geest; 1970, 80 S. Landschriften-Verlag GmbH, Bonn. DM 5,—.
- Heft 54: HIDDEMANN: Die Planfeststellung im Flurbereinigungsgesetz; 1970, 79 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 7,50.
- Heft 55: KROËS: Der Beitrag der Flurbereinigung zur regionalen Entwicklung: Sozial-ökonomische Auswirkungen, Kosten, Konsequenzen; 1971, 165 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 14,50.
- Heft 56: HOTTES/NIGGEMANN: Flurbereinigung als Ordnungsaufgabe; 1971, 73 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 57: SCHWEDE: Entwicklungsziele der in der Bundesrepublik Deutschland mit der Verbesserung der Agrarstruktur befaßten Behörden und Institutionen im Vergleich mit der Organisation im benachbarten Ausland unter besonderer Berücksichtigung der Flurbereinigung; 1971, 238 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 18,—.
- Heft 58: MOSER: Haltbarkeit, Unterhaltung und Wirtschaftlichkeit von Wegebefestigungen — Untersuchungen an Wegebefestigungen in Flurbereinigungsverfahren; 1971, 140 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). Z. Z. vergriffen.
- Heft 59: KALINKE/STUMM/PROLLOCHS: Kosten der Weinbergsflurbereinigung und Auswirkungen dieser auf Arbeitszeitbedarf und Kosten der Bewirtschaftung; 1972, 61 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 9,50.
- Heft 60: LANG: Der Einsatz der Automation in der Flurbereinigung; 1972, 79 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 8,50.
- Heft 61: HOTTES/TEUBERT/von KURTEN: Die Flurbereinigung als Instrument aktiver Landschaftspflege; 1974, 92 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 13,—.
- Heft 62: KLEMPERT: Probleme und Methoden bei der Erarbeitung von Rechenprogrammen für die Erstellung des Zuteilungsentwurfs bei Flurbereinigungen; 1974, 221 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 32,—.
- Heft 63: BLUMEL/RONELLENFITSCH: Die Planfeststellung in der Flurbereinigung / Rechtsgutachten; 1975, 98 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 11,—.
- Heft 64: HOTTES/BECKER/NIGGEMANN: Flurbereinigung als Instrument der Siedlungsneuordnung; 1975, 130 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilstrup (Westf.). DM 25,—.

- Heft 65: KROPFF: Ein Optimierungsansatz zur Automatisierung von Zuteilungsplänen in der Flurbereinigung; 1977, 80 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster-Hiltrup. DM 18,50.
- Heft 66: SCHÄFER/JURGENS/GULDENBERG/PLOTZ/SCHOBESS/SCHULTE: Entwicklungschancen peripherer Regionen; 1978, 184 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster-Hiltrup. DM 44,—.
- Heft 67: SCHÄFER/JURGENS/GULDENBERG/PLOTZ/SCHOBESS/SCHULTE: Entwicklungsprobleme peripherer Regionen und strategische Lösungsansätze; 1978, 88 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster-Hiltrup. DM 22,—.

Verzeichnis der erschienenen Sonderhefte der Schriftenreihe für Flurbereinigung

Die Flurbereinigung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Jahresbericht 1956, 36 S.; 1957, 40 S.; 1958, 63 S.; 1959, 75 S.; 1960, 85 S.; 1961, 96 S.; 1962, 102 S. Daco-Verlag, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.

PABSCH: Vorplanung Rotenhain; 1956, 34 S. Erich Schmidt Verlag, Berlin. Z. Z. vergriffen.

SCHUMACHER: Flurbereinigung Bühl; 1957, 18 S. Erich Schmidt Verlag, Berlin. Z. Z. vergriffen.

ACKERMANN u. a.: Das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren von Eckersweiler, Kreis Birkenfeld/Nahe; 1957, 23 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.

BOHTE: Strukturverbesserung im Bauernbetrieb (I. Auflage); 1957, 35 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.

BOHTE: Strukturverbesserung im Bauernbetrieb (II. Auflage); 1958, 51 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.

Flurbereinigung. Ein Bericht über das erste europäische Seminar für Flurbereinigung (Wiesbaden 1955); 1957, 96 S. Daco-Verlag, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.

STEUER/ENSTIPP: Die Aussiedlung in der Flurbereinigung und die bauliche Gestaltung der Aussiedlungshöfe (I. Auflage); 1957, 24 S. Daco-Verlag, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.

STEUER/ENSTIPP/SPRENGEL: Die Aussiedlung in der Flurbereinigung und die bauliche Gestaltung der Aussiedlungshöfe (II. Auflage); 1959, 51 S. Daco-Verlag, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.

Flurbereinigung. Beispiele aus der Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen; 1959, 12 S. Druckerei Götzky, Bonn. Z. Z. vergriffen.

KUSTERS: Das Schrifttum über Flurbereinigung; 1959, 62 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.

TREUDE: Die Bedeutung der Flurbereinigung für die wirtschaftliche Gesundung der Gemeinden; 1959, 16 S. Druckerei Götzky, Bonn. Z. Z. vergriffen.

THELLMANN: Die Aufwuchsbewertung im Weinbau und ihre Bedeutung für die Flurbereinigung; 1961, 46 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.

Flurbereinigung und Verbesserung der Zugangswege in den Weinbaugebieten der Bundesrepublik Deutschland; 1962, 91 S. Kleins Druck- und Verlagsanstalt, Lengerich (Westf.). Z. Z. vergriffen.

BOHTE: Landwirtschaft und Flurbereinigung; 1963, 56 S. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. Z. Z. vergriffen.

WEINZIERL: Raumordnende Flurbereinigungsmaßnahmen in Fremdenverkehrsgemeinden; 1970, 80 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, 4400 Münster-Hiltrup. DM 6,50

KOHLER: Flurbereinigung und Dorferneuerung (Stebbach); 1971, 158 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, 4400 Münster-Hiltrup. DM 13,—

Neuordnung des ländlichen Raumes durch Flurbereinigung (Der Wege- und Gewässerplan); 1972, 42 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, 4400 Münster-Hiltrup. Z. Z. vergriffen.

Flurbereinigung und Wiederaufbau in den Weinbergen. 7. Auflage, 1975, 19 S. Druck: Landesamt für Flurbereinigung und Siedlung Baden-Württemberg.

SCHÄFER/LANGE: Funktionsmodelle ländlicher Gemeinden; 1973, 115 S.

AVA — Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen e. V., 62 Wiesbaden.

HAHR: Agrarstrukturelle Vorplanung —

Analysen, Methoden, Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen als Grundlagen für eine bundeseinheitliche Konzeption; 1974, 66 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, 4400 Münster-Hiltrup. Z. Z. vergriffen.

Flurbereinigung und Landespflege; 1974, 21 S.

Landwirtschaftsverlag GmbH, 4400 Münster-Hiltrup. Z. Z. vergriffen.

HEINRICHS: Die Neuordnung des ländlichen Raumes durch Flurbereinigung — unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses der Flurbereinigung zur Bauleitplanung —; 1975, 123 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, 4400 Münster-Hiltrup. Z. Z. vergriffen.

Arbeitstagung der Flurbereinigungsrichter 1975; 1970, 31 S.

Landwirtschaftsverlag GmbH, 4400 Münster-Hiltrup. Z. Z. vergriffen.

Das neue Flurbereinigungsgesetz; 1976, 136 S.

Landwirtschaftsverlag GmbH, 4400 Münster-Hiltrup.

DM 18,50

Der Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen in der Flurbereinigung; 1977, 152 S. Landwirtschaftsverlag GmbH, 4400 Münster-Hiltrup.

DM 12,50